



DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DIE ÖFFENTLICHKEIT

Politischer Journalismus in der EU und die Rolle
der Europaabgeordneten

**Institut d'Etudes Politiques
de Strasbourg**
2014/2015

Mémoire au Quatrième Année

Von

Aljoscha Voggenreiter

(a.voggenreiter@gmail.com)

Betreut von

Jay Rowell

(jay.rowell@misha.fr)

Note: 14 von 20 Punkte

Inhaltsverzeichnis

0 Einleitung	4
1 Allgemeiner Überblick	5
1.1 Politischer Journalismus und Europäische Integration.....	6
1.2 Bei EU-Institutionen akkreditierte EU-Journalisten	8
1.3 Unterscheidung von regionalen und überregionalen Zeitungen.....	10
1.4 EU-Berichterstattung im nationalen Kontext	12
2 Politischer Journalismus in der Europäischen Union.....	15
2.1. Starke nationale Rückkopplung.....	16
2.2 EU-Berichterstattung und seine Bedeutung für die europäische Integration	18
2.2.1 Die Europäische Union und das Demokratiedefizit	19
3 Mediale Wahrnehmung des Europäischen Parlaments.....	21
3.1 Studie 1: Differenzierung nach institutionellen Akteuren.....	21
3.2 Studie 2: Differenzierung nach Politikbereich	25
4 Öffentlichkeitsarbeit vom Europäischen Parlament.....	29
4.1 Institutionelle Schwerpunkte	29
4.2 Interdependenzen zwischen Abgeordneter und Journalist	31
4.3 Öffentlichkeit bei Wahlen	32
4.4 Verschiedene Zielgruppen in der Öffentlichkeitsarbeit	34
4.5 Verhältnis Abgeordneter – EU-Korrespondent	36
5. Zusammenfassung	39
6. Literaturverzeichnis	41
7. Anhang.....	45

Liste der Interviewpartner	45
Interview mit ART	48
Interview mit CLI	50
Interview mit LTZ	55
Interview mit MPR	61
Interview mit OPC	65
Schriftliches Interview mit PRL	69
Interview mit SPO	70
Interview mit ULT	75
Interview mit UOP	79
Interview mit VOL	82

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

<i>Abbildung 1: Entwicklung der Zahl von bei EU-Institutionen akkreditierten Journalisten 1978 – 2013. Quelle: (Harding 02.04.2014)</i>	9
<i>Abbildung 3: Präsenz europäischer Akteure in der Medienberichterstattung 1998 – 2004. Quelle: (Brettschneider und Rettich 2005, S. 144)</i>	24
<i>Abbildung 3: Präsenz der Europäischen EU in der Medienberichterstattung 1998 – 2004. Quelle: (Brettschneider und Rettich 2005, S. 140)</i>	24
<i>Abbildung 4: Politische Kommunikationen (in Prozent) mit europäischem Bezug (zur EU-Ebene oder zu anderen Mitgliedsstaaten) in sechs Politikbereichen in vier deutschen Printmedien</i>	27
<i>Abbildung 5: EU-Journalisten berichten: Was sind die Hindernisse für eine angemessenere EU-Berichterstattung? Quelle: (Statham 2008, S. 411)</i>	13

0 Einleitung

Die seit 2008 anhaltende europäische Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Europäische Union (im Folgenden „EU“) in den Mittelpunkt nationaler Debatten gerückt. Nie zuvor wurden Eurogruppen-Sitzungen mit so viel öffentlichem Interesse verfolgt wie bei der aktuellen griechischen Refinanzierungskrise Anfang dieses Jahres. Ebenso wie die aktuellen Diskussionen über das Freihandelsabkommen mit den USA belegen, sind Themen der europäischen Politik längst im öffentlichen Bewusstsein der Nationalstaaten angekommen. Unter diesem Aspekt muss das von europäischer Seite oft beklagte *Öffentlichkeitsdefizit* für die EU spezifiziert werden. Dieses Öffentlichkeitsdefizit beschreibt nicht den Mangel an europäischer Berichterstattung, sondern vielmehr die nationale Fragmentierung europäischer Themen. Was damit gemeint ist, kann man eindrucksvoll auf den Pressekonferenzen nach einem Europäischen Gipfeltreffen der Regierungschefs beobachten. Das Justus Lipsius Gebäude (Europäischer Rat) hat für jedes EU-Mitgliedsland einen Pressesaal reserviert, in dem die Regierungschefs nach ihren Sitzungen getrennt voneinander zu den EU-Korrespondenten ihrer jeweiligen Heimatländer sprechen. Es ist naheliegend, dass in einem so gesteckten Rahmen es zu jeweils unterschiedlichen Interpretationen über den Verlauf der zurückliegenden Sitzung kommt. Dabei häufig inbegriffen ist die Erhöhung der eigenen nationalen Rolle in den Verhandlungen mit den europäischen Partnerländern, bei gleichzeitiger Ausgrenzung der Interessen der übrigen Mitgliedsstaaten oder gar des europäischen Interesses. Im Fokus der medialen Betrachtung ist also nicht die europäische Politik, sondern die nationale Position auf europäischer Ebene. Dementsprechend geht die mediale Berichterstattung häufig der Frage nach, wie weit ein europäisches Land seine nationalen Interessen durchsetzen konnte. Dafür beispielhaft können die eingangs erwähnten Eurogruppen-Sitzungen dienen, wo ein rein intergouvernementales Gremium über die Refinanzierung eines ihrer Mitgliedsstaaten entscheidet. Mit den Finanzministern der europäischen Währungsunion ist die Zahl der handelnden Akteure klar begrenzt und die Interessenslage, je nach Schuldner- oder Geberland, leicht identifizierbar. Dies sind Faktoren, die eine intensive europäische Berichterstattung begünstigen, weil sie der medialen Logik der Zuspitzung entsprechen. Statham (2007, S. 472) zeigt in seiner Interviewreihe mit EU-Korrespondenten auf, dass genau solche Faktoren ansonsten in der alltäglichen EU-Berichterstattung fehlen: [...] *“journalists consider that they have a greater scope to comment more openly over European politics, because political cleavages are not as clearly established in the political system and public imagination as they are for national politics.”*

Wenn man auch nicht von einer *Europäischen Öffentlichkeit* sprechen kann, so aber zumindest von einer *Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten* (Gerhards 1993). Dennoch belegen gerade diese zwei Beispiele, wie transnationale Debatten geführt werden und warum sie in der gegenwärtigen Form dem europäischen Prinzip der Supranationalität entgegenstehen.

Die europäische Finanzkrise belegt geradezu beispielhaft, wie ein Rückzug auf die Nationalstaaten vollzogen wird. Die Eurogruppe, ein rein intergouvernementales Gremium, teilt sich in Schuldner- und Geberländer auf. Die Akteure auf Seiten der EU führen lediglich die Entscheidungen aus, die auf nationalstaatlicher Ebene getroffen wurden. Bei der Interpretation der Anweisungen können allerdings Handlungsspielräume entstehen, die die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) im Falle der „Griechenland-Krise“ versuchen für eine „europäische“ Lösung der Problematik zu nutzen. So sitzt im aktuellen Fall Kommissionspräsident Juncker als Vermittler immer mit am Handlungstisch, wenn die europäischen Staats- und Regierungschefs und Vertretern des Internationalen Währungsfonds über Konditionen bei weiteren Kreditvergaben an Griechenland verhandeln, obwohl die Kommission weder Kreditgeber noch finanzpolitischer Aufseher ist. Die Kommission vertritt und wahrt die Interessen der gesamten EU und leitet davon das Mitspracherecht bei den Verhandlungen mit Griechenland ab.

Diese Arbeit hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen bisweilen von den *European Studies* vernachlässigten Teilbereich der europäischen Berichterstattung zu untersuchen. In den folgenden Kapiteln wird die Öffentlichkeitsarbeit des Europäischen Parlaments und insbesondere seiner Mitglieder behandelt. Dabei soll ein Bezug zu möglichen Besonderheiten des EU-Journalismus hergestellt werden (Kapitel I und II), um die Herausforderungen für eine gelungene europäische Kommunikationsstrategie verständlicher zu machen (Kapitel III). Kapitel III präsentiert die für diese Arbeit durchgeführten *Experteninterviews* mit deutschen Europaabgeordneten (im Folgenden „Abgeordnete“).

1 Allgemeiner Überblick

Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass die EU als politisches System *sui generis* eine eigene Form von Journalismus hervorgebracht hat. Baisnée (2002b, S. 104) fordert eine eigene Kategorie für EU-Korrespondenten, da sie sich nur schwer mit

Auslandskorrespondenten oder Hauptstadtkorrespondenten vergleichen lassen. Historische und institutionelle Rollenzuschreibungen für Journalisten können in dem Fall nicht angewendet werden. Grund hierfür sind die systemeigenen Arbeits- und Funktionsweisen der EU sowie die sozio-ethnologischen Gegebenheiten die in einer supranationalen Organisation und einem transnationalen Presse-Corps liegen. Das nachfolgende Kapitel macht es sich zur Aufgabe, dies näher zu erläutern.

1.1 Politischer Journalismus und Europäische Integration

Es wird allgemein angenommen, dass für die Weiterentwicklung der Europäischen Integration die europäische Berichterstattung eine besondere Bedeutung hat. Die EU hat in ihrer jungen Geschichte in einer Vielzahl von Bereichen jeweils Neuland beschritten. So betonte der Europäische Gerichtshof in Luxemburg, dass die EU ein Gebilde „sui generis“ ist, also von eigener Art, unvergleichlich. Mit der Unterzeichnung der Europäischen Gründungsverträge 1957 als auch mit jeder weiteren Ausweitung der Zuständigkeiten wurde jeweils ein neuer gesetzlicher Raum geschaffen, der vorher nicht existierte. Auf Grund der fehlenden Vergleichbarkeit gibt es noch kein allgemein anerkanntes Theoriegebäude für die Eigenart der EU. Dies wirft Fragen auf, die über den institutionellen und legislativen Bereich der EU hinausgehen. Im Bereich der Medien zum Beispiel, stellt sich die Frage, ob sich die gängigen Modelle der Medientheorien vom Nationalstaat auf die europäische Ebene projizieren lassen.

Deswegen ist die Frage zulässig, ob sich in der Sphäre zwischen der EU und den Nationalstaaten auch eine spezifische journalistische Kultur herausgebildet hat.

Während in allen westlichen Demokratien die staatliche Öffentlichkeitsarbeit immanenter Bestandteil für die Legitimierung staatlicher Monopolansprüche ist, ist das grundsätzliche Verhältnis der EU zur Öffentlichkeitsarbeit ein komplett anderes. In ihrer Gründungsphase, bedurfte die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als „Projekt der Eliten“ keiner außerordentlichen Zustimmung in der Bevölkerung. So geht der Historiker Marc Gramberger in seiner Untersuchung zur „Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission“ (1997) soweit zu sagen, dass die PR-Strategie von Jean Monnet, Präsident der Europäischen Kommission für Kohle und Stahl, in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts dezidierte „Informationsverhinderung“ war. Auf der anderen Seite ist die

Demokratisierung der westlichen Industriestaaten eng mit der Entstehung und Entwicklung der (Massen-)Medien verknüpft, sodass das Verhältnis Staat - Medien heute als natürliche Symbiose angesehen wird. Das Verhältnis der EU zu den Medien dagegen ist ein anderes. Da die EU unabhängiger von der demokratischen Zustimmung war, verfolgten die europäischen Akteure lange Zeit keine zentral gesteuerte Kommunikationsstrategie. Dies hat sich erst mit dem „Schock von Maastricht“ (1992) ein Stück weit geändert, als die dänische Bevölkerung bei einem Referendum über den Vertrag von Maastricht dagegen stimmte. Doch erst die gescheiterten EU-Verfassungsreferenden in Frankreich und Holland aus dem Jahr 2005 leitete ein tiefgehendes Umdenken in der Kommission ein, wie Margot Wallström eingesteht, damalige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und verantwortlich für die Kommunikationsstrategie:

„Wir waren lange Zeit ein Projekt für eine politische Elite. Wir waren schlechte Zuhörer, haben die Dinge schlecht erklärt und EU-Themen schlecht auf der politischen Bühne der Mitgliedsstaaten positioniert.“ (Wallström 2005)

Ihr sogenannter „Plan D zur Kommunikationsstrategie der EU“ hatte zum Ziel die Kommunikation zwischen der EU und ihren Bürgern zu verbessern und ihnen europäische Entscheidungen und Reformen auf eine verständliche Weise näher zu bringen. Das im „Plan D“ festgelegte Credo „der europäische Bürger hat ein Recht auf effiziente, transparente und dienstleistungsorientierte öffentlich Institutionen“ spiegelt den Strategiewechsel in der Öffentlichkeitsarbeit wieder. Maßgeblich die Kommissare und die Mitgliedsländer sollen zu einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit beitragen. Unter anderem regelmäßige Besuche des Kommissionspräsidenten in den Mitgliedsländern, in Begleitung des Kommissars des jeweiligen Landes, sollen dabei helfen, mehr positive EU-Berichterstattung zu generieren.

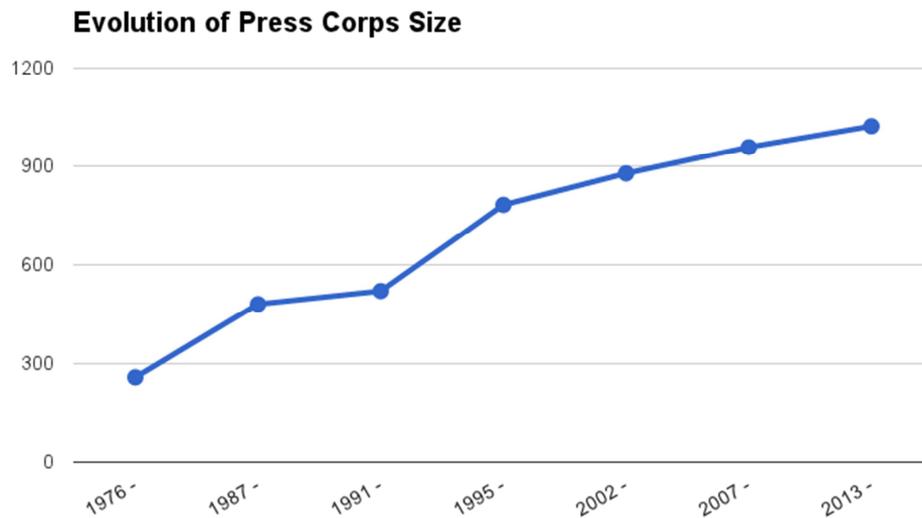
Mit diesem Aktionsplan wurde nachgeholt, was, wie oben erörtert, lange Zeit eine untergeordnete Rolle in der Kommission gespielt hat. Zusammengefasst kann man sagen, dass, während die ökonomische und politische Verzahnung der europäischen Mitgliedsstaaten immer enger wurde, die EU-Institutionen und die anderen europäischen Akteure den Bürgern unverändert fremd blieben.

Allerdings bezieht der Plan D nicht die einzelnen Parteien des Europäischen Parlaments in die Diskussion mit ein. Die Fokussierung auf die Exekutive ist ein ständiges

Problem des Europäischen Parlaments in seinem Bemühen um öffentliche Aufmerksamkeit in den Mitgliedsstaaten (Brettschneider und Rettich 2005).

1.2 Bei EU-Institutionen akkreditierte EU-Journalisten

Mit den Zuständigkeiten der EU ist auch die Zahl der EU-Korrespondenten stetig gewachsen. In der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die 9 Mitgliedsländer umfasste, waren im Jahr 1967 259 Journalisten bei den EU-Institutionen akkreditiert (Raeymaeckers et al. 2007; zitiert nach Terzis 2014). Mit den Beitritten der Länder Griechenland, Spanien und Portugal erhöhte sich die Zahl im Jahr 1987 auf 480 akkreditierte Journalisten. Der weitere Mitgliederzuwachs und die Ausdehnung vertraglich festgelegter EU-Kompetenzen (Einheitliche Europäische Akte 1987, Vertrag von Maastricht 1993) ließ die Zahl der akkreditierten Journalisten auf 783 anwachsen. Mit der europäischen Osterweiterung im Jahr 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern, Malta) erhöhte sich die Zahl auf nunmehr 929 Journalisten.



Brussels Media - The Breakdown

Abbildung 1: Entwicklung der Zahl von bei EU-Institutionen akkreditierten Journalisten 1978 – 2013. Quelle: (Harding 02.04.2014)

Aktuellere Zahlen der europäischen Kommission von April 2009 und September 2013 sprechen von 962 beziehungsweise 1.002 akkreditierten Journalisten (Terzis 2014). Trotz der neuen EU-Mitgliedsländer Rumänien, Bulgarien (2007) und Kroatien (2013) hat sich die Zahl der in Brüssel arbeitenden Korrespondenten also nicht wesentlich erhöht. Auch das Inkrafttreten des Lissaboner Vertrags hätte ein schnelleres Anwachsen der EU-Korrespondenten nahe legen können. Doch entgegenwirkende Tendenzen könnten das geringere Wachstum des Brüsseler *Presse-Corps* erklären. Erstens kann davon ausgegangen werden, dass osteuropäische Medienhäuser während der Aufnahme-prozedur ihrer Länder überdurchschnittlich große Mitarbeiter-teams in Brüssel hatten. Nach dieser Fokussierung auf den EU-Beitritt scheint ein Nachlassen des Interesses an der EU möglich und folglich ein tendenzieller (Wieder-)Abbau von Mitarbeiterzahlen wahrscheinlich.

Des Weiteren durchläuft die europäische Zeitungsbranche einen Anpassungsprozess an das digitale Zeitalter. Im Folgenden wird auf die wirtschaftliche Situation der deutschen Presse eingegangen. Auf Grund zurückgehender Werbeeinnahmen und Verkaufszahlen¹ verzichtet die Mehrheit der deutschen Medien auf einen festangestellten Korrespondenten in

¹ Im Vergleich zu 1990 ging die Zahl von täglich verkauften Tageszeitungen von 27,3 Millionen Exemplaren auf 18,4 Millionen Exemplaren im Jahr 2012 zurück. Vgl. Pasquay 2013.

Brüssel. Claudia Kristina Huber stellt in ihrer Untersuchung über die Arbeitssituation der EU-Korrespondenten fest, dass diese unter personellem Notstand leiden und dass deutsche Lokalredaktionen personell durchweg besser ausgestattet sind (Huber 2007). Wenn Medien überhaupt in Brüssel vertreten sind, dann verfügen sie meist nur über knappe Ressourcen. Gleichwohl stellt Deutschland mit geschätzten 140 akkreditierten EU-Korrespondenten² den größten Block aller EU-Mitgliedsländer, gefolgt von geschätzten 75 akkreditierten EU-Korrespondenten französischer Medienhäuser.³

1.3 Unterscheidung von regionalen und überregionalen Zeitungen

Die hier vorgestellten Studien zur europäischen Öffentlichkeit haben die großen Qualitätszeitungen im Blick gehabt. Vettters (2007) beschäftigt sich in ihrer Arbeit „Vor Ort in Europa“ mit dem medienvermittelnden Europabild der sehr viel häufiger gelesenen Regionalzeitungen. Zwei Drittel aller Deutschen informiert sich vor allem über Regionalzeitungen (Vettters 2007, S. 357). Weiter weist Vettters darauf hin, dass diese sich zwar an den großen Qualitätszeitungen als Leitmedien orientieren, *„aufgrund ihrer Ressourcen aber nicht in der Lage sind, ähnliche Ansprüche an Umfang und Qualität der EU-Berichterstattung zu erfüllen. Bedenkt man, dass diese Zeitungen vor allem wegen des Lokal- bzw. Regionalteils gelesen werden, besteht dazu auch keinerlei Notwendigkeit.“* So wird der Stellenwert der EU-Berichterstattung in lokalen und regionalen Zeitungen als gering eingestuft (Offerhaus 2011, S. 232). Ferner stellt Vettters die Hypothese auf, dass die Regionalzeitungen bemüht sein könnten, in der Auslands- und EU-Berichterstattung einen lokalen Bezug herzustellen, um sich von den Qualitätszeitungen zu unterscheiden. Dabei stellt sich allerdings wieder die Frage nach der Ausbildung und dem Wissen der Lokaljournalisten in Bezug auf die EU.

Eine Abgeordnete hat in einem Interview ihre Erfahrungen geschildert:

(CLI): Die, die sich nicht mit Europa befassen, haben wirklich sehr oft keine Ahnung [gemeint sind Journalisten]. Ja, das habe ich auch gemerkt bei regionalen und überregionalen Tageszeitungen auch wenn man denen - was ich von Anfang an gemacht habe - die Inhalte auf die Region herunterbricht. Wie zum Beispiel "Meine Region". Und dann habe

² Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union 2015

³ Représentation permanente auprès de l'EU européenne 2014

ich gefragt, warum sie es nicht genommen haben und dann haben sie gesagt: "Sie haben den Bezug nicht verstanden". Auf meine Widerrede, 'das steht doch drin' kam bloß noch: "Ja, aber das kommt doch von Europa". Das ist häufig eine Frage der Wahrnehmung. Nach dem Motto: Was wir in Brüssel machen kann gar nicht interessant für meine Leser sein.

Die Abgeordnete ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und war davor sechs Jahre Mitglied des Landtags und ist dementsprechend in den Journalistenkreisen ihrer Heimatregion gut bekannt. Vor ihrem Einstieg in die Politik war sie 10 Jahre lang als selbstständige Kommunikationstrainerin tätig. Über den üblichen Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit hinaus, gab die Abgeordnete während des Interviews an, eine Pressesprecherin zu beschäftigen, das heißt eine Assistentin die ausschließlich für Pressearbeit zuständig ist und in diesem Bereich auch einen Bildungsabschluss gemacht hat. Daraus ergibt sich eine vergleichsweise hohe Kompetenz und hohe persönliche Bereitschaft für Öffentlichkeitsarbeit. Trotz ihres Bemühens, die Europapolitik auf die Region herunter zu brechen, war sie mit den oben geschilderten Problemen konfrontiert, Inhalte mit europäischem Bezug in Regionalzeitungen unterzubringen. Weiter wusste die Abgeordnete zu berichten, dass die Lokalredaktionen Maximalquoten für EuropaNachrichten eingeführt haben.

Diese Aussage deckt sich mit der Erkenntnis von Offerhaus (2011, S. 233) wonach der Umfang an EU-Berichterstattung zwar insgesamt kontinuierlich zugenommen hat, sich aber an unterschiedlichen Medien bricht. *„Während die Politikbeobachtung der europäischen Ebene immer schon in Qualitätszeitungen stattgefunden und im Prozess zunehmender europäischer Integration weiter an Bedeutung gewonnen hat, findet das Thema in der Regionalpresse und in den Boulevardmedien keinen bzw. nur einen sehr reduzierten Niederschlag.“*

Diese Feststellung ist für diese Arbeit von herausragender Bedeutung, da die lokalen und regionalen Tageszeitungen der erste Ansprechpartner für die Abgeordneten sind. Denn wie bereits oben erwähnt, findet das Parlament so gut wie keinen Eingang in die überregionale Berichterstattung. Brettschneider und Rettich (2005, S. 143) kommen zu der Erkenntnis, dass wenn über die EU berichtet wird der Schwerpunkt auf der Exekutiven liegt. *„Parlamentarier spielen nur eine Statistenrolle und werden auch noch negativer bewertet als Bundes- oder Landespolitiker, die sich zu Europa äußern.“*

1.4 EU-Berichterstattung im nationalen Kontext

Wie eingangs erwähnt, unterscheiden sich die EU-Korrespondenten in hohem Maße von üblichen Auslandskorrespondenten. Während Auslandskorrespondenten über Geschehnisse in anderen Ländern berichten, betreffen die von den EU-Korrespondenten bearbeiteten Themen unmittelbar die Innenpolitik der Mitgliedsstaaten. Ein EU-Korrespondent bearbeitet sozusagen innenpolitische Themen, ohne dass sie als solche vom Leser oder Zuschauer wahrgenommen werden. Dazu tragen die Medienhäuser selber bei, die EU-Nachrichten häufig wie Auslandsberichterstattung behandeln. Wie Statham (2008, S. 418) darlegt, ist die EU-Berichterstattung komplett nach Brüssel ausgelagert. Diese Auslagerung erklärt auch die häufig sparsame Ausstattung der Brüsseler Redaktionen. Hier arbeiten also die EU-Korrespondenten unter den wirtschaftlichen und institutionellen Bedingungen autonom und müssen „ihre Nachrichten“ produzieren und dann an ihre Redaktionen zu Hause „verkaufen“.

So entsteht eine Konkurrenzsituation zwischen nationaler und europäischer Berichterstattung. In seiner Studie „Making Europe news - How journalists view their role and media performance“ führt Statham (2008) mit 110 EU-Korrespondenten unterschiedlicher Herkunft Interviews durch (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Niederlande, Spanien, Schweiz). Befragt nach den Hindernissen für eine angemessenere EU-Berichterstattung, nannten die für die Studie ausgewählten EU-Korrespondenten den begrenzten Nachrichtenraum als ausschlaggebend. Der von der Heimatredaktion zur Verfügung gestellte Raum für EU-Nachrichten ist in den Augen der EU-Korrespondenten das größte Hindernis für die europäische Berichterstattung (Vgl. Figur 2). Befragt wurden 110 Journalisten aus 6 EU-Mitgliedsländern und dem Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz. Aus Deutschland wurden 14 Journalisten von verschiedenen Medienhäusern befragt.

In die gleiche Richtung geht die am zweithäufigsten gegebene Antwort. Die

Table 4 Journalists' concerns, considerations and difficulties when reporting on European affairs (national and regional newspapers, by country)

	Rank	All*	UK	F	D	CH	ESP	I	NL
Availability of news space	1	0.84	0.92	0.77	0.86	0.50	0.93	0.92	0.89
Necessity to capture audience attention	2	0.68	0.92	0.54	0.79	0.70	0.57	0.58	0.63
Access to important public figures	3	0.55	0.62	0.46	0.69	0.70	0.71	0.23	0.38
Availability of resources for research/investigation	4	0.50	0.46	0.62	0.79	0.60	0.57	0.08	0.33
Pressure of deadlines	5	0.47	0.62	0.46	0.57	0.20	0.67	0.46	0.11
Lack of expert knowledge on topic	6	0.40	0.38	0.54	0.31	0.50	0.14	0.38	0.76
Access to official documents	7	0.39	0.54	0.46	0.37	0.30	0.57	0.15	0.25
Lack of clear cues and positions from politicians	8	0.37	0.31	0.36	0.46	0.50	0.36	0.08	0.75
Own lack of understanding of topic	9	0.35	0.38	0.23	0.29	0.30	0.29	0.46	0.57
Pressure from senior editors/journalists	10	0.23	0.15	0.23	0.37	0.30	0.29	0.08	0.22
Pressure from management/organisational pressure	11	0.14	0.0	0.46	0.08	0.0	0.21	0.15	0.0
All		0.44							
N		87	13	13	14	10	15	13	9

Note: * Figures aggregated mean score range from 0 to 1. Scale: No = 0, Yes = 1.

Abbildung 2: EU-Journalisten berichten: Was sind die Hindernisse für eine angemessenere EU-Berichterstattung? Quelle: (Statham 2008, S. 411)

Notwendigkeit, das Interesse der Leserschaft gewinnen zu müssen, wird als Grund angeführt, nicht über „europäische“ sondern über nationale oder regionale Ereignisse zu berichten. Da der Raum für Nachrichten pro Medium begrenzt ist, gerät die EU-Berichterstattung zwangsläufig in den Hintergrund. Die zwei erstgenannten Probleme, die stark miteinander verknüpft sind, liegen also außerhalb des institutionellen Einflussbereichs der Europäischen EU. Die Akteure auf Seiten der Europäischen EU können nicht unmittelbar darauf Einfluss nehmen, welchen Raum die EU-Berichterstattung in der nationalen Berichterstattung einnehmen soll, noch können sie darauf einwirken, was in den Redaktionen als „verkaufsfördernd“ angesehen wird und was nicht.

Diese kritische Haltung gegenüber der EU ist in den deutschen Redaktionsräumen weit verbreitet. So berichtete eine Abgeordnete über ihre eigenen Erfahrungen im Umgang mit deutschen Regionalzeitungen. Obwohl die Abgeordnete seit ihrem Einzug ins Parlament 2009 und auch davor als Mitglied des Landtags gute Verbindungen mit den Journalisten ihrer Heimatzeitung pflegte, sind die Hürden für ein EU-Wirtschaftsbericht sehr hoch.

*Aljoscha Voggenreiter (AV): Wie nehmen Sie die EU-Berichterstattung in Deutschland wahr?
(CLI): Es könnte viel mehr sein. Sagen wir mal so: Ich weiß es direkt von meiner Heimatzeitung in meiner Region, dass dort Wirtschaftsberichte über die EU nur einmal im Monat vorkommen dürfen. Das finde ich sehr restriktiv. Das ist so von der Redaktion vorgegeben. Die Redaktion gibt vor, Europa darf nicht so oft vorkommen und wenn dann schon ein Wirtschaftsbericht von einem Kollegen aus meiner Region drin war, ich aber auch was hatte – dann musste man erst Mal wieder eine Zeit lang warten, bis man das in der Zeitung bringen kann. Das ist mir schon passiert. Bis dahin war das natürlich nicht mehr aktuell.*

Diese Aussage veranschaulicht, wer die eigentlichen Gatekeeper der europäischen Berichterstattung sind. Am Ende sind es die Heimatredaktionen der nationalen Medienhäuser, die bestimmen, welche und wie viele Artikel über Europa in der Zeitung erscheinen oder nicht. Deswegen ist die heutige Fokussierung der Forschung auf die EU-Korrespondenten zum Teil auch irreführend, da die untersuchten Akteure abhängig von den Redaktionen sind, in welchem Maße ihre Arbeit bei der Leserschaft Beachtung findet oder nicht. Brüggemann und Kleinen-von Königslöw (2009, S. 32) konnten in ihrer Untersuchung nachweisen, dass die EU-Berichterstattung nicht korrelativ mit der Zahl der EU-Korrespondenten steigt. Dies kann als ein Beleg für die untergeordnete Rolle der EU-Korrespondenten im Vergleich zu ihren Kollegen aus dem Heimatland gedeutet werden. Ob sich die Zahl der in Brüssel tätigen Korrespondenten erhöht oder nachlässt hat also keinen unmittelbaren Durchschlag auf die Quantität der veröffentlichten politischen Kommunikation mit europäischem Bezug, denn die Gate-Keeper Funktion liegt bei den Redaktionen in Deutschland. Was Brüggemann und Kleinen-von Königslöw (2009) allerdings vernachlässigen, ist eine Untersuchung über die qualitativen Veränderungen bei sich verändernder Korrespondentenzahl. Hierbei darf angenommen werden, dass die Größe des Presse-Corps sowohl kurzfristig als auch langfristig Effekte zeigt. Kurzfristig in Bezug auf die Qualität der veröffentlichten Inhalte, das heißt wie viel Recherchearbeit der Journalist leisten kann bevor er die Nachricht verfasst,

beziehungsweise wie viele Themen er gleichzeitig bearbeiten muss oder ob er sich dies mit seinen Kollegen aufteilen kann. Langfristig in dem Sinne, dass die Zahl von Journalisten das grundlegende Verhältnis zwischen Institutionen und Journalisten definiert. Ist die Zahl abnehmenden und unterschreitet eine gewisse Grenze, können die Medien ihrer Kontrollfunktion nicht mehr gerecht werden.

2 Politischer Journalismus in der Europäischen Union

Nimmt man zu den zwei oben genannten Problemstellungen – begrenzter Nachrichtenraum und der Zwang wirtschaftlich zu arbeiten – hinzu, dass europäische Entscheidungsprozesse als komplex und mehrstufig (*multilevel governance*) bezeichnet werden, werden die Herausforderungen für den EU-Korrespondenten ersichtlich. Er muss in dem ihm zur Verfügung gestellten knappen Raum eine komplexe Materie für den Leser interessant aufarbeiten.

In ihrem viel rezipierten Werk „Comparing media systems“ gehen Hallin und Mancini (2004) davon aus, dass der Journalismus von den politischen Strukturen und dem gegebenen institutionellen Rahmen in seiner Berichterstattung beeinflusst wird. Sie schreiben, „dass die Presse immer Form und Farbe der sozialen und politischen Strukturen annimmt, innerhalb derer sie arbeitet“ (Seite 11). Daraus hat sich der oft verwandte Vorwurf an die Journalisten gespeist, in ihrer Berichterstattung „pro-europäisch“ zu sein. Befragt nach diesem Phänomen, erklärt Michael Stabenow im Jahr 2008, langjähriger EU-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) und damaliger Vorsitzender der International Press Association⁴ (Terzis 2014, S. 540):

While it is true that one can get accustomed to ‘European’ traditions, rules or way of thinking, contrary to other capital cities Brussels has a special feature to offer. Since it is a location where the influence of 27 different member states with often differing views on the same issues is felt, the risk of simply going ‘native’ seems limited to me. This multitude of views is also reflected in the increasing number of journalists with different approaches and agendas. In the eighties and early nineties the Brussels press corps tended to be more ‘Europhile’. Today, this is less true. Actually, some of the fiercest arguments on the tasks and

⁴ Vereinigung von ausländischen und über die EU berichtenden Journalisten in Belgien.

limits, and also on the shortcomings of institutions and its actors, are generated through correspondents based in Brussels.

Stabenow will also nicht ausschließen, dass es eine tendenziöse pro-europäische Berichterstattung in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts gegeben hat. Gleichzeitig hält er es für die heutige Zeit für weniger wahrscheinlich. Wobei sein späterer Verweis, dass es eine besonders große Nähe zwischen EU-Journalisten und EU-Beamten gibt, dem widerspricht. Wie Baisnée (2002a) in seinem Beitrag „Can political journalism exist at the EU level?“ schildert, kann man vom Brüsseler Arbeitsumfeld als eine Art „Mikrokosmos“ sprechen, in dem Journalisten, Beamte und Diplomaten auf engen Raum zusammen arbeiten. Begünstigt durch die Tatsache, dass die Gebäude der drei gesetzgebenden Institutionen Breydel (Europäische Kommission), Justus Lipsius (Rat/Ministerrat) und das Parlament jeweils nur einige 100 Meter voneinander entfernt liegen, hat sich eine Art geschlossenes Umfeld („closed environment“) gebildet. Es wird darauf hingewiesen, dass die verschiedenen Akteure sich nicht nur ein gemeinsames Arbeits- sondern häufig auch ein gemeinsames Lebensumfeld teilen. Die als „European People“ bezeichneten Akteure – wozu bezeichnenderweise auch die Journalisten gezählt werden – frequentieren die gleichen Bars und Restaurants, sie schicken ihre Kinder in die gleichen Schulen und wohnen in den gleichen Stadtvierteln. Bei dieser engen Verflechtung der Lebensverhältnisse können Annäherungen in den Sichtweisen von EU-Journalisten und EU-Beamten nicht ausgeschlossen werden.

2.1. Starke nationale Rückkopplung

Trotzdem greifen diese Erklärungsversuche zu kurz, da sie der Diversität des Brüsseler *Presse-Corps* nicht Rechnung tragen. Baisnée (2002a) geht beispielsweise davon aus, dass die Journalisten stark durch ihrer Hintergrundkultur aus ihren Heimatländern geprägt sind. In seiner soziologischen Untersuchung weist Baisnée die unterschiedliche Arbeitsweise von französischen und britischen Korrespondenten nach. In seiner Studie die sich auf französische und britische Korrespondenten beschränkt werden drei Typen von Journalisten gezeichnet:

1. Institutional journalism
2. Investigative journalism
3. Politicisation through national politics

Der erste Typus kennzeichnet sich durch die große Nähe zu den EU-Institutionen aus. Der Korrespondent geht einer langjährigen Tätigkeit in Brüssel nach (mindestens 15 Jahre) und kann sich ein Stückweit mit den Institutionen identifizieren. Er verfügt auch über ein großes soziales und professionelles Kapital, zum einen weil er Neuankömmlingen den Start erleichtert, indem er ihnen Zugang zu Kontakten verschafft und dadurch an Ansehen gewinnt. Zum anderen weil er über das größte Fachwissen verfügt. Baisnée sieht vor allem die ältere Generation von französischen Korrespondenten, die das Projekt EU häufig schon seit den 1960-1970 Jahre begleiten, für diesen Typ repräsentativ.

Der zweite Typus kennzeichnet sich durch eine kritischere Herangehensweise aus. Er wahrt mehr die Distanz und sieht seine Tätigkeit als reine berufliche Ausübung an (wohingegen der erste Typ seine Arbeit als intellektuelles und politisches Projekt versteht). Zu seinen Quellen wahrt er eine berufliche Distanz. Er sieht den ersten Typ kritisch und wirft ihm vor, oft gemeinsame Sache mit Vertretern der Institutionen zu machen. Für Baisnée trifft diese Kategorisierung vor allem auf die jüngere Generation von französischen Korrespondenten zu, die das Projekt Europa nicht von Beginn an begleitet haben.

Der dritte Typus kennzeichnet sich durch die nationale Betrachtung der EU aus. Der Korrespondent ist in der Regel nicht länger als 5 Jahre in Brüssel tätig, wodurch er weiterhin stark an die Sichtweisen seines Heimatlandes z.B. Großbritannien gebunden ist. Stärker als die französischen Korrespondenten, stellen insbesondere die britischen in ihren Europaanmeldungen den Bezug zu Westminster her. Britische Medienhäuser sind weiter dafür bekannt, eine klare eigene Agenda zu führen („Editorial project“), was sich bei den EU-Korrespondenten durch eine große Europaskepsis ausdrückt.

Vergleichbare wissenschaftliche Studien über deutsche Korrespondenten liegen nicht vor. Es darf dennoch als gesichert angenommen werden, dass der deutsche Journalismus dem französischen näher ist als dem britischen. Dafür sprechen die enge deutsch-französische Partnerschaft („Motor der europäischen Integration“), und die kontinentaleuropäische Sichtweise auf das Projekt EU. Ein weiterer Beleg der diese Annahme stützt ist die Beobachtung, dass deutsche EU-Korrespondenten eine mit dem ersten Typus vergleichbare hohe Bleibezeit in Brüssel haben. Roland Schröder (Potjans 2007) macht dabei die Beobachtung, dass in Deutschland folgende Überzeugung überwiegt: *„Je länger jemand an einem Ort ist, desto besser kennt er sich aus, desto mehr Quellen kann er erschließen, desto*

bessere Arbeit liefert er.“ Diese Ansicht kommt dem hier vorgestellten europafreundlichen Typus sehr nahe.

Wie oben bereits erläutert, ist die Entwicklung der nationalen Mediensysteme stark mit der Geschichte des Landes verknüpft. Historische, geografische und politische Einflüsse prägen die Form des Mediensystems des jeweiligen Landes. Deshalb scheint es unzulässig, ein allgemeines Urteil über die EU-Berichterstattung zu fällen, ohne einen Bezug zu den nationalen Unterschieden herzustellen. Die EU-Berichterstattung Großbritanniens steht beispielhaft dafür, dass europäische Politik durch den „nationalen Filter“ bei den Rezeptoren ankommt.

2.2 EU-Berichterstattung und seine Bedeutung für die europäische Integration

Die Bedeutung des EU-Journalismus für die europäische Integration geht über die normale Kontrollfunktion der Medien hinaus. Wie von der Kommission gefordert (Wallström 2005), soll die politische Kommunikation das Legitimitätsdefizit füllen. Ein kurzer Blick auf das Verhältnis Öffentlichkeit – Nationalstaat verdeutlicht die Problematik der EU bei der Legitimierung ihrer Rolle als supranationale Organisation. Bei der Entwicklung und Herausbildung der Nationalstaaten in Europa kann man drei große Etappen unterscheiden, die zeitlich versetzt voneinander in folgender Reihenfolge ablaufen:

- 1) Schaffung eines nationalen politischen Raums durch die Konstitution des Nationalstaates (mit Einführung eines allgemeinen Wahlrechts)
- 2) Bildung eines Beamtenapparats (mit „hoheitlichen“ Aufgaben)
- 3) Entwicklung einer öffentlichen Fürsorge/staatlichen Politik (Wohlfahrtsstaat)

In der Vorlesung « Politiques & Actions Publiques en Europe »⁵ beschreibt es Vincent Dubois wie folgt: « *L'espace politique national est constitué en première avant la construction d'un Etat au sens bureaucratique du terme. Ce dernier n'intervient que dans une seconde étape. Il développe enfin des politiques publiques.* »

⁵ Dubois, Vincent (2015): Vorlesung Politiques & Actions Publiques en Europe. IEP de Strasbourg, Année scolaire 2014-2015.

Auf die Gründungsgeschichte der EU bezogen stellt Dubois eine Umkehrung der Entwicklungsstufen fest:

« Si on applique ce raisonnement à la construction européenne : cas de figure totalement différent : l'histoire de l'UE commence d'abord par l'instauration d'un espace économique, d'emblée constitué autour de la fabrication de politiques publiques. [...] L'unité politique et l'espace proprement politique de l'UE procède du développement de politiques publiques beaucoup plus que l'inverse. L'espace politique européen, c'est avant tout l'espace de fabrication des politiques publiques européennes. »

Die EU hat sich in der Gründungsphase und bis zum „Maastrichter Schock“ 1992 maßgeblich über die „Produktion“ von Gesetzestexten legitimiert. Dahinter steckte die Überzeugung von Vertretern der Kommission, dass die Bürger den persönlichen Nutzen an einer europäischen supranationalen Organisation erkennen und sie allein deswegen unterstützen. „Ein Europa der Ergebnisse“⁶ verspricht dem Bürger effektives und kosteneinsparendes Handeln. In der Kommunikationsstrategie verwendete Begriffe wie „Effektivität“ und „Kosten-Nutzen-Vergleich“ erinnern an marktwirtschaftliche Konzepte. Das eigene Handeln wird mit dem Nutzen für alle legitimiert und somit erfährt die „output-orientierte Legitimationsargumentation“ (Scharpf 2003) ein klares Übergewicht.

2.2.1 Die Europäische Union und das Demokratiedefizit

Das Demokratiedefizit ist ein häufig behandeltes Thema in der Öffentlichkeit sowie in der Wissenschaft (Schmidt 2008). Das Demokratiedefizit in der EU resultiert vor allem aus der mangelnden Anbindung der Kommission an das Parlament sowie aus der starken Stellung des Ministerrats, der mit den gewählten Fachministern aus den Mitgliedsstaaten nur indirekt legitimiert ist. Die Kommission setzt sich unabhängig vom Ausgang der Europawahlen zusammen. Jedes EU-Mitgliedsland „entsendet“ einen Kandidaten für ein Kommissionsamt. Konkret heißt das, dass die Regierung meist einen Kandidaten aus der Regierungspartei ernennt ohne dabei die vorangegangenen Wahlen zum Europäischen Parlament zu berücksichtigen. Eine Neuerung bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten gab es mit dem Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages im Jahr 2009. In der deutschen Öffentlichkeit

⁶ Mitteilung der Kommission - Ein Europa der Ergebnisse – Anwendung des Gemeinschaftsrechts /* KOM/2007/0502, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/>, zuletzt geprüft am 07.05.2015.

wurde das sogenannte „Spitzenkandidatensystem“ diskutiert, dem zu Folge der Kommissionspräsident von den europäischen Regierungschefs unter „Berücksichtigung des Ergebnisses der Wahlen zum Europäischen Parlament“ ausgewählt werden sollte.⁷ Vor allem Vertreter des Parlaments deuteten diese Textpassage so, dass der Spitzenkandidat der Fraktion mit den meisten Stimmen bei der Europawahl auch Kommissionspräsident werden sollte. Dieser Automatismus lässt sich aus den Verträgen nicht zwingend ableiten und hat dementsprechend auch großen Widerspruch bei einigen Regierungschefs hervorgerufen, die sich keinen Kandidaten vom Parlament aufzwingen lassen wollten.⁸ Nach Kontroversen zwischen Parlament und Rat hat sich das Parlament schlussendlich durchgesetzt, wobei nicht abschließend geklärt ist, ob dieses Spitzenkandidatensystem bei der nächsten Wahl wieder Anwendung findet oder es erneut zu Kontroversen zwischen Parlament und Rat kommt.

Weit über die institutionellen Fragen hinausgehend stellt sich viel grundsätzlicher die Frage nach der Öffentlichkeit. Die Legitimation nationalstaatlicher demokratischer Systeme speist sich vor allem aus der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den regelmäßig stattfindenden Wahlen und ihrer Unterstützung des politischen Systems. Für die persönliche Wahlentscheidung notwendig ist der Zugang zu Informationen über das politische Geschehen. Hier nehmen die Journalisten mit ihrer Recherche, Selektion und Weitergabe von Inhalten eine Schlüsselrolle ein (Gatekeeper). Gemeinhin werden der Presse zwei Funktionen zugesprochen (Statham 2006, S. 2):

1. Messenger-Funktion: Recherche und Weitergabe von politischen Geschehnissen.
2. Commentator-Funktion: Politischer Akteur, der durch Selektion bestimmte Meinungen in die Öffentlichkeit transportiert.

Daraus ergibt sich die zentrale Rolle des politischen Journalismus in der EU beim Abbau des oben geschilderten Demokratiedefizits. Erstens, weil die Art und Weise der EU-Berichterstattung Einfluss darauf nimmt, wie die EU von den Menschen in den Mitgliedsländern gesehen wird. Zweitens, weil eine angemessene EU-Berichterstattung durch die Weitergabe von Wissen die Menschen dazu befähigt sich ein Urteil zu fällen und an

⁷ vgl. EU-Vertrag Art. 17 Abs. 7 EUV

⁸ Busse, Nikolas. „Europawahl Projekt Spitzenkandidat.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.05.2014. <http://www.faz.net/aktuell/politik/europawahl/europawahl-projekt-spitzenkandidat-12924421.html>.

Wahlen teilzunehmen. Es wird ersichtlich, dass die Legitimierung der EU maßgeblich von den Fähigkeiten und dem Ausmaß des politischen EU-Journalismus abhängig ist.

Die Qualität des EU-Journalismus hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Der Zugang zu Quellen aus Kommission, Rat und Parlament entscheidet mit darüber, wie gut der EU-Journalismus funktionieren kann. Die Rolle des Abgeordneten bei der journalistischen Wissensbeschaffung ist im Rahmen dieser Arbeit von besonderem Interesse. Es liegt im Interesse der Abgeordneten, die eigene Sichtweise zu präsentieren und eine wohlwollende Öffentlichkeit für die Arbeit des Parlaments zu schaffen.

3 Mediale Wahrnehmung des Europäischen Parlaments

„They (journalists) are the filter through which institutions that have no natural audiences except geographically, culturally and politically divided publics, are given publicity”

(Baisnée 2002a)

Dieses Kapitel stellt zwei Studien vor, die unter Berücksichtigung verschiedener Parameter zu konträren Ergebnissen bei der medialen Wahrnehmung des Parlaments kommt. Dazu werden die subjektiven Meinungen von Abgeordneten wiedergegeben, die in den für diese Arbeit durchgeführten Gesprächen ein zu geringes journalistisches Interesse für ihre Arbeit zum Ausdruck bringen.

3.1 Studie 1: Differenzierung nach institutionellen Akteuren

Wie wir bisher aufgezeigt haben, ist das Verhältnis zwischen Akteuren der EU und den Medien nicht unproblematisch. Die für diese Arbeit durchgeführten Interviews mit Abgeordneten belegen dies noch einmal. Die Abgeordneten, die sich für ein Interview bereit erklärt haben, haben sich alle über eine zu geringe EU-Berichterstattung in ihren regionalen Zeitungen als auch in den überregionalen Zeitungen beklagt. Gefragt nach ihrem subjektiven Empfinden, ob die EU-Berichterstattung in Deutschland ausreichend ist, fielen die Antworten meist identisch aus:

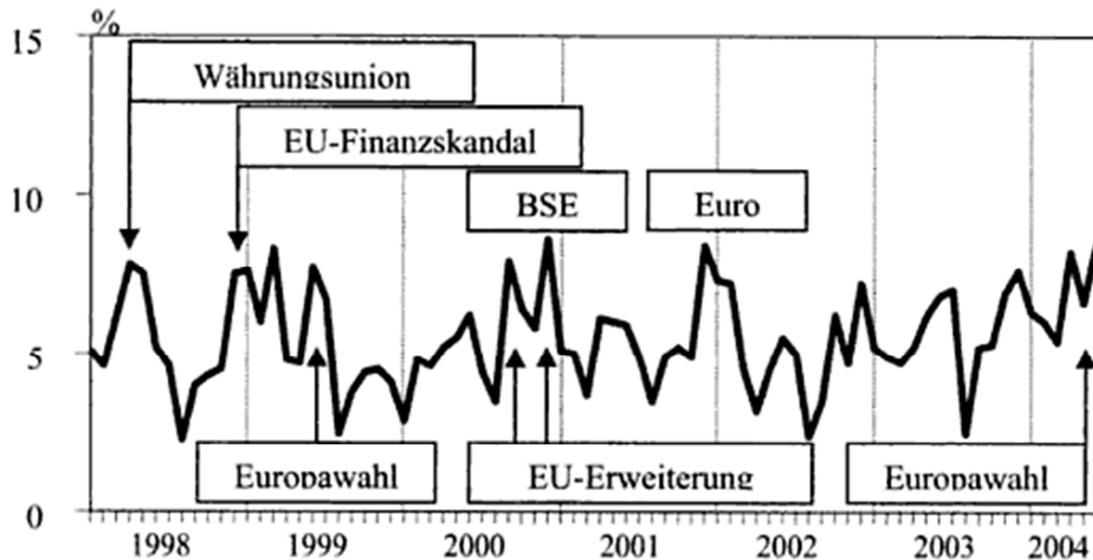
(ART) Eines kann man aber schon feststellen, dass die nationale Ebene die Berichterstattung absolut überragt nach wie vor. Und auch wenn die prioritären Entscheidungen hier in Brüssel entschieden werden, konzentriert sich die nationale Berichterstattung immer noch auf den Bundestag.

(UOP) Dass also nicht mehr ausschließlich die Geige in den Hauptstädten spielt sondern wichtige mindestens hohe Entscheidungen tatsächlich in Brüssel fallen, die zu Hause im Bundestag nicht mehr rückgängig gemacht werden können - das ist ein Wissenstand der für uns alltäglich ist, sich aber wirklich in den höchsten Redaktionsstuben in Deutschland nur ganz langsam und stückchenweise durchsetzt. So jetzt kann ich immer nur sagen, ich gucke mir die Europapolitik schon lange an und das war schon mal alles viel schlimmer. Also insofern wurde es von ganz ganz schlimm zu schlimm, aber es ist immer noch nicht gut.

Die Arbeiten von Brettschneider und Rettich (2005) scheinen diese Auffassungen zu bestätigen. In ihren Untersuchungen über die deutsche EU-Medienberichterstattung in den Jahren 1998 bis zur Europawahl 2004, kommen sie zu dem Schluss, dass die Massenmedien nur in geringem Ausmaß Informationen über die Arbeit der Europäischen EU liefern. Ihre Analyse umfasst die grundlegenden Fragen nach der *Häufigkeit* von Nachrichten mit Bezug auf die EU. Des Weiteren wird unterteilt, wie viel über die einzelnen *Akteure* (Kommission, Rat, Parlament) jeweils berichtet wird. Abschließend wird untersucht, wie die *Bewertung* der Berichterstattung ausfällt. Die Studie war relativ breit ausgelegt. Sie umfasste in dem genannten Zeitraum die überregionale Zeitungen sowie Fernsehsendungen: Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Bild, ARD Tagesschau, Tagesthemen, ZDF heute (19 Uhr Ausgabe) und heute journal, RTL aktuell, SAT.1 News und ProSieben Nachrichten. Für die untersuchten Medien ergab sich das Bild, dass die deutsche EU-Berichterstattung in dem Zeitraum von 1998 bis 2004 zu keinem Zeitpunkt mehr als 9 % von der Gesamtberichterstattung einnahm. Durchschnittlich hatten lediglich 4,4 % der Nachrichten einen Bezug zur EU (Vergleiche Abbildung).

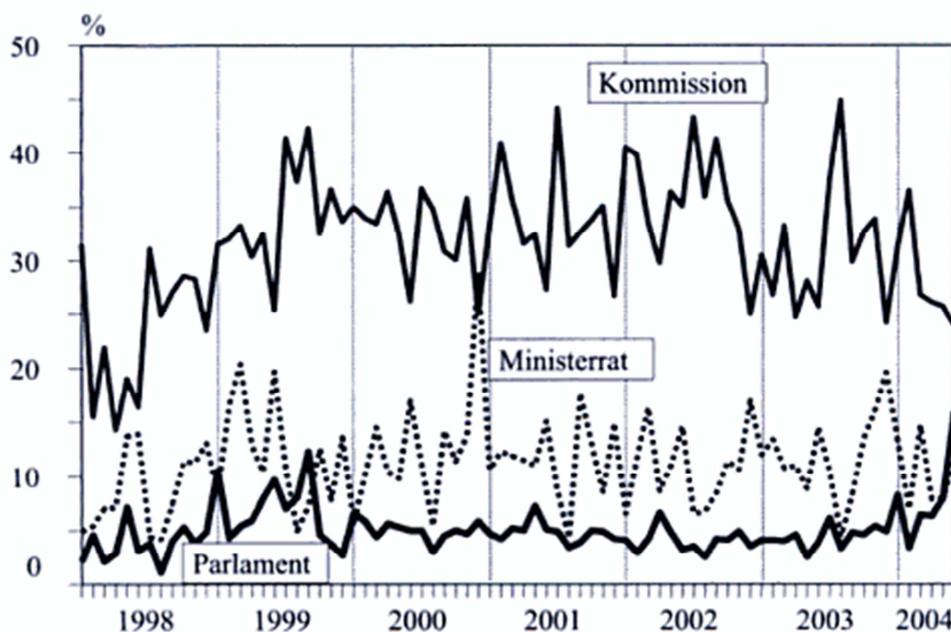
Der für diese Arbeit interessantere Teil liegt in der zweiten Untersuchung, in der eine Differenzierung der EU-Berichterstattung nach EU-Institutionen vorgenommen wurde. Welche EU-Institution wird also in welchem Maße in der Berichterstattung berücksichtigt. In

diesem Schaubild zeigt sich der schwere Stand des Europäischen Parlaments (im Folgenden „Parlament“) im Wettbewerb mit den anderen EU-Institutionen um mediale Aufmerksamkeit. Schaut man sich nur die EU-Berichterstattung an, entfallen weniger als 10 % der Berichte auf das Parlament. Die Kommission spielt hingegen in etwa 35 % der Fälle die zentrale Rolle in der EU-Berichterstattung (Vergleiche Abbildung).



Anteil aller Beiträge, in denen die Themen EU/Europapolitik dominieren, an sämtlichen 721.408 Beiträgen in *Welt*, *FAZ*, *FR*, *Süddeutsche Zeitung*, *BILD*, *ARD Tagesschau*, *Tagesthemen*, *ZDF heute*, *heute journal*, *RTL aktuell*, *SAT.1 News*, *ProSieben Nachrichten*.

Abbildung 4: Präsenz der Europäischen EU in der Medienberichterstattung 1998 – 2004.
Quelle: (Brettschneider und Rettich 2005, S. 140)



Anteil der einzelnen europäischen Institutionen an allen 87.156 Beschreibungen der Europäischen Union oder ihrer Organe in *Welt*, *FAZ*, *FR*, *Süddeutsche Zeitung*, *BILD*, *ARD Tagesschau/Tagesthemen*, *ZDF heute/heute journal*, *RTL aktuell*, *SAT.1 News*, *ProSieben Nachrichten*.

Abbildung 4: Präsenz europäischer Akteure in der Medienberichterstattung 1998 – 2004.
Quelle: (Brettschneider und Rettich 2005, S. 144)

Rolle und Aufgabe der Exekutive können die gesteigerte Aufmerksamkeit für die Kommission im Vergleich zum Parlament (Legislative) erklären. Zwar tritt das Parlament gemeinsam mit dem Rat seit dem Lissaboner Vertrag bei allen ordentlichen Gesetzgebungsverfahren als Co-Gesetzgeber auf, jedoch obliegt das Initiativrecht weiter der Kommission. Jeder europäische Gesetzestext hat seinen Ursprung bei der Kommission. Dieser Umstand erklärt die Rolle der Kommission als „Motor“ der europäischen Integration. Die Kommission ist im Zentrum des institutionellen Machtgefüges installiert. Während das Parlament seit den Römischen Verträgen 1957 seinen Platz erstreiten musste, verfügte die Kommission von Beginn an über Kompetenzen und Ressourcen (Vergleiche Kapitel IV).

3.2 Studie 2: Differenzierung nach Politikbereich

Im Vergleich zu den Ergebnissen von Brettschneider und Rettich (2005) ergibt eine Untersuchung aus dem gleichen Zeitraum des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung ein differenzierteres Bild über die kognitive Wahrnehmung der europäischen Politik in Deutschland.

Für das Projekt „The transformation of political communication and mobilisation in European public spheres“ (Koopmans 2004) wurden 8 Forschungseinrichtungen aus 7 verschiedenen Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Niederlande und Schweiz) damit beauftragt, an Hand von Inhaltsanalysen von Massenmedien, Netzwerkanalysen politischer Kommunikation sowie Interviews mit Vertretern politischer Organisationen Vergleichsanalysen aufzustellen. Ziel des dreijährigen Projekts war es, festzustellen, in welchem Maße europäische Themen Eingang in die nationalen Diskurse der Mitgliedsstaaten fanden.

Das Projekt wurde von der Kommission finanziert. Das kann Fragen nach der generellen Ausrichtung des Projekts aufwerfen. Weisbein (2011) untersucht in seiner Arbeit „Vers une sociologie pragmatique de l'EU Européenne?“ von der Kommission in Auftrag gegebene soziologische Studien und weist darauf hin, dass die Kommission als Auftraggeber von wissenschaftlichen Studien eine eigene Agenda verfolgt. An Hand von konkreten Beispielen weist er nach, dass die Kommission als Finanzgeber gewisse Steuerungsmöglichkeiten hat und wohl zumindest einen indirekten Einfluss sowohl auf die

Auswahl des Forschungsobjektes als auch der Forschungsperspektive nimmt (Weisbein 2011, S. 276).

Eine Verwendung der Ergebnisse dieser Studie sollte also mit dem Wissen behandelt werden, dass das Projekt dank der Kommission verwirklicht wurde. Das Projekt findet in dieser Arbeit deswegen Erwähnung, weil es neue Elemente in die Debatte über das sogenannte europäische „Öffentlichkeitsdefizit“ einführt. Das Projekt nennt vier Vergleichsdimensionen: Einmal die zeitliche von 1990, 1995, 2000 bis 2002, dann die geographische mit den 7 teilnehmenden Ländern (siehe oben). Der wesentliche Beitrag den diese Studie leistet, findet sich in der dritten und vierten Vergleichsdimension:

- 3) Differenzierung nach Politikfeldern (Geldpolitik, Landwirtschaft, militärische Konflikte, Zuwanderung, Renten und Bildung), das heißt es wurde untersucht, wie groß der Anteil der politischen Kommunikation mit europäischen Bezug in jedem einzelnen Politikfeld ist.
- 4) Differenzierung nach verschiedenen kollektiven Akteuren (Medien, Parteien, Interessengruppen usw.), das heißt es wurde untersucht, wie und auf welche unterschiedliche Art und Weise die Akteure zur Herstellung der europäisierten politischen Kommunikation beitragen.

Mit diesem theoretischen Werkzeug ausgerüstet, macht sich die Arbeit daran, auf Unstimmigkeiten der vorliegenden Studien hinzuweisen.

„Eine weitere Beschränkung bisheriger Studien ist, dass sie politische Kommunikation nur dann als europäisiert betrachten, wenn auf Institutionen, Normen oder Entscheidungen auf der EU-Ebene verwiesen wird.“ (Koopmans 2003, S. 34)

Es wird neu definiert, wann eine Nachricht einen Bezug zur europäischen Politik hat. Dabei wird unterschieden zwischen „vertikalen“ Bezügen zur EU (der Verweis auf Institutionen, Normen oder Entscheidungen auf der EU-Ebene) und „horizontalen“ Bezügen (der Verweis auf andere Mitgliedsstaaten). So wäre folgender Satz eine *politische Kommunikation mit europäischen Bezug*: „Bei der gleichen Bezahlung von Mann und Frau ist Deutschland im Europavergleich auf dem vorletzten Platz“. Während Brettschneider und Rettich (2005) in ihren Untersuchungen lediglich die „vertikalen“ Bezüge aufgenommen

haben, erweitern Koopmans (2004) und sein Team das Untersuchungsfeld mit den „horizontalen“ Bezügen. Wie eingangs erwähnt, darf bei der Bewertung der Studie nicht außer Acht gelassen werden, dass sie von der Kommission finanziert wurde. Es erscheint naheliegend, dass der Kommission eine möglichst breite Definition von Nachrichten mit europäischem Bezug entgegen kommt. Nichtsdestotrotz kommt die Studie zu einem interessanten Ergebnis, wenn sie die Politikfelder einzeln untersucht.

Geldpolitik	81
Landwirtschaft	55
Militärische Konflikte	23
Zuwanderung	21
Bildung	13
Renten	5

Abbildung 5: Politische Kommunikationen (in Prozent) mit europäischem Bezug (zur EU-Ebene oder zu anderen Mitgliedsstaaten) in sechs Politikbereichen in vier deutschen Printmedien, 2000 (N = 1051 Verlautbarungen). Quelle: (Koopmans 2003, S. 34)

Die Politikfelder wurden nach dem Kriterium der Zuständigkeit ausgewählt. In der Geld- und der Landwirtschaftspolitik hat die EU große Kompetenzen. Bei militärischen Konflikten und der Zuwanderung nur mittlere und bei Bildung und Renten sehr geringe Kompetenzen. Was sich bei der Studie zeigt, ist im Grunde sehr naheliegend: In den Bereichen mit großer Kompetenz für die EU ist der Anteil der *Nachrichten mit europäischem Bezug* höher als in den Bereichen mit geringer Zuständigkeit der EU. Dieser einfache Umstand wird allerdings bei Brettschneider und Rettich (2005) nicht berücksichtigt. Die Tabelle über das Ausmaß der Europäisierung der politischen Kommunikation bildet im Wesentlichen die unterschiedliche Bedeutung der EU in den einzelnen Politikbereichen ab. Wie es nicht anders zu erwarten war, gibt es eine Korrelation zwischen der unterschiedlichen institutionellen Bedeutung je nach Politikfeld und der Zahl der Nachrichten mit europäischem Bezug. So lautet das Fazit der Studie bezogen auf die unterschiedlichen Ergebnisse je nach Politikbereich:

„Dieses Ergebnis legt eine erhebliche Relativierung des vermeintlichen Öffentlichkeitsdefizits der EU nahe. Dort, wo die EU wichtige supranationale Kompetenzen errungen hat, in der Geld- und Agrarpolitik, werden diese auch in der massenmedialen politischen

Kommunikation sichtbar. Umgekehrt ist die Fokussierung der massenmedialen Kommunikation in Feldern wie der Renten- und Bildungspolitik auf den eigenen Nationalstaat als demokratietheoretisch unproblematisch zu betrachten, da die EU in diesen Bereichen bisher noch wenig zu sagen hat.“ (Koopmans 2003, S. 34)

Freilich darf bei der Beurteilung dieser Aussage wieder die Tatsache, dass die Kommission als Geldgeber auftritt, nicht außer Acht gelassen werden. Und dennoch stellt die Studie eine begründete Kritik an den Studien dar, die pauschal ein Desinteresse der deutschen Massenmedien an europäischer Politik suggerieren.

Neben der absoluten Zahl von Meldungen mit europäischen Nachrichtenwert ist besonders die relative Zahl interessant. Der Vergleichswert Deutschlands mit anderen europäischen Mitgliedsländern kann die Einschätzung zu europäischer Berichterstattung in Deutschland nochmals verändern. Hier besteht allerdings das Problem, dass solche Studien häufig ereignisbezogen sind. Das transnationale Projekt "Adequate Information Management in Europe", kurz AIM, untersuchte in einem relativ kurzen Zeitraum von 3 Wochen Zeitungsartikel und Fernsehnachrichten in 11 verschiedenen europäischen Staaten auf EU-Themen hin. Manko hierbei ist, dass dies zu einem Zeitpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft geschah. Huber (2012) weist darauf hin, dass sich die Öffentlichkeitsarbeit des Rates in Zyklen vollzieht - das heißt insbesondere zu Ratsgipfeln oder bei turnusmäßigen Wechslen der Ratspräsidentschaft - und das während der Ratspräsidentschaft eines Landes das öffentliche Interesse in dem entsprechenden Land anschwillt. So hat die Einschätzung von Roland Schröder, wissenschaftlicher Projektleiter von AIM, wie er selber eingesteht nur begrenzte Gültigkeit:

*Frage: Deutschland berichtet also gar nicht so wenig über die EU, wie man allgemein denkt?
Schröder: Im internationalen Vergleich der untersuchten elf Länder ganz und gar nicht. Da liegt Deutschland auf Platz 1, was die Quantität der Artikel angeht.⁹*

⁹ Potjans, Mareike (2007): Interview mit Roland Schröder, Projektleiter von "Adequate Information Management in Europe". Medien Monitor. Online verfügbar unter <http://www.medien-monitor.com/EU-Korrespondenten-werden-nich.380.0.html>, zuletzt geprüft am 15.05.2015.

4 Öffentlichkeitsarbeit vom Europäischen Parlament

4.1 Institutionelle Schwerpunkte

Die Öffentlichkeitsarbeit des Rates ist von besonderer Natur. Dies erklärt sich durch die Arbeitsweise der Institution. Zunächst einmal vollzieht sich die Öffentlichkeitsarbeit zyklisch, das heißt dass ereignisbezogen Pressearbeit geleistet wird - so zum Beispiel im Vorfeld und während der EU-Gipfel (halbjährliche Spitzentreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs). Wie in der Einleitung geschildert, dominiert im Umfeld des Rats die nationalstaatliche Perspektive, weswegen ein Vergleich mit der Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments nicht zielführend ist. Während das Parlament die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit anstrebt¹⁰, begnügt sich der Rat als intergouvernementales Organ mit der Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments war lange Zeit abhängig von der Arbeit der Kommission.

“the Commission has in effect traditionally played the roles of initiator, coordinator and manager of Community communication within the European institutional game, deploying its human and financial resources in the service of European politicians and their “partners”(mainly the European Parliament).” (Aldrin und Utard 2008, S. 2)

Das Jahr 2005 kann als Umkehrpunkt in der Beziehung Kommission und Parlament betrachtet werden. Bis zum Ende des „*permissiven Konsens*“ über die europäische Integration, zeigte sich das Parlament in Sachen Außendarstellung stets loyal gegenüber der Kommission.

Wie oben geschildert, spielt das Parlament in vielerlei Hinsicht eine besondere Rolle. Es ist die einzige demokratisch legitimierte EU-Institution. Über einen langen Zeitraum, angefangen von den 1970 Jahren bis zu den EU-Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005, ging man davon aus, dass eine „Parlamentarisierung“ der Europäischen Union, de facto die Stärkung der Rolle des Parlaments im institutionellen

¹⁰ Vergleiche dazu Kocka 2003, S. 4: „Jeder Schritt, der das Europäische Parlament stärkt und seine Arbeit sichtbarer und auch die Tätigkeit der Kommission transparenter macht, wird - vermutlich - zur Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit beitragen. So sehr wie europäische transnationale Politik wenigstens Elemente einer transnationalen Öffentlichkeit voraussetzt, so sehr wirken sie umgekehrt darauf ein.“

Gefüge, das „Demokratiedefizit“ minimieren könnte.¹¹ Eine konstant abnehmende Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (1979: 63%; 2014: 43.1%) und die ablehnende Haltung bei den Referenden hat zu einem Umdenken in der Kommunikationsstrategie bei den Vertretern der Kommission geführt (Vergleiche Wallström 2005 und Kapitel IV). Das Weißbuch der Kommission über eine europäische Kommunikationspolitik der Vize-Kommissarin Margot Wallström sollte die Kommunikationspolitik auf neue Beine stellen. Darin wurde der Kommunikation eine zentrale Rolle zur Minimierung des „Demokratiedefizits“ zugeschrieben. Ferner ging es nicht mehr darum, über die EU einfach zu informieren, sondern zügig und effektiv die Menschen für Europa zu mobilisieren („generate mass support“) und die Zustimmung der Bürger für die EU als auch die Wahlbeteiligung zu erhöhen (Aldrin und Utard 2008, S. 3). Dieser Entwurf betonte die Rolle der Kommission und bezog die Nationalstaaten ein, aktiv in Form von Veranstaltungsreihen für die Vorteile, die die EU den Menschen bringt, zu „werben“. Weiter wurde angedacht, dass der Kommissionspräsident in Begleitung des Kommissars des jeweiligen Landes, vermehrt „offizielle Besuchstermine“ in die Mitgliedsländer unternimmt, um die Lesbarkeit der EU zu erhöhen (Europäische Kommission 13.10.2005).

In einem Bericht über die EU-Kommunikationspolitik äußern sich Vertreter des Parlaments sehr kritisch. Sie befinden, dass das Parlament nicht in ausreichendem Maße in die Kommunikationsstrategie einbezogen wird:

„Over the years, the European Parliament has critically examined the Commission's proposals in the field of communication. As the representative of the interests of Europe's citizens, it also itself has a duty to communicate what Europe is about and to articulate and act upon citizens' interests in Europe. In its reports, Parliament has repeatedly made detailed proposals for improving the relationship between the EU and its citizens, although in many cases the Commission has only accepted them to a limited extent. As a result, Members of the European Parliament have become very critical of Commission initiatives. However, there is no dispute as to the fact that the EU's communications capacity needs to be significantly improved.“ (European Parliament, Fact Sheet on communication policy; zitiert nach Aldrin und Utard 2008, S. 7)

¹¹ Wie die Verankerung des Prinzips der „repräsentativen Demokratie“ für die EU im Vertrag von Maastricht belegen (1992, Artikel I-46)

In der Tat stellen Aldrin und Utard (2008) fest, dass ab diesem Zeitpunkt das Parlament stärker darum bemüht ist, eine eigenständige und von der Kommission abgekoppelte Kommunikationspolitik zu verfolgen.

4.2 Interdependenzen zwischen Abgeordneter und Journalist

Im Folgenden soll die Öffentlichkeitsarbeit des einzelnen Abgeordneten Gegenstand der Untersuchung sein. Wie wir bereits belegen konnten, genießt das Parlament als Institution und der Abgeordnete als politischer Akteur nicht die große Aufmerksamkeit der nationalen Medien. Neben allen Nachteilen die das für die Legitimierung ihrer Arbeit bedeutet, hat es auch den Vorteil, ohne öffentlichen Druck sachlich an Themen zu arbeiten. Dazu vermerkt Huber (2012, S. 29)

„Im supranationalen Kontext der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments bestehen in der Regel weniger Interdependenzen zwischen politischen Akteuren und Journalisten.“

Eine bayerische Abgeordnete teilt diese Erkenntnis. Die Abgeordnete ist derzeit in ihrer ersten Legislaturperiode. 1 Jahr bevor sie für das Parlament kandidierte, bewarb sie sich vergebens für eine zweite Legislaturperiode im Bayerischen Landtag. Sie kann davon berichten, dass durch die weniger gewordene Berichterstattung ein subjektiv empfundener „Druck“ wegfiel, der ihr nun im Europäischen Parlament ein sachlicheres Arbeiten ermöglicht.

(LTZ) Das ist einerseits gut, weil es einen von der Berichterstattung ein wenig unabhängig macht. Anders als in meiner Zeit in Deutschland, wenn ich mich ärgern musste, wenn ich die Zeitung aufgeschlagen habe und immer die CSU abgedruckt sah, und ich den Eindruck haben musste, dass das einen Einfluss darauf hat, ob ich wieder gewählt werde oder nicht. Dieser Druck ist jetzt weg. Ob ich vorkomme in der Presse oder nicht, könnte mir total egal sein. Aber natürlich gibt es diese Gemengelage, dass die eigenen Parteifreunde ja auch wollen, dass sie mich in der Zeitung lesen.

Einschränkend muss angenommen werden, dass die Abgeordnete auch aus persönlichem Frust über die Dominanz des politischen Rivalen in ihrer Heimatregion froh ist, in Brüssel ein ausgeglicheneres Feld zu finden. Sie kann sich höhere Chancen ausrechnen, für ihre geleistete Arbeit von Akteuren außerhalb ihrer Partei Anerkennung zu finden. Sie selber als auch andere Abgeordnete haben in den Gesprächen immer wieder betont, dass die Korrespondenten in Brüssel, anders als die Lokalredakteure, weniger an politischen, sondern an Sachfragen interessiert sind.

(OPC) Hier kommen ständig neue und komplizierte Themen auf den Markt. Hier in Brüssel durch die Sachlichkeit man eher ein Verhältnis bekommt, was professionell ist. Dagegen zu Hause da gibt es dann auch Seilschaften wo dann Parteizugehörigkeit eine Rolle spielt. Zuhause ist es subjektiver. (...) Unser EU-Journalismus ist sachlicher und mehr an Themen orientiert wie an Personen.

Der Politiker kommt aus einem Bundesland, in dem seine Partei über Jahrzehnte ununterbrochen den Ministerpräsidenten stellte. Deswegen ist anzunehmen, dass er diese Bemerkung nicht aus Frust, sondern die Sachlage professionell und distanziert einschätzt. Denn wenn überhaupt, hätte seine eigene Partei von Seilschaften zwischen Politik und Presse profitieren können. Mit seiner Erfahrung als Landesminister und später ab 1999 im Parlament, weist dieser Abgeordnete zudem das größte soziale Kapital aller befragten Abgeordneten aus.

4.3 Öffentlichkeit bei Wahlen

Der folgende Abschnitt untersucht die persönliche Motivation von Abgeordneten, neben ihrer parlamentarischen Tätigkeit permanent selbstständig Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Für ein besseres Verständnis soll dazu zunächst einmal auf die äußeren Rahmenbedingungen eingegangen werden.

Zu allererst das bereits in Kapitel III besprochene ungünstige mediale Umfeld, das es dem Abgeordneten schwierig macht, mit seinen Themen regional oder überregional in den Nachrichten Erwähnung zu finden. Auch die hohe Zahl von Sitzungswochen pro Jahr verhindert eine größere Präsenz in den Betreuungsgebieten der Abgeordneten. Anders als die Kollegen im Bundestag, haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments keine „Wahlkreiswochen“. Bis auf die Parlamentarischen Sommerferien (letzte Juni Woche bis Ende August) und die Weihnachts- und Neujahrsferien, sieht der Sitzungskalender Montag

bis Donnerstag parlamentarische Tätigkeiten vor (Plenarsitzungen, Ausschusssitzungen, Fraktionssitzungen und Externe parlamentarische Tätigkeiten).¹² Die Abgeordneten des Bundestags haben hingegen mindestens eine Woche pro Monat für ihre Arbeit im Wahlkreis reserviert, was es ihnen ermöglichen soll, Veranstaltungen zu besuchen und den persönlichen Kontakt zu den Wählern zu halten. EU-Abgeordnete pendeln stattdessen immer zwischen ihrem Heimatort, dem Arbeitsort Brüssel und den 12 Plenarsitzungen in Straßburg. Normalerweise bleibt somit nur der Freitag und das Wochenende für Wahlkreistermine. Abhängig von den Reisezeiten können auch noch Termine am Donnerstagabend und Montagfrüh wahrgenommen werden.

Dazu kommt noch die geographische Größe der zu betreuenden Gebiete. Im Vergleich zu Bundestagsabgeordneten haben Europaabgeordnete ein sehr viel größeres Betreuungsgebiet. Während sich 56 CSU-Bundestagsabgeordnete die Fläche des Freistaats Bayern aufteilen, sind 5 CSU-Europaabgeordnete für die gleiche Fläche zuständig. Wenn man sich diese Dimension anschaut, dann fällt es nicht schwer zu sagen, dass EU-Abgeordnete im Vergleich zu ihren nationalen Kollegen in Sachen Bürgerbetreuung klar im Hintertreffen liegen.

Schlussendlich, ein dritter Punkt, der eine eigene und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit unwahrscheinlicher macht, ist das Wahlsystem. Das in Deutschland angewendete Wahlsystem für die Europawahlen setzt einen geringen Anreiz, nach außen in die Bevölkerung hinein Werbung für seine geleistet Arbeit zu machen. Die Wahl ist eine Verhältniswahl, das heißt, jede Partei bekommt Sitze entsprechend ihrem Anteil an den bundesweit abgegebenen gültigen Stimmen zugeteilt. Anders als bei der Bundestagswahl hat der Wähler bei der Europawahl nur eine Stimme, mit der er eine Partei oder sonstige politische Vereinigung wählen kann. Die fünf großen Parteien CDU/CSU, SPD, Linke, Grüne und FDP sind mit bundesweiten Wahllisten angetreten.¹³

In den Gesprächen mit den Abgeordneten wurde dieser Punkt immer wieder als ein Nicht-Anreiz für Öffentlichkeitsarbeit gewertet.

¹² Vergleiche Sitzungskalender 2015. Abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu> Zuletzt geprüft am 15.05.2015.

¹³ Vergleiche Eintrag auf Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl_in_Deutschland_2014 Zuletzt geprüft 05.05.2014.

(LTZ) Das Wahlsystem in Deutschland, das ist ja alles anonym, also das stellt ja die Öffentlichkeit außen raus. Es geht um einen guten Listenplatz und die Öffentlichkeit ist dabei eher egal. Ich könnte jetzt sagen, wenn meine eigenen Leute mich mögen, dann reicht das aus. Die anderen Menschen außerhalb der Partei müssen sich nicht gut vertreten fühlen. Das würde ich öffentlich nie so sagen, aber wenn Sie eine Arbeit darüber schreiben, dann muss man das einfach so sagen. Falls ich wieder einen guten Listenplatz kriegen würde, ist es grad egal, wie mein Bundesland wählt.

In Verbindung mit ihren gemachten Erfahrungen mit der bayerischen Lokalpresse, der sie an anderer Stelle im Gespräch unterstellt hat, den politischen Rivalen CSU zu bevorzugen, zeugt diese Aussage von einer gewissen Resignation. Auf den ersten Blick umso erstaunlicher ist es, dass die SPD Abgeordnete im Vergleich zu ihrem wesentlich erfahreneren und lokalpolitisch sehr gut vernetzten CSU Kollegen weit mehr in die Öffentlichkeitsarbeit investiert. Während der CSU Kollege die „Tageszeitungen schon aufgegeben hat“ (VOL) bemüht sich die SPD Abgeordnete LTZ stark darum, den Lokalredaktionen den „Vor-Ort“-Bezug zwischen ihrer Arbeit und ihrer Region klarzumachen. Die Erklärung für das unterschiedliche Verhalten dürfte in den Biographien der beiden Abgeordneten sein.

Während der CSU Mann eher am Ende als am Anfang seiner politischen Karriere steht (14 Jahre Bundestag, 11 Jahre EU-Parlament) und als Vorstandsvorsitzender eines landwirtschaftlichen Großbetriebs über großes soziales und politisches Kapital verfügt, steht die SPD Abgeordnete am Anfang ihrer politischen Karriere und ist noch dazu in Bayern in einer Außenseiterposition. Diese Gegenüberstellung soll veranschaulichen, dass neben allen äußeren Rahmenbedingungen, die Biographie des Abgeordneten einen entscheidenden Einfluss darauf hat, in welcher Weise der Abgeordnete Öffentlichkeitsarbeit leistet.

4.4 Verschiedene Zielgruppen in der Öffentlichkeitsarbeit

Gemeinsam ist allen Abgeordneten, dass sie verschiedene Gruppen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit ansprechen.

- 1) Eigene Parteimitglieder: Wie oben geschildert, bietet das Wahlsystem keinen Anreiz seine Botschaften und seine Person möglichst oft in die öffentliche Debatte einzubringen. Die Wiederwahl des Abgeordneten wird nicht direkt durch ein gutes Wahlergebnis in seiner

Region gesichert, sondern entscheidet sich bei der Aufstellung der Landes- und Bundeslisten der Partei. Ein Abgeordneter schildert es so:

(UOP) „Das trägt dazu bei, dass die sagen a) wir haben einen Abgeordneten der macht einen guten Job und b) das lohnt sich im Europawahlkampf für den und die Sache was zu tun. Also, mein Facebook Account wird sicherlich mehrheitlich von Leuten verfolgt, die aus meiner Partei kommen. Deswegen mache ich da ein bisschen permanenten Wahlkampf für mich selber.“

Für ihn entscheidend ist, dass seine Parteimitglieder über seine Aktivitäten informiert werden. Die Information der Bürger und der Wähler hat laut dieser Aussage keine oberste Priorität. Dieser „permanente Wahlkampf“ in den Parteikörper hinein ist in seinen Augen der effektivste Weg um seine Wiederwahl zu sichern.

- 2) Fachpresse: Die Fachpresse (AgrarEurope, Agence Europe) wird von einem kleinen Kreis von Leuten gelesen. Dazu gehören Vertreter der europäischen Institutionen und von NGOs. Die Fachpresse ist eine bedeutende Informationsquelle für den Parlamentarier. Gleichzeitig ist eine Erwähnung in der Fachpresse für den Abgeordneten von großem Wert, da es ihn in seinem Fachkreis bekannt macht und sein politisches Kapital vergrößert. In den geführten Gesprächen wurde klar, dass nur Abgeordnete mit längerer Dauer im Parlament und mit einflussreichen Posten Kontakt mit Journalisten von der Fachpresse haben:

(VOL) „Ich bin als Koordinator in meinem Fachgebiet organisiert. Und damit bin ich in der Fachpresse drin. Und damit habe ich einen europaweiten Bekanntheitsgrad, weil ich sehr oft erwähnt werde, das hängt damit zusammen, dass wenn hier Diskussionen zu meinem Thema und wenn der zuständige Kommissar hier ist, dann hat immer der Sprecher der größten Fraktion das erste Rederecht und die Journalisten schreiben von ihm und vom 10 Sprecher kommt nichts mehr. Und als Sprecher stehe ich da in der Fachpresse immer am ersten Platz.“

Sobald dieser Kontakt geschafft ist, scheint die Heimatpresse für den Abgeordneten relativ gesehen an Bedeutung zu verlieren.

(VOL) Die Tageszeitungen habe ich ziemlich aufgegeben. Da schicke ich zig Pressemitteilungen hin und nie wird etwas aufgegriffen. Da verliert man auch als Politiker das Interesse an Medien. Ich konzentriere mich auf die Fachpresse. In EuropeAgrar, eine

großen Fachzeitschrift in Deutschland bin ich fast wöchentlich drin. Auch in einem Internetportal, da bekomme ich Rückmeldungen aus Deutschland und sogar ganz Europa.“

- 3) Heimatkreis/Betreuungskreis: Wie die vorangegangenen zwei Punkte zeigen, ist der Anreiz, bei Wählerinnen und Wählern für die eigene politische Position zu werben eher gering. Doch da das öffentliche Bild es verlangt, dass der Abgeordnete sich und seine Arbeit dem Wähler durch Öffentlichkeitsarbeit präsentiert, wollte kein Abgeordneter dies genau so sagen. Stattdessen wurde darauf hingewiesen, dass es das Wahlsystem nicht verlangt, aber aus demokratischen und ideologischen Gründen dennoch für richtig und wichtig hält, Öffentlichkeitsarbeit für den Bürger zu betreiben. Eine Abgeordnete konnte auf ihren Kollegen verweisen, in dem sie sagte:

(CLI) „Es ist nicht unbedingt notwendig das [Öffentlichkeitsarbeit] zu machen. Das kann ich insofern gut sagen, weil ich letzte Periode einen Kollegen hatte, der für zwei Perioden im EP [Parlament] war, der hat sich überhaupt nicht um Öffentlichkeitsarbeit geschert und hat trotzdem für alle bekanntermaßen gute Arbeit gemacht. Das hat sich so rumgesprochen. Das heißt das geht auch.“

4.5 Verhältnis Abgeordneter – EU-Korrespondent

In den Gesprächen haben die Abgeordneten immer wieder betont, für wie wichtig sie die Arbeit der EU-Korrespondenten halten und für wie hoch sie die journalistischen Qualifikationen halten.

(UOP) Die Journalisten in Brüssel allerdings haben ein sehr hohes Fachwissen. Die haben aber teilweise das Problem, ihre News den Redaktionen in Deutschland zu verkaufen. Das führt immer dazu, dass ein Brüsseler Journalist eine Geschichte macht, weil er die interessant findet, die dann aber in Deutschland aus dem Blatt fliegt.

Wie häufig ein Abgeordneter im Kontakt mit EU-Korrespondenten ist hängt stark von den Einflussmöglichkeiten des Abgeordneten ab. Der Abgeordnete ULT ist in seiner ersten Legislaturperiode und hat noch keine höheren Posten inne. Im Gespräch mit ULT war auffällig, dass er auf Fragen nach Kontakten mit EU-Journalisten immer in der Zukunft

gesprächen hat. Dieser Abgeordnete hat 1 Jahr „Eingewöhnungszeit“ gebraucht, um aktiv auf die Journalisten zuzugehen.

(ULT) Jetzt beginnt die nächste Phase, wo ich viele Hintergrundgespräche absolvieren will. Das habe ich vorher nicht gemacht, weil ich glaube das es schon wichtig ist das man selbst genau bestimmt, was man eigentlich zu sagen hat dem Journalisten. Aber es geht jetzt darum, den Kontakt zu intensivieren und weiter auszubauen.

Der Abgeordnete UOP kann von regelmäßigen Treffen mit EU-Korrespondenten berichten. Genau wie seine Kollegen hält er die von den deutschen Fraktionen organisierte Presse Jour-Fix für sehr hilfreich um Kontakte zwischen Abgeordneten und Journalist herzustellen. Ein Presse Jour-Fix ist typischerweise ein Frühstück oder Abendessen mit allen Abgeordneten der Gruppe und ausgewählten Journalisten von Agenturen und Medienhäusern. Es werden zwei bis drei Themen vorgeschlagen und die dazu jeweilig hauptverantwortlichen Abgeordneten sind eingeladen über ihre Arbeit zum Thema zu referieren. Wie es die Abgeordnete MPR beschreibt, findet das Treffen in einer lockeren Atmosphäre statt, die auch Hintergrundgespräche oder das erste Kennenlernen am Rande des offiziellen Treffens erlaubt.

(MPR) Wir haben regelmäßig einen Jour-Fix vor den Straßburg Wochen. Da werden Journalisten eingeladen. Da werden die wichtigsten Themen diskutiert. Ich bemühe mich, da regelmäßig hinzugehen. Ich finde, dass das eine sehr gute Zusammenarbeit geworden ist. Da sind immer so 7-10 Journalisten je nach Thema. Und sie fragen nicht nur nach dem, was der/die Vortragende sagt, sondern man isst auch gemeinsam und da kommt man sehr schnell ins Gespräch auch zu anderen Themen. Das ist sehr produktiv.

Dieser Presse Jour-Fix ist ein fester Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit von Abgeordneten. Gerade für Abgeordnete mit geringerem Bekanntheitsgrad ist dieses Treffen förderlich Journalisten auf ihre Themen aufmerksam zu machen. Die Abgeordnete LTZ will sich ein Netzwerk von Journalisten aufbauen und nutzt dafür den Presse Jour-Fix:

(LTZ) Auf jeden Fall – das habe ich zum Beispiel beim letzten Termin so gemacht, dass ich ganz konkret zu diesem Jour-Fix gegangen bin, nicht weil ich da was zu sagen hatte, weil kein Thema von mir auf der Agenda stand, sondern es ist etwas in der Zukunft am Kommen, aber es ist wichtig da bereits Kontakte zu knüpfen, und da habe ich mir gleich eine ganz spezielle Journalistin geschnappt, die im katholischen Bereich berichtet, die einfach für meinen

Bereich der Frauenpolitik wichtig ist und ich denke, das muss in Zukunft auch so sein, dass man hinter jedem Thema eine Gruppe von Journalisten hat, die man ganz speziell informieren kann, also ich bin ganz klar der Meinung, es läuft darauf hinaus, dass wir die Journalisten informieren und nicht immer warten, bis sie anfragen.

Ansonsten finden die Treffen zwischen Journalisten und Abgeordneten unregelmäßig statt. Je nach Bekanntheitsgrad und Themenfeld stehen die Abgeordneten häufiger oder seltener im Kontakt mit EU-Korrespondenten. Während der Abgeordnete ART (2. Legislaturperiode, S&D Koordinator im Fachausschuss) von zwei bis drei Hintergrundgesprächen im Monat mit Vertretern der großen Presseagenturen berichtet, ist der Abgeordnete ULT nach 1 Jahr im Parlament noch beim Aufbau eines solchen Netzwerks.

Des Weiteren ist festzuhalten, dass, bis auf wenige Ausnahmen, die deutschen Abgeordneten nur mit deutschen Journalisten zu tun haben. Für den Kontakt mit ausländischen Journalisten sind wieder weitere Qualifikationen nötig. Zum einen zeigte sich, dass die Dauer im Parlament ausschlaggebend dafür ist, wie groß und wie international das Netzwerk von Journalisten des Abgeordneten ist. Der Abgeordnete OPC (4. Legislaturperiode) verdankte sein sehr internationales Netzwerk vor allem dem Umstand, dass er Vorsitzender der Union der Europäischen Föderalisten war und weniger seiner parlamentarischen Tätigkeiten. Dazu ist es förderlich, wenn man weitere europäische Sprachen spricht als seine Muttersprache um in Fernsehstunden anderer europäischer Länder eingeladen zu werden.

(CLI) Ich bin auch relativ häufig schon als deutschsprachige Abgeordnete – und da war es ziemlich egal von welcher Partei ich kam – eingeladen gewesen in Fernsehen, polnisches, kroatisches, italienisches, eben weil ich auch andere Sprachen spreche. Spanische Diskussionsrunden, in dem Fall speziell als deutsche Abgeordnete und manchmal auch als Vertreterin von der liberalen Fraktion als Counterpart für andere.

Abschließend lässt sich festhalten, dass der Kontakt zu internationalen Journalisten für den Abgeordneten eher die Ausnahme der Regel darstellt. Die Größe des Netzwerks von Journalisten hängt maßgeblich von der Dauer und der Position im Parlament ab.

5. Zusammenfassung

Politischer Journalismus in der Europäischen Union stellt auf Grund der vorgestellten Muster eine eigene Gattung von Journalismus dar. Der EU-Korrespondent muss unter schwierigen wirtschaftlichen und kontextuellen Bedingungen arbeiten. Trotzdem stellen Vertreter der Europäischen Union, vornehmlich von Kommission und Parlament, hohe Erwartungen an den EU-Journalismus bezüglich des Abbaus des europäischen Demokratiedefizits. Gerade die Abgeordneten pflegen ein ambivalentes Verhältnis zum EU-Journalismus. Auf der einen Seite steht die Anerkennung für die hohen fachlichen Qualifikationen des EU-Korrespondenten. Auf der anderen Seite dominiert der Frust über die deutschen Redaktionen. Eine häufige Aussage war, dass die Redaktionen noch nicht verstanden hätten, wie wichtig die Entscheidungen des Parlaments für Deutschland und Europa sind. Trotz des Bedeutungsgewinns mit dem Lissabonner Vertrag von 2009 würden die Medien das Europäische Parlament nicht angemessen beachten.

In seiner Öffentlichkeitsarbeit trennt der einzelne Abgeordnete klar die Zielgruppen. Während er in der Fachpresse, die von politischen Akteuren aus EU und Nationalstaaten gelesen wird, Anerkennung für seine Arbeit findet, findet er oft keinen Weg um stärker in den regionalen Nachrichten platziert zu werden. Beklagt wird erstens die geringe Bereitschaft über EU-Themen zu berichten und zweitens die eindimensionale Berichterstattung. Die Abgeordneten finden die unterschiedlichen Positionen von Rat, Kommission und Parlament nicht ausreichend dargelegt, um nicht von den unterschiedlichen Positionen innerhalb des Parlaments zu sprechen. Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene würden ausgeblendet und nur die Entscheidungen selber werden verkündet. Die Abgeordnete MPR nennt als Beispiel die Berichterstattung über die Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer. Dass das Parlament zu der Flüchtlingspolitik schon seit 2012 eine dezidiert andere Position vertritt als der Rat werde medial so gut wie gar nicht thematisiert, entsprechend werde auch nicht die „Blockadehaltung des Rats“ kommentiert. Stattdessen heiße es wieder, „Europa einigt sich nicht“ oder „Europa schützt sich vor Flüchtlingen“.¹⁴ Für das Projekt der EU insgesamt sowie

¹⁴ (MPR): „Weil ich immer wieder erlebe, dass unser komplexes Entscheidungsverfahren nicht gesehen wird. Dann wird immer wieder gesagt, "die Europäer, Europa hat..." Nehmen wir mal die Flüchtlinge. "Europa hat..." Nein Europa hat nicht, sondern das Parlament sagt schon seit langer, langer Zeit, wie man anders mit Flüchtlingen umzugehen hat. Das ist der Rat, das ist ein Teil Europas. So ist das auch in meinem Fachgebiet. Sie

für den Meinungsbildungsprozess der Menschen wäre ein besseres Ausleuchten der interinstitutionellen Positionierungen hilfreich.

Dem Parlament als einzige demokratisch direkt legitimierte europäische Institution fällt eine besondere Rolle bei der Vermittlung von europäischen Themen zu. Als Bindeglied zwischen EU und Mitgliedsstaat nimmt der Abgeordnete eine vermittelnde Position ein. Dies macht er bisher allerdings aus einer Position der Schwäche. Auf Ebene der EU hat er mit dem Vertrag von Lissabon erst 2009 volle Parlamentsrechte zugesprochen bekommen. Auf Ebene der Mitgliedsstaaten kämpft er weiterhin gegen Vorbehalte in weiten Teilen der Medien, der Bevölkerung und der nationalen Politik. In den Gesprächen verwiesen die Interviewpartner auf das bekannte Spiel nationaler Politiker, Kritik gerne an *Brüssel* weiterzuleiten und Lob für sich zu beanspruchen.¹⁵ Deswegen bleibt abschließend festzuhalten, dass EU-Journalisten und EU-Abgeordnete bei der Vermittlung von EU-bezogenen Nachrichten auf die Unterstützung ihrer Kollegen in Deutschland angewiesen sind.

unterscheiden nicht zwischen den einzelnen Institutionen sie unterscheiden nicht zwischen den einzelnen Verfahrensschritten. Alles wird in einen Topf geworfen. Und dieser Topf heißt Europa.“

¹⁵ (CLI) *„Stattdessen ist es so dass die Europäer die offensten sind. Landtag und Bundestag eher als closed shop. Die versuchen sogar sich mehr von uns abzugrenzen. Die verteidigen das was sie machen und sehen das was wir machen als Kropf was oben drauf kommt. Und wenn irgendwas in Deutschland die Leute ganz toll finden, dann war es Frau Merkel oder der Ministerpräsident des Landes und wenn die Leute irgendwas doof finden, dann waren es die doofen in Europa. Ohne das Frau Merkel oder der Ministerpräsident sagt: Deutschland hat das unterschrieben sonst wäre es ja gar nicht da. Das ist etwas, was sich als Gewohnheit eingefleischt hat. Auch bei den Journalisten“ (...)*

6. Literaturverzeichnis

Aldrin, Philippe (2009): L'Union européenne face à l'opinion. In: *Savoir/Agir* 7 (1), S. 13. DOI: 10.3917/sava.007.0013.

Aldrin, Philippe; Utard, Jean-Michel (2008): The ambivalent politicisation of European communication. Genesis of the controversies and institutional frictions surrounding the 2006 White Paper. Universität de Strasbourg (GSPE Working Paper).

Baisnée, Olivier (2002a): Can political journalism exist at the EU level ? In: Raymond Kuhn und Erik Neveu (Hg.): *Political journalism. New challenges, new practices*. London: Routledge (26), S. 108–128.

Baisnée, Olivier (2002b): Les journalistes accredités auprès de l'union européenne. Correspondants à l'étranger ou généralistes spécialisés ? In: *Réseaux* 111 (1), S. 102. DOI: 10.3917/res.111.0102.

Brettschneider, Frank; Rettich, Markus (2005): Europa – (k)ein Thema für die Medien. In: Jens Tenschler (Hg.): *Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 136–156.

Brüggemann, Michael; Kleinen-von Königslöw, Katharina (2009): 'Let's Talk about Europe'. Why Europeanization Shows a Different Face in Different Newspapers. In: *European Journal of Communication* 24 (1), S. 27–48. DOI: 10.1177/0267323108098944.

Europäische Kommission (13.10.2005): European Commission launches PLAN D for Democracy, Dialogue and Debate. Brüssel. Online verfügbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-05-1272_en.htm, zuletzt geprüft am 15.05.2015.

Gerhards, Jürgen (1993): Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: *Zeitschrift für Soziologie* 22 (2), S. 96–110.

Gramberger, Marc R. (1997): Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission 1952–1996. PR zur Legitimation von Integration? 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Nomos Universitätschriften. Politik, Bd. 75).

Hallin, Daniel.; Mancini, Paolo (2004): Comparing media systems. Three models of media and politics. Cambridge, New York: Cambridge University Press (Communication, society, and politics).

Huber, Claudia Kristine (2007): Black Box Brüssel. Journalismus zwischen Affirmation und Kontrolle. Hg. v. Mainzer Medien Disput. Mainz (Mainzer Medien Disput). Online verfügbar unter <https://netzwerkrecherche.org/files/mmd-dossier-2007-black-box-bruessel.pdf>, zuletzt geprüft am 18.04.2015.

Huber, Claudia Kristine (2012): Zwischen Routine, Ratspräsidentschaft und Gipfel. Interaktionen von Medien und Politik in der Europäischen Union. Wiesbaden: Springer VS.

Kocka, Jürgen (2003): Wege zur politischen Identität Europas. Europäische Öffentlichkeit und europäische Zivilgesellschaft. FES. Online verfügbar unter <http://fes-online-akademie.de/>, zuletzt geprüft am 05.05.2015.

Koopmans, Rudd (2003): „Brüssel“ als Schwarzer Peter. Massenmedien und europäische Integration. In: *WZB Mitteilungen* (102), S. 33–36. Online verfügbar unter <http://europub.wzb-berlin.de>, zuletzt geprüft am 08.05.2015.

Koopmans, Rudd (2004): The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres. WZB. Online verfügbar unter <http://europub.wzb.eu/Default.htm>, zuletzt aktualisiert am 06.12.2014, zuletzt geprüft am 15.05.2015.

Offerhaus, Anke (2011): Die Professionalisierung des deutschen EU-Journalismus. Expertisierung, Inszenierung und Institutionalisierung der europäischen Dimension im deutschen Journalismus. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.

Pasquay, Anja (2013): Die deutschen Zeitungen in Zahlen und Daten. Auszug aus dem Jahrbuch Zeitungen 2012/13. Hg. v. Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V.

Potjans, Mareike (2007): Interview mit Roland Schröder, Projektleiter von "Adequate Information Management in Europe". Medien Monitor. Online verfügbar unter <http://www.medien-monitor.com/EU-Korrespondenten-werden-nich.380.0.html>, zuletzt geprüft am 15.05.2015.

Raeymaeckers, Karin; Cosijn, Lieven; Deprez, Annelore (2007): REPORTING THE EUROPEAN UNION. In: *Journalism Practice* 1 (1), S. 102–119. DOI: 10.1080/17512780601078894.

Représentation permanente auprès de l'Union européenne (2014): Journalistes français accrédités auprès des institutions européennes. Online verfügbar unter <http://www.rpfrance.eu/Journalistes-francais-accredites>, zuletzt aktualisiert am 01.07.2014, zuletzt geprüft am 18.04.2015.

Scharpf, Fritz (2003): Problem-Solving Effectiveness and Democratic Accountability in the EU. MPIfG Working Paper 03. Hg. v. Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung. Online verfügbar unter <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp03-1/wp03-1.html>, zuletzt geprüft am 07.05.2015.

Schmidt, Manfred G. (2008): Hat die Europäische Union ein Demokratiedefizit? In: Manfred G. Schmidt (Hg.): *Demokratiethorien. Eine Einführung*. 4., Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Lehrbuch), S. S. 399–411.

Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union (2015): Kontakt zu Journalisten. Online verfügbar unter http://www.bruessel-eu.diplo.de/Vertretung/bruessel__eu/de/01-Rolle-St_C3_A4V/01-04-Kontakt-Pressse/04-Kontakt-Pressse.html, zuletzt geprüft am 18.04.2015.

Statham, P. (2006): Political Journalism and Europeanization: Pressing Europe? Hg. v. Centre for European Political Communications.

Statham, P. (2007): Journalists as Commentatorson European Politics. Educators, Partisans or Ideologues? In: *European Journal of Communication* 22 (4), S. 461–477. DOI: 10.1177/0267323107083063.

Statham, P. (2008): Making Europe news: How journalists view their role and media performance. In: *Journalism* 9 (4), S. 398–422. DOI: 10.1177/1464884908091292.

Terzis, Georgios (2014): *Mapping foreign correspondence in Europe*. New York: Routledge (Routledge studies in European communication research and education, 4).

Vetters, Regina (2007): Vor Ort in Europa. Ein Vergleich der EU-Berichterstattung deutscher Qualitäts- und Regionalzeitungen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* Jg. 55 (Nr. 3), S. 355-371. Online verfügbar unter http://www.m-und-k.nomos.de/fileadmin/muk/doc/MuK_07_03.pdf, zuletzt geprüft am 07.05.2015.

Wallström, Margot (2005): Die Europe Direct-Informationsrelais sind von entscheidender Bedeutung für die neue Kommunikationsstrategie. IP/05/823. Brüssel. Online verfügbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-05-823_de.htm, zuletzt geprüft am 07.05.2015.

Weisbein, Julien (2011): Vers une sociologie pragmatique de l'Union européenne ? In: *Politique européenne* 33 (1), S. 263. DOI: 10.3917/poeu.033.0263.

7. Anhang

Liste der Interviewpartner

Experteninterviews mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus Deutschland. Durchgeführt im Zeitraum 27. - 30. April 2015 und 18. – 21. Mai 2015 in Straßburg in den Abgeordnetenbüros der Interviewpartner oder in der Cafeteria des Europäischen Parlaments. Die Abgeordneten wurden zufällig ausgewählt, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die fünf großen Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne, Liberale und Linke vertreten sind. Bedauerlicherweise hat sich kein Repräsentant der Linken für ein Interview bereit erklärt. Die überproportionale Zahl von SPD Abgeordneten (6 von 10) erklärt sich dadurch, dass der Fragesteller im selben Zeitraum ein Praktikum bei der Abgeordneten Jutta Steinruck (SPD) absolviert hat. 30 Abgeordnete wurden per personalisierter Mail kontaktiert. Jutta Steinruck wurde für die Arbeit nicht interviewt, allerdings finden Erfahrungen aus dem Praktikum Eingang in die Arbeit. Die Interviews wurden mit Tonband aufgenommen, transkribiert und anschließend anonymisiert. Die Interviewten wurden vorab darüber informiert, dass die Interviews nur anonymisiert verwendet werden. Zu der Anonymisierung ist anzumerken, dass sowohl der Klarname, aber auch Heimatregion und Fachgebiet des Abgeordneten, soweit vertretbar, ausgespart wurden. Im Folgenden heißt es denn auch die „Heimatzeitung des Abgeordneten“ oder im „Fachausschuss des Abgeordneten“.

Code		Alter	Im EP	Politische Karriere	Funktion im EP
ART	SPD	39	2009	Vertriebsberater bei einer Krankenversicherung, Personalrat, keine vorherigen politischen Wahlämter	S&D Koordinator im Fachausschuss
CLI	FDP	63	2009	Selbstständige Kommunikationstrainerin, Seit 1985 in der FDP, 2003 – 2009 Mitglied des Landtags (MdL), Mitglied im Bundesvorstand der FDP	Einfaches Mitglied im Fachausschuss
LTZ	SPD	48	2014	Ausbildung zur Grundschullehrerin 2002–2014 Stadträtin einer mittelgroßen Stadt 2008–2013 Abgeordnete im Bayerischen Landtag	Einfaches Mitglied im Fachausschuss
MPR	SPD	66	2008	Seit 1972 in der SPD, Gastronomin, 1993 - 2008 MdL	S&D Koordinatorin im Fachausschuss
OPC	SPD	67	1999	1985 – 1994 Landesminister, 1994 – 1999 Vorsitzender des Europaausschusses im LT	2004-2009 Ausschussvorsitzender, 2014 – 2019 Delegationsvorsitzender
PRL	CDU	58	2012	Zweites juristisches Staatsexamen, Abteilungsleiterin bei Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz Langjährige Oberbürgermeisterin einer Mittelgroßen Stadt	Einfaches Mitglied im Fachausschuss
SPO	Grüne	57	2004	Promotion in Literaturwissenschaften 1987 - 2004 Senatsmitglied 1991 – 1995 Ministerin in einem Stadtstaat	Vizepräsidentin im Fachausschuss
ULT	SPD	52	2014	1993 Promotion zum Dr. rer. pol. 1991 – 2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Selbstständiger in der Politikberatung 1999-2006 Senatsmitglied 2006 – 2012 Minister in einem Stadtstaat	Einfaches Mitglied im Fachausschuss
UOP	SPD	53	2009	Projektmanager und Pressesprecher eines Mittelständischen Unternehmens, keine vorherigen politischen Wahlämter	S&D Koordinator im Fachausschuss
VOL	CSU	68	2004	Ausgebildeter Landwirtschaftsmeister 1972-1977 Geschäftsführer einer bäuerlichen Genossenschaft 1990-2004 Aufsichtsratsvorsitzender eines Landwirtschaftlichen Großbetriebs (1.000 Angestellte) Seit 1995 Vorstandsvorsitzender der eines landwirtschaftlichen Großbetriebs 1990 – 2004 Mitglied des Bundestags	EVP Koordinator im Fachausschuss

Interview mit ART

Mitglied des Europäischen Parlaments, am 29.04.2015, Straßburg

Gesprächsdauer 15 Minuten

Person 1: AV Als erstes würde ich Sie bitten, Ihren Kontakt mit EU-Journalisten zu beschreiben.

Person 2: (ART) Also wir haben in erster Linie unsere Pressemitteilungen die wir absetzen. Es gibt einen Dreiklang:

Einmal die zentrale Pressestelle für SPD-Europaabgeordnete, die sind gut vernetzt mit den Medienleuten hier bei uns in Brüssel. Und je nach Thema setzen wir dann SPD Pressemitteilungen ab die dann von denen aufgegriffen werden die dann von den Journalisten aufgegriffen werden.

Der zweite Weg ist der persönliche Kontakt mit den Journalisten aus Brüssel. Da gibt es dann Hintergrundgespräche zu denen ich regelmäßig in mein Büro einlade. Da versuche ich dann meine Themen zu setzen und ihnen zu signalisieren wenn sie rückfragen haben oder Hintergrundinformationen benötigen, wir das dann bilateral machen können.

Das dritte ist dann dass wir einmal im Monat Mittwochs eben unser Presse Jour-Fix haben wo wir dann zum Abendessen treffen. Da nehmen wir uns zwei verschiedene Themen vor, die von zwei SPD-Abgeordnetenkollegen vorgetragen werden. Bei einer lockeren Atmosphäre bearbeiten wir also diese zwei Themen und die Medienleute können jederzeit Nachfragen stellen. Bei der Gelegenheit können wir, die dann keinen aktiven Part haben, ins lockere Gespräch kommen und auch Visitenkarten austauschen.

Person 1: AV Wie groß ist der Kreis von Journalisten, die Sie in Ihr Büro zu Hintergrundgesprächen einladen?

Person 2: (ART) Das ändert sich ja auch immer. Da gibt es eine hohe Fluktuation. Es ist schwierig zu sagen. Ich gehe von 2 bis 3 Hintergrundgesprächen im Monat aus.

Dabei habe ich immer mit den Vertretern der Agenturen zu tun. Die gängigsten sind DPA, AFP, Reuters und dann noch die Journalisten, die wir beim Presse Jour Fix einladen.

Die EU Presse ist viel weitläufiger und auf Brüssel fixiert. Während natürlich die Heimatpresse mehr regionale Themen setzen. Wenn man das von hier aus schafft über die Agenturen ein überregionales Thema zu setzen und die das tickern dann erscheint man in der Heimatpresse im Mantelteil, während man natürlich im Regionalteil nochmal dafür qualifizieren muss. Das entscheiden die dann vor Ort selbst. Während der Mantelteil natürlich übernommen wird. Da gibt es auch eine Zweisaltung.

Person 1: AV Wie nehmen Sie die EU-Berichterstattung wahr?

Person 2: (ART) Das ist immer sehr subjektiv und das kommt auf das Aufgabengebiet eines jeden Abgeordneten an. Ich bin in einem Fachbereich tätig, das relativ häufig interessante Themen hat. Die Größe des Themas hier in Brüssel ist nicht entscheidend was in der Heimat dann abgespielt wird. Häufig sind es dann banale Themen, die nicht so viel Geld kosten, die dann in der Heimat ankommen. Das ist schon sehr subjektiv.

Eines kann man aber schon feststellen, dass die nationale Ebene die Berichterstattung absolut überragt nach wie vor. Und auch wenn die prioritären hier in Brüssel entschieden werden, konzentriert sich die nationale Berichterstattung immer noch auf den Bundestag.

Person 1: AV Was für eine Rolle spielt Ihre Öffentlichkeitsarbeit für ihre parlamentarische Arbeit?

Person 2: (ART) Die ist sehr entscheidend. Die öffentliche Berichterstattung ist ein Zertifikat oder Bescheinigung darüber was man macht und ob man das, was man macht, auch gut macht. Aber das ist natürlich nicht die ganze Wahrheit. Die Öffentlichkeitsarbeit kann gut sein, aber wenn man an der Basis, also spricht im Heimatwahlkreis nicht wahrgenommen wird, dann bringt das alles nichts. Deswegen muss das sowohl mit der Präsenz im Heimatwahlkreis als auch mit einer guten Pressearbeit hier in Brüssel und über das Heimatbüro einhergehen.

Person 1: AV Und welcher Teil von Ihrer Arbeit ist entscheidend für die Umsetzung Ihrer politischen Ziele?

Person 2: (ART) Die Qualität der parlamentarischen Arbeit hat nicht originär was mit der Öffentlichkeitsarbeit zu tun. Die Qualität deiner Arbeit hat mit der Vorbereitung zu tun. Die Wochen und Monate davor, welche Dossiers man bedient, wie breit man sie bedient. Welche Themen man aufgreift, wie man mit den Schattenberichtstatter, Berichtstatter und den entscheidenden handelnden Personen zusammenarbeitet. Das ist die entscheidende Größe. Oder ob man sich nur Briefings schreiben lässt und das dann abliest. Das ist ein qualitativer unterschied. Das ist die entscheidende Frage. Erst die zweite Frage ist es, wie ich es verkaufe.

Person 1: AV Wie dient Ihnen dann „gute“ Öffentlichkeitsarbeit?

Person 2: (ART) Gute Öffentlichkeitsarbeit dient insofern dass man das erreichte und gemachte – meistens ist das aus unserer Sicht deckungsgleich mit einer positiven Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger - dass man das eben transportiert. Je mehr Leute man erreicht, desto mehr freut man sich über die qualitative gute Arbeit .

Person 1: AV Wie finden Sie ihre eigene parlamentarische Arbeit in der EU Berichterstattung gewürdigt?

Person 2: (ART) Da muss man sagen, dass meine fachpolitischen Themen nicht die absoluten 1A Themen in der Berichterstattung sind. Da gibt es öffentlichkeitswirksamere Themen, ob das Außenpolitik ist oder der Juncker-Plan ist, ob das Wirtschaftsthemen sind die auch emotionale Themen sind.

Person 1: AV Aber die Mindestlohndebatte in Deutschland für ausländische LKW-Fahrer war doch ein großes Thema und das fällt in ihr Zuständigkeitsbereich.

Person 2: (ART) Das stimmt. Ob darüber ausreichend berichtet wurde weiß ich nicht. Ich glaube eher nicht. Das hat aber auch damit zu tun, dass es primär Deutschland und die Mitgliedsstaaten die in der osteuropäischen Peripherie sind. Weil die einfach diesen Unterschied noch haben und sie dadurch ihren Wettbewerbsvorteil wegschwimmen sehen. Und das Thema ist aber noch nicht beendet. Der Hype zu diesem Thema steht noch aus.

Person 1: AV Schaffen Sie es dann in dieser Debatte zum Mindestlohn Ihre Debatten durchzustechen?

Person 2: (ART) Ich würde nie behaupten wollen, dass es optimal ist was wir machen. Sicherlich kann man immer etwas verbessern. Das hat natürlich auch mit Ressourcen zu tun. Und wie intensiv man Pressearbeit betreibt. Man könnte sich auch jeden Tag mit Presseleuten treffen. Geht auch. Dann muss man eben andere Dinge zurückstecken. Deswegen ist das immer ganz unterschiedlich. Als Koordinator tue ich mir einfacher als ein normaler Abgeordneter weil man mit mehr Themen in Verbindung gebracht wird und einem das Mikrophon hingehalten wird. Deswegen hat man als Koordinator eine einfachere

Ausgangsposition, weil man zu allen Themen befragt werden kann, was man als normaler Abgeordneter nur mit einem richtig guten Dossier bewerkstelligen kann.

Person 1: AV Für wie wichtig halten Sie die EU-Berichterstattung für eine zukünftige Vertiefung der Europäischen Integration?

Person 2: (ART) Die ist sehr wichtig. Wir haben auch ein Problem deshalb, weil die Medien zu wenig über uns zu berichten. Weil die Presse, auf Grund ihrer personellen Engpässe, sehr angetan sind schnell, oberflächlich zu liefern. Wie ein Konsumprodukt, irgendetwas zu liefern. Die Recherche bleibt dabei häufig zurück. Aber auf europäischer Ebene muss man diese Recherche betreiben, um diese Gesamtgebilde zu verstehen. Es gibt drei Institution die daran mitwirken, es gibt die Mitgliedsstaaten mit ihren verschiedenen Interessen und das geht halt nicht mit einem 10 Zeiler. Da müssen sich die Medien selbst Gedanken machen ob man da zu wenig investiert in die Berichterstattung aus Brüssel. Das würde automatisch zunehmen wenn das Parlament das Initiativrecht besitzen würde. Das wäre der letztendlich wichtig Schritt der noch zu tun wäre.

Person 1: AV Herzlichen Dank.

Interview mit CLI

Mitglied des Europäischen Parlaments am 28.04.2015, Straßburg

Gesprächsdauer 26 Minuten

Person 1: AV Als erstes würde mich interessieren, wie würden Sie ihren Kontakt mit Journalisten generell beschreiben in ihrer Arbeit?

Person 2: (CLI) Das kommt absolut darauf an. Also er ist in meiner Arbeit sehr gut. Er war auch sehr gut im Landtag, wo ich vorher war, was die Fachpresse angeht. Also hier noch besser als zu Hause. Und generell bei der übergeordneten oder Tagespresse kommt es wirklich darauf an was es für eine Zeitung ist und wo der Journalist herkommt. Und generell, dass kann ich sagen, dass ich tatsächlich den Eindruck habe, dass die Journalisten meiner Partei gegenüber nicht immer so aufgeschlossen sind. Das macht es manchmal schwierig.

Person 1: AV Haben Sie jetzt das Bild vom europäischen Journalisten beschrieben oder schon Unterschiede zwischen europäischer und Heimatpresse gemacht?

Person 2: (CLI) Ich habe mich mehr auf die deutschsprachige Heimatpresse bezogen. Es ist so, dass es mit europäischen Journalisten schon wieder etwas anders ist. Die europäischen Journalisten mit denen ich zu tun habe das sind einmal die die im weitesten Sinne mit dem EP zusammenarbeiten. Englischsprachige Journalisten die auch meine Fachthemen bearbeiten. Die für diverse englischsprachige oder internationale Zeitungen arbeiten. Ich bin auch relativ häufig schon als deutschsprachige Abgeordnete – und da war es ziemlich egal von welcher Partei ich kam – eingeladen gewesen in Fernsehen, polnisches, kroatisches, italienisches, eben weil ich auch andere Sprachen spreche. Spanische Diskussionsrunden, in dem Fall speziell als deutsche Abgeordnete und manchmal auch als Vertreterin von der liberalen Fraktion als

Counterpart für andere.

Person 1: AV Könnten Sie sagen da gibt es schon einen festen Kern von Journalisten mit denen Sie vielleicht wöchentlich oder monatlich Kontakt haben?

Person 2: (CLI) Diejenigen mit denen ich ganz regelmäßig zu tun habe das sind natürlich die aus meiner Region. Und die von der deutschsprachigen Fachpresse. Also die Journalisten, die meine politischen Themen bearbeiten. Mit denen habe ich persönlich oder auch manchmal mein Büro sehr viel zu tun. Darunter sind so etwa 10 Journalisten aus Brüssel und dann nochmal 5 aus meinem Heimatkreis, mit denen ich wöchentlich oder monatlich persönlichen Kontakt habe.

Person 1: AV Und wie funktioniert die Zusammenarbeit mit Journalisten mit denen Sie regelmäßig zu tun haben?

Person 2: (CLI) Es gibt einen Kreis von etwa 5 Journalisten aus meiner Regionen, bei denen ich einen so guten Kontakt habe, dass ich teilweise auf Sie zukomme und ihnen anbiete als Erstes eine Story zu bekommen oder dass ich ihnen bestimmte Informationen zukommen lasse.

Die Fachpresse aus Brüssel, wo ich mit etwa 10 Journalisten regelmäßig in Kontakt stehe, da ist es dann eher so dass sie auf uns zukommen, wenn sie eine Stellungnahme von mir brauchen können. Und ansonsten reagieren sie auf Pressemitteilungen die sie von uns bekommen.

Person 1: AV Wo finden persönliche Treffen statt?

Person 2: (CLI) Das kann sein im Büro. Aber häufiger an öffentlichen Orten wie der Cafeteria im EP oder in ganz normalen Cafés.

Person 1: AV Gibt es auch den Fall, dass Journalisten ihnen mit Informationen aus dem Rat oder der Kommission in ihrer Arbeit helfen können? Gibt es ein Give and Take?

Person 2: (CLI) Weniger. Je länger ich dabei bin umso weniger, weil ich einen guten Draht in die Kommission habe. Gerade was meinen Fachbereich angeht.

Person 1: AV Wie nehmen Sie die EU-Berichterstattung in Deutschland wahr?

Person 2: (CLI) Es könnte viel mehr sein. Sagen wir mal so: Ich weiß es direkt von meiner Heimatzeitung in meiner Region, dass dort Wirtschaftsberichte über die EU nur einmal im Monat vorkommen dürfen. Das finde ich sehr restriktiv. Das ist so von der Redaktion vorgegeben. Die Redaktion gibt vor, Europa darf nicht so oft vorkommen und wenn dann schon mal ein Wirtschaftsbericht von einem Kollegen aus meiner Region war, und wenn ich gerade auch was hatte, wie es mir schon mal passiert ist, dass man dann erst Mal eine Zeit lang warten muss, bis man das in der Zeitung bringen kann. Bis dahin ist das natürlich nicht mehr aktuell. Europapolitik spielt bei den Medien in Deutschland eine sehr untergeordnete Rolle. Was jetzt in der Krise vielleicht ein bisschen anders ist. Sonst kommt es ziemlich wenig vor. Es gibt inzwischen Ansätze, meistens vor Wahlen, oder direkt nach Wahlen, wo man dann als Abgeordnete zu Interviewreihen eingeladen wurde. Das waren aber immer nur singuläre Ereignisse. Ich habe dann die Zeitungen immer sehr dafür gelobt. Da können die Leute dann erfahren, dass Europa immer mehr zusammenwächst. Aber leider sind das immer noch singuläre Dinge. Es fehlt eindeutig an Kontinuität. Ich habe den Eindruck, dass auch die Redakteure, die sich mit Europa befassen, viel zu wenig darüber wissen was wir hier machen, wie wir ticken, warum das gut ist, das das eine Relevanz für jeden zu Hause, in jedem Mitgliedsstaat hat. Das ist den meisten Redakteuren nicht bewusst.

Person 1: AV Wenn Sie die Berichterstattung qualifizieren müssten, dann würden Sie sagen: Erstens nicht kontinuierlich und zweitens gibt es einen Mangel an Fachwissen bei den Journalisten.

Person 2: (CLI) Die, die sich nicht mit Europa befassen, haben wirklich sehr oft keine Ahnung. Ja, das habe ich auch gemerkt bei regionalen und überregionalen Tageszeitungen auch wenn man denen - was ich von Anfang an gemacht habe - die Inhalte auf die Region herunterbricht. Wie zum Beispiel "Meine Region". Und dann habe ich gefragt, warum sie es nicht genommen haben und dann haben sie gesagt: "Sie haben den Bezug nicht verstanden". Auf meine Widerrede, das steht doch drin kam bloß noch: "Ja, aber das kommt doch von Europa". Das ist häufig eine Frage der Wahrnehmung. Nach dem Motto: Was wir in Brüssel machen kann gar nicht interessant für meine Leser sein.

Person 1: AV Also das ist ihre Herangehensweise, Europa immer auf die Region herunterzubrechen oder einen Bezug auf ihre Region herzustellen.

Person 2: (CLI) Richtig. Ich habe teilweise schon Journalisten eingeladen, also direkt aus meiner unmittelbaren Heimatgemeinde. Die waren seitdem Feuer und Flamme für Europa. Sie sagten jetzt haben sie es verstanden dabei habe ich es ihnen auch vorher schon erklärt. Die waren dann da und habe es gesehen. Und auch, ich meine das machen ja alle Abgeordneten, das man zwischendurch auch mal - das machen wir auch teilweise - Jungjournalisten einlädt die davor schon mit anderen deutschen Abgeordneten gesprochen haben. Bei diesen Gelegenheiten kann man sich dann austauschen.

Person 1: AV Machen Sie das regelmäßig?

Person 2: (CLI) Ich habe das schon immer gemacht, auch zu meiner Zeit im Landtag schon. Das ich auf alle die wenig Ahnung hatten zugegangen bin von mir aus sodass ich hier die Möglichkeit genutzt habe bei Journalisten oder bei Lehrern und Schülern. Einfach weil ich denke, ich meine bei der Landtagspolitik ist das noch einfacher, weil da jedem klar ist, das der Landtag eine gewisse Wichtigkeit für mich zu Hause hat. Europa - da machen sie das mit der krummen Banane, wird ja immer gesagt. Da gibt es Vorurteile die sitzen ziemlich fest in den Köpfen.

Person 1: AV Wie unterscheiden sich die Journalisten die Sie im Landtag getroffen haben zu den Journalisten die Sie in Brüssel getroffen haben?

Person 2: (CLI) Die sind parteipolitisch noch stärker eingegrenzt manchmal. Also man merkt da doch mehr Ressentiments als es hier der Fall ist. Man kann Journalisten anmerken was sie selber für eine Präferenz haben. Außerdem ist es so dass natürlich die im Landtag wesentlich offener sind für die Politik die man gerade so betreibt. Also wenn ich mit Journalisten zu tun hatte, war denen immer die Wichtigkeit von meinem Tun bewusst. Das ist hier eben ganz anders. Wenn das Fachjournalisten sind, dann ist das anders. Aber wenn die Journalisten einfach irgendetwas über Brüssel schreiben sollen, und die nichts darüber wissen, dann ist das eben einfach weniger von Fachkenntnissen geprägt. Es ist schon ein Unterschied. Es ist neutraler, von der politischen Orientierung her.

Person 1: AV Sie haben gesagt, es liegt sehr viel im Argen bei der EU-Berichterstattung. Woran könnte das liegen, dass die Arbeit des EP und der anderen Institution schwer kommunizierbar ist?

Person 2: (CLI) Es ist nicht schwer kommunizierbar. Es ist im Grunde genommen leicht kommunizierbar. Man kann den Leuten auch leicht klar machen, das merke ich ja bei Besuchergruppen, was wir hier für eine Relevanz für ihren Alltag haben. Das wird denen ganz schnell klar. Manche Leute sagen wir haben hier eine eigene Berichterstattung und ein

eigenes System, das zu wenig genutzt wird. Das mag vielleicht so sein. Das liegt sicherlich zum Teil an den unterschiedlichen Sprachen. Wenn irgendetwas im Bundestag, kann man das auf Phoenix live mitbekommen. Bei uns kann man das ja im Web-Stream mitverfolgen, aber das ist lange nicht so bekannt. Dann hat das wirklich mit dem zu tun, das in der deutschen Berichterstattung dem ganzen viel zu wenig Raum dem Ganzen gegeben wird. Aber auch, das in der Politik wie zum Beispiel im Bundestag dagegen gearbeitet wird. Auch teilweise im Landtag. Das ist das was mich immer ärgert weil ich nun mal überzeugte Demokratinnen und überzeugte Europäerinnen bin. Ich sage immer: Ich kenne alle politischen Ebenen. Ich kenne Kommunalpolitik, ich kenne Landtag ich war im Bundestag im Europaausschuss und ich kenne auch dieses Parlament (EP). Und eigentlich ist das optimale für Europa und die Bürger dass alle zusammenarbeiten. Stattdessen ist es so dass die Europäer die offensten sind. Landtag und Bundestag eher als closed shop. Die versuchen sogar sich mehr von uns abzugrenzen. Die verteidigen das was sie machen und sehen das was wir machen als Kropf was oben drauf kommt. Und wenn irgendetwas in Deutschland die Leute ganz toll finden, dann war es Frau Merkel oder der Ministerpräsident des Landes und wenn die Leute irgendetwas doof finden, dann waren es die doofen in Europa. Ohne das Frau Merkel oder der Ministerpräsident sagt: Deutschland hat das unterschrieben sonst wäre es ja gar nicht da. Das ist etwas, was sich als Gewohnheit eingefleischt hat. Auch bei den Journalisten, zum Beispiel bei Landespressekonferenzen, da gibt es ein paar, die sind offen für Europa und denen ist bewusst, wie die Zusammenhänge sind, aber es gibt auch ein paar, die reisen da mit weil es eben eine Reise der LPK ist und man da mitfährt, aber sich schon darauf freuen wieder zu Hause zu sein und sich in seinen Vorurteilen bestätigt zu sehen.

Person 1: AV Welche Bedeutung würden Sie der Öffentlichkeitsarbeit zuschreiben. Was für einen Raum nimmt das in ihrer parlamentarischen Tätigkeit ein?

Person 2: (CLI) Es muss viel Raum einnehmen. Die Öffentlichkeitsarbeit über Journalismus finde ich gar nicht so zentral, weil aus meiner Sicht mittlerweile die Kommunikation über Social Media sehr wichtig geworden ist. Themen die man über Facebook kommunizieren kann, werden dann von mehr Leuten wahrgenommen als wenn man das über die Presse macht. Ich habe den Eindruck dass die Leute mehr von meiner Arbeit mitbekommen, wenn ich das über persönliche Kontakte kommuniziere. Ich versuche eben viele Deutschland Termine zu machen. Ich habe statt der 100 Besucher eigentlich immer 300 Besucher pro Jahr die ich schaffe einzuladen. Das wirkt viel mehr und ist viel nachhaltiger als es die Ausschnitte in der Presse sein könnte. Es werden ja selten große Artikel geschrieben. Wenn, dann gibt es Artikel in der Fachpresse. Dort kennt man mich und meine Arbeit. Da hatte ich große Artikel drin. Aber das betrifft ja nur eine kleine Welt.

Person 1: AV Wie ist das organisiert in ihrem Mitarbeiterteam? Gibt es einen Bestimmten der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist?

Person 2: (CLI) Es gibt einen in meinem Büro und es gibt noch jemanden auf meinem Pay roll der nur für die Pressearbeit zuständig ist. Sozusagen eine Pressesprecherin.

Person 1: AV Wie läuft die Zusammenarbeit zwischen dem Parteisekretariat für Presse und ihrem Büro?

Person 2: (CLI) Mit dem Sekretariat der Europapartei gibt es eine sehr enge Zusammenarbeit. Da bin ich immer involviert, wenn ich für meine Fraktion verantwortlich etwas bearbeitet habe dann ist das grundsätzlich so das die auf mich zu kommen. Aber es gibt auch Kontakt zur Partei nach Hause, zur Parteizentrale und da muss man aber leider auch immer erst verklickern, warum das für die Partei zu Hause von Interesse sein kann, meine Arbeit in Deutschland zu kommunizieren. Im Sekretariat der Europapartei gibt es Leute die

sich meine Briefings anhören und dann von sich aus Kommunikationsvorschläge machen. Da muss man nicht immer zuarbeiten, sondern da kommt teilweise auch sehr gute Unterstützung vom Sekretariat. Wobei die auch den Vorteil haben, dass bei Gesetzgebungsprozessen es immer ein Briefing Note gibt an dem sie sich orientieren können. Da müssen wir MEPS relativ wenig Arbeit rein investieren.

Person 1: AV Jetzt sagt man immer die Arbeit des EP ist sehr technisch. Schafft es trotzdem die EU-Berichterstattung angemessen über ihre parlamentarischen Aktivitäten zu berichten oder fühlen Sie ihre Arbeit nicht genug gewürdigt in der Presse?

Person 2: (CLI) Das kommt darauf an. Also manchmal absolut, da dachte ich das ist sehr gut beschrieben. Natürlich besonders wenn sich jemand die Zeit genommen hat und den Raum gegeben hat ausführlicher über den Entstehungsprozess von einem Beschluss oder einem Gesetz zu schreiben. Oder eben auch über irgendwelche direkten Eindrücke von der Arbeit oder von mir mit reingenommen hat. Das ein gewisses Stimmungsbild im Artikel rüberkommt. Dann denke ich, dass alle die das lesen, die haben sowohl fachliche Informationen als auch gute Background Informationen über die Arbeit im EP. Aber das ist ganz unterschiedlich. Aber gemessen an der Bedeutung für die europäischen Bürger ist die Berichterstattung entschieden zu wenig. Ich glaube das geht den meisten MEPs so.

Person 1: AV Ist gute Öffentlichkeitsarbeit zwingend notwendig für eine gute parlamentarische Tätigkeit?

Person 2: (CLI) Es ist nicht unbedingt notwendig das zu machen. Das kann ich insofern gut sagen, weil ich letzte Periode einen Kollegen hatte, der für zwei Perioden im EP war, der hat sich überhaupt nicht um Öffentlichkeitsarbeit geschert und hat trotzdem für alle bekanntermaßen gute Arbeit gemacht. Das hat sich so rumgesprochen. D.h. das geht auch. Deswegen bin ich manchmal bin ich so, zum einen ist das natürlich richtig, die Journalisten zu bedienen und eben auch PM zu lancieren. Zum anderen ist es aber auch, im EP als auch damals in meiner Zeit als Landtagsabgeordnete, das es immer Parteien gibt, auf die die Journalisten immer stärker zu gehen als auf andere. Auf die Grünen gehen die Journalisten viel stärker zu als auf unsere Partei zum Beispiel. Da habe ich die Beobachtung gemacht, wenn jemand ganz neues von den Grünen in den Landtag gezogen ist, wurde immer der gefragt als ich, wobei ich schon viel länger im Landtag war. Ich habe gemerkt, im Laufe der Zeit, wenn man ein gewisses Standing in seinem Fachbereich hat, dass sich das dann alleine verändert. Dass dann die Journalisten von sich aus kommen, weil sie merken das da jemand Ahnung hat und wo es wichtig ist den auch zu befragen. Das ist aber unabhängig von den Journalisten ob die schreiben oder nicht, gibt es Interessensverbände die dann mitbekommen wer für sie interessante Gesetze mitgearbeitet. Für mich persönlich ist der persönliche Kontakt sowohl mit Bürgern als auch Verbänden und Arbeitnehmern entscheidender für den Erfolg der Arbeit.

Person 1: AV Was für Medien verfolgen Sie?

Person 2: (CLI) Das ist schwierig zu sagen. Ich gucken regelmäßig Nachrichten, klar. Online-News so häufig ich kann. Ansonsten verlasse ich mich auf meinen Ehemann oder meine Mitarbeiter, dass die mir die interessantesten Artikel zum Lesen schicken, weil mein Terminkalender häufig so voll ist, dass ich dazu gar keine Zeit habe.

Interview mit LTZ

Mitglied des Europäischen Parlaments am 18.05.2015, Straßburg

Gesprächsdauer 40 Minuten

Person 1: AV

Wie würden Sie den Kontakt mit Journalisten, insbesondere denen aus Brüssel beschreiben?

Person 2: LTZ

Den Kontakt haben wir regelmäßig bei dem Jour fix. Der stattfindet an dem Mittwoch bevor Straßburg ist. Den Kontakt finde ich sehr gut und sehr gelungen. Wirklich, man sitzt da zusammen, spricht über dies und das auch mal über die Kinder oder den Hund. Das ist sehr gut organisiert über die Partei. Der Kontakt ist ausschließlich eigentlich zu deutschsprachigen Journalisten. Das ist dann schon ein großer Cut, wenn von englischsprachigen Journalisten Anfragen kommen, das haben wir schon auch schon zwei oder drei Mal gehabt.

Person 1: AV

Wenn Sie in die Zukunft blicken, können Sie sich dann vorstellen, dass Sie auch aktiver auf die Journalisten zugehen? Also dass Sie sich ein eigenes Netzwerk an Journalisten aufbauen?

Person 2: LTZ

Auf jeden Fall – das habe ich zum Beispiel beim letzten Termin so gemacht, dass ich ganz konkret zu diesem Jour Fix gegangen bin, nicht weil ich da was zu sagen hatte, weil kein Thema von mir auf der Agenda stand, sondern es ist etwas in der Zukunft am Kommen, aber es ist wichtig da bereits Kontakte zu knüpfen, und da habe ich mir gleich eine ganz spezielle Journalistin geschnappt, die im katholischen Bereich berichtet, die einfach für einen bestimmten Bereich wichtig ist und ich denke, das muss in Zukunft auch so sein, dass man hinter jedem Thema eine Gruppe von Journalisten hat, die man ganz speziell informieren kann, also ich bin ganz klar der Meinung, es läuft darauf hinaus, dass wir die Journalisten informieren und nicht immer warten, bis sie anfragen.

Person 1: AV

Dieser Kontakt in welchem Bereich ist der?

Person 2: LTZ

Ja in meinem Fachausschuss. Die Journalistin hat auch sofort zugesagt, wir haben bereits einen Termin ausgemacht, weil es darum geht, im Vorfeld schon ein Thema zu begleiten, so dass gar nicht zu Missverständnissen kommt, oder dass es nicht zu Fehlberichterstattungen kommt, wo man nachher wieder was zurück holen muss, was man im Vorfeld schon merkt, das könnte vielleicht schwierig werden.

Person 1: AV

Jetzt haben Sie ja auch in Ihrer Zeit im Landtag und als Stadträtin viel mit Journalisten zu tun gehabt. Können Sie da Unterschiede wahrnehmen?

Person 2: LTZ

Es ist so, dass der Landtag sehr von der CSU dominiert wird. Dadurch ist auch die Presse, der ich das jetzt nicht im Allgemeinen unterstellen möchte, durchweg parteilich zu sein, aber ich bin der Meinung, dass die Presse eher der CSU gefällig ist. D.h. im Stadtrat habe ich z.B. die Erfahrung gemacht, dass die Presse und zwar nicht nur zwischen den Zeilen, sondern das ganz offen sagt, die Zeilen werden hergegeben, je nach Fraktionsstärke. D.h. es geht nicht drum, welche Fraktion macht was, wie aktiv im Stadtrat, sondern wenn die anderen die Mehrheit haben, dann kriegen sie auch die Mehrheit vom Artikel. Auch wenn die gesamte Stadtratssitzung dominiert ist von Oppositionsgedanken, die Berichterstattung gibt das statische Schema wieder, mit Mehrheitsberichten über die regierende Fraktion. Das habe ich in meinem Bundesland als sehr schwierig empfunden, was jetzt schwierig ist, ist etwas vor Ort zu platzieren und das kann ich als EU Abgeordnete überhaupt nicht verstehen, den Leuten fehlt immer der Vor-Ort Bezug und zu glauben, wenn wir im Fachausschuss etwas beschließen, fehle der Vor-Ort Bezug, sage ich immer, aber das hat viel Vor-Ort Bezug, denn es betrifft auch unsere Leute im Landkreis. Das wollen sie nicht akzeptieren. Da merkt man, dass in den Köpfen der Journalisten häufig überhaupt noch nicht gesehen wird, dass es Auswirkungen von der europäischen Politik direkt in die Stadtstrukturen gibt, das wird von den Journalisten nicht gesehen. Es werden dann Artikel, die wir senden abgelehnt, so nach dem Motto, das hat doch keine Auswirkungen auf uns.

Person 1: AV

Das ist so ein wiederkehrender Punkt gewesen auch in den anderen Interviews. Den Redaktionen fehle der Bezug zum Ort. Wie versuchen Sie, dem vorzubeugen?

Person 2: LTZ

z.B. haben wir ganz konkret was gemacht, da ging es um Förderung von Öko-Landbau und da hilft das manchmal schon. Und so hat das vielen bei mir im Landkreis geholfen. D.h., das was hier beschlossen wurde, hilft 98 Landwirten im Landkreis beim ökologischen Anbau. So haben wir das artikuliert. Sowas kann manchmal schon als Möglichkeit helfen, als Türöffner, dass die merken, da sind wirklich von uns Personen betroffen, aber ich glaube, viele Redaktionen meinen, dass wir hier ihre Arbeit machen können. Aber das können wir nicht, wir sind hier kein Pressebüro. D.h. wir wollen politische Inhalte nach außen bringen und die gesellschaftliche Einbettung der politischen Inhalte in den Bereich vor Ort – das ist journalistische Tätigkeit. Die Redaktionen sind aber immer mehr ausgedünnt, es arbeiten immer weniger Volljournalisten und immer mehr Voluntarymenschen und die sagen, ja das ist ein austauschbarer Artikel den könnte ich auch in einem anderen Bundesland schreiben. Aber es ist Aufgabe der Journalisten, den politischen Inhalt auf den Ort runterzubringen, auch mal mit Zahlen zu füllen, ich denke nicht, dass das unsere Arbeit ist.

Person 1: AV

Werden die Journalisten aus Brüssel Ihren Ansprüchen eher gerecht?

Person 2: LTZ

Ja, bei den Journalisten aus Brüssel ist aber das Problem, dass ich nicht das Feedback erhalte, dass ich gedruckte Artikel sehe. Auch wenn ich relativ regelmäßig bei den Jour Fix dabei bin und ja auch schon Themen hatte, ich war schon Berichterstatterin. Aber dass dann wirklich was veröffentlicht wird, ich weiß nicht, in welchen Zeitungen, ich habe noch nicht viel gesehen.

Person 1: AV

Ja, vielleicht haben die Journalisten dann die Problematik dass sie das daheim ihren Redaktionen noch verkaufen müssen.

Person 2: LTZ

Ja, das kann ich mir vorstellen. Manchmal erlebe ich es auch so, dass meine Partei – also wir haben so eine Zwitterposition in manchen Themen und ich bedaure es sehr, dass der Journalismus teilweise nur noch 2 Eckpunkte in einem Artikel verpacken kann, d.h. einerseits die die extreme Positionen vertreten. Was geschieht mit den eigentlich ausgewogeneren Parteien – manchmal ist die Welt eben nicht schwarz oder weiß und die Grautöne, die ich in meiner Partei oft vertreten sehe, kommen journalistisch nicht rüber.

Person 1: AV

Noch mal ganz konkret auf die EU Berichterstattung bezogen – wo sehen Sie da Verbesserungsbedarf?

Person 2: LTZ

Verbesserungsbedarf ist ganz deutlich, beim Wording – die meisten Menschen, die nicht in der EU arbeiten, verstehen diese Wörter doch gar nicht. Entschließungsantrag – wenn man draußen auf der Straße 10 fragt, was ist ein Entschließungsantrag, was ist ein Schattenberichterstatter, ... Also wir versuchen den Menschen auch immer zu erklären, da muss man aber auch immer aufpassen, dass man da nicht so den Lehrer ist, wo die Leute sagen, die will mir wohl was beibringen. Aber wir können doch nicht mit Wörtern reden, die draußen keiner versteht. Da geht's schon los mit europäischer Rat, europäischer Union, all diese Dinge versuche ich auf den Veranstaltungen zu erklären, das ist die Staatenvertretung, wenn's um die Kommission geht, und das ist die Bürgervertretung, das ist dann das Parlament und dann sage ich immer wieder, d.h. also, die Staatenvertretung bearbeitet momentan TTIP, die Staatenvertretung kriegt vielleicht von uns den einen oder anderen Vorschlag, aber momentan bearbeitet das die Staatenvertretung und zu uns, der Bürgervertretung kommt das dann zur Abstimmung. Ich versuche das also bildlich darzustellen, aber die Menschen draußen verstehen das doch überhaupt nicht. Kaum fahre ich am Wochenende heim, höre ich im Radio, was die EU alles macht. Aber ich bin ja selber ein Stück draußen aus der EU, weil ich da in der zweiten Reihe stehe und die glauben, ja ihr müsst das doch wissen, ihr habt das doch gemacht. Aber wir erfahren ja erst in der nächsten Woche, was die gearbeitet haben. D.h. die Struktur der EU ist den Menschen überhaupt nicht bewusst. Und wie kann ich einen Artikel schreiben, wenn da drin steht EVP. Das wissen oft Mitglieder meiner eigenen Partei nicht, wie wir in der EU heißen. Wir sollten von der CDU Parteienfamilie oder der SPD Parteienfamilie sprechen und nicht von den Abkürzungen, die keiner kennt. Selbst CDU und CSU meint man ja in Deutschland oft, dass das etwas Unterschiedliches ist. Mit Begriffen kann ich viel verwirren und das wird oft bewusst gemacht. Also die deutschen Journalisten müssten schreiben, jemand aus der CDU/CSU Gruppe, auch wenn das ein Spanier ist. Dann würde auch mal bekannt werden, dass der Orban in der CDU/CSU Gruppe ist.

Person 1: AV

Also Sie haben angesprochen, dass die Materie EU und die Begriffe wahnsinnig komplex sind. Also der Journalismus macht in diesem Bereich keinen guten Job.

Person 2: LTZ

Ja, macht er nicht. Da gibt es keine Schonung, denn es muss doch ein Journalist merken, dass das was er schreibt nur bei ca. 2% der Bevölkerung überhaupt gelesen werden kann, wenn man nicht mehr versteht, um was es geht. Ich habe mal gefragt, was heißt Entschließungen.

Und ein Lehrer hat einmal gesagt, Resolution darf es nur bei der UN heißen. Aber wir in Deutschland sagen nun mal Resolution zu so etwas, aber das darf es ja nicht heißen! Das ist total gaga! Die Leute verstehen ja auch das mit den 2 Sitzen nicht, die wir hier in Brüssel und in Straßburg haben. All das wird nicht verstanden. Und ich glaube, das ist vielen hier ganz recht, dass das nicht verstanden wird, so haben viele die Interpretationshoheit. Einer interpretiert in einem Bundesland die EU Politik so wie er will, so wird das dann auch gedruckt, wenn derjenige die Macht hat, gehört zu werden. Da dringt man dann mit anderen Positionen überhaupt nicht durch. In meinem Bundesland wurde in diesem Jahr vielleicht 3mal etwas gedruckt, was wir geschickt haben.

Person 1: AV

Da Sie neu ins Parlament gezogen sind, haben einen sehr frischen Blick auf die Dinge und das ist sehr wertvoll. Können Sie schon beurteilen, wie die Journalisten mit den EU Beamten umgehen? Im Vergleich wie sie mit Ihnen umgehen?

Person 2: LTZ

Ich würde sagen, wenn die Hälfte vom Parlament ausgetauscht wurde, so wie das jetzt der Fall war, ist vielleicht die stabilere Kontaktstelle die Kommission. Das ist auch die Schwäche. Es ist ja klar, wenn bei jeder Wahl ein Fünftel ausgetauscht wird. Aber wenn wie dieses mal die Hälfte ausgetauscht wird, das bedeutet ja, dass erst Netzwerke und Vertrauen entstehen müssen. Oft haben die Journalisten einen direkten Draht zur Kommission und das ist dann sinnvoller für sie zu berichten als dass das die Abgeordneten machen.

Person 1: AV

Wie schätzen Sie das ein, wie wichtig ist für Sie gute Öffentlichkeitsarbeit für Ihren politischen Erfolg, dass Sie Ihre Themen durchsetzen können.

Person 2: LTZ

Das Wahlsystem in Deutschland, das ist ja alles anonym, also das stellt ja die Öffentlichkeit außen raus. Es geht um einen guten Listenplatz und die Öffentlichkeit ist dabei eher egal. Ich könnte jetzt sagen, wenn meine eigenen Leute mich mögen, dann reicht das aus. Die anderen Menschen außerhalb der Partei müssen sich nicht gut vertreten fühlen. Das würde ich öffentlich nie so sagen, aber wenn Sie eine Arbeit darüber schreiben, dann muss man das einfach so sagen. Falls ich wieder einen guten Listenplatz kriegen würde, ist es grad egal, wie mein Bundesland wählt. Das ist einerseits gut, weil es einen von der Berichterstattung ein wenig unabhängig macht. Anders als in meiner Zeit in Deutschland, wenn ich mich ärgern musste, wenn ich die Zeitung aufgeschlagen habe und immer die andere Partei abgedruckt sah, und ich den Eindruck haben musste, dass das einen Einfluss darauf hat, ob ich wieder gewählt werde oder nicht. Dieser Druck ist jetzt weg. Ob ich vorkomme in der Presse oder nicht, könnte mir total egal sein. Aber natürlich gibt es diese Gemengelage, dass die eigenen Parteifreunde ja auch wollen, dass sie mich in der Zeitung lesen.

Aber man muss sich vorstellen, wenn es um diese Europawahlen geht, da stehen ja auf dem Wahlzettel nur die ersten 10 Namen drauf. Ich war auch einem hinteren Platz und Freunde haben gesagt, ja wir wollten dich wählen und wir haben dich gar nicht gefunden. Man ist in gewisser Weise wie ein Gecko, man steht nicht mit seinem Namen, man steht ausschließlich als Gruppe, deswegen ist es mehr eine Teamspiel Sache. Wesentlich mehr nehmen wir auf unsere Homepage auch die Meldungen von anderen Abgeordneten aus der eigenen Parteiengruppe auf. Wenn jemand was zum Thema Flüchtlinge oder Korruption sagt, dann nehmen wir das in unsere Rundbriefe mit rein, weil uns das nicht schadet. Weil dann die Partei insgesamt gut dasteht – das ist schön. Also das mach Europa Arbeit schön, denn man

merkt, dass man als Team agiert. Aber es heißt natürlich ganz klar, dass wenn ich wieder einen hinteren Platz bekomme, dann wird es auch keine Plakate von meiner Person geben, wenn man diese Person gar nicht wählen kann. Das ist pervers – ich also nur für den Spitzenmann meiner Partei Werbung machen. Das macht es schon ein wenig schwierig, weil man im Rahmen der Wahl einfach absolut wieder verschwindet.

Person 1: AV

Das Sekretariat Ihrer Partei für Öffentlichkeitsarbeit kann Sie wo unterstützen?

Person 2: LTZ

Die haben jetzt z.B. für Straßburg etwas herausgegeben, einen Flyer, der an die ganze Presse verschickt wurde. Und auf dieser Statementliste bin ich diesmal mit einem Thema mit dabei. Auch mit meinem Gesicht – das empfinde ich als sehr hilfreich und auch sehr teambildend. Wir können also Journalisten, die an diesem Thema Interesse haben, ganz gezielt informieren und die Journalisten können mich dann anfragen. Da merkt man, dass meine Partei zu jedem Thema ein Gesicht und eine Meinung hat. Das ist eine gute Vorbereitung für Straßburg. Ich finde das toll, wie meine Partei das macht. Das haben wir dann auch in meinem Bundesland an alle Medien geschickt mit dem Hinweis, dass verschiedene Themen angesprochen werden. Dass wollen wir jetzt jeden Donnerstag von Straßburg aus machen. Dass wir unseren Leuten zuhause sagen, dass diese Personen angesprochen werden können.

Auch der Jour Fix ist etwas, dass man mit deutschsprachigen Journalisten zusammenkommt, das ist sehr positiv.

Person 1: AV

Wie schätzen Sie das ein, welche Rolle spielt der EU Journalismus für eine zukünftige Integration?

Person 2: LTZ

Natürlich ist er EU Journalismus dafür zuständig, welches Klima in der EU herrscht. Werden eher die Schwierigkeiten nach außen getragen oder eher die Gemeinsamkeiten. Ich muss mich da auch selber an der Nase nehmen, ich merke das selber, dass ich aus einem Klima komme, wo ich eher als Oppositionelle aufgewachsen bin und manchmal mehr die Schwierigkeiten sehe. Das ist mir auch bei eigenen Veranstaltungen schon passiert, dass ich mir gedacht habe, oh, da war ich jetzt vielleicht zu kritisch mit der EU. Denn da fragen dann die Leute am Ende der Veranstaltung, ja wozu brauchen wir die EU dann überhaupt. D.h., das wird vom Journalismus wirklich erwartet, einerseits gezielt kritische Sachen auch zu schreiben, das erwarte ich auch vom Journalismus, das ist ja kein Streichelverein. Aber immer das große Ganze und auch das Positive herauszustellen. Weil sonst, wenn nur das Kritische läuft, sagen die Leute zu Recht, ja dann brauchen wir das ja nicht. Und das muss ich persönlich vielleicht noch besser lernen, und das müssen aber auch die Journalisten besser lernen, dass man die Erfolge, wo passiert was, wo wird Korruption gestoppt, was machen wir außenpolitisch, das wird überhaupt nicht gesehen. Wir hatten mal so eine Abstimmung über 15 Länder gehabt, da ging es dann letztlich darum, dass wir ein Abkommen dann hatten, dass Kinder nicht entführt werden dürfen über Ländergrenzen hinweg. Dass so etwas auch sieht, wieweit wir weltweit als Gruppe agieren, wo Deutschland allein gar nicht agieren könnte. Die außereuropäische Dimension kommt viel zu kurz. Ich habe das Gefühl. Europa wird nur gesehen, was können wir da abholen oder absahnen. Aber wenn's um Krisengebiete gehen sollte, oder um eine gute gemeinsame Agrarpolitik und was bedeutet das für die Länder auf der anderen Seite der Welt, oder was bedeutet das, wenn wir gemeinsam nur Handelsverträge machen mit Ländern, die auch die Frauenrechte berücksichtigen. Also, dass wir damit so groß wären, dass wir große

Macht hätten, da müssten wir eine Kraft daraus finden. Momentan wird immer nur die Bürokratie und die Hürden gesehen. Amerika fühlt sich eins und doch differenziert. Und dieses sich-eins-fühlen ist bei uns noch etwas unterbelichtet.

Gerade diese Woche ist ja der European Song Contest. Ich schaue das nicht an, aber ich finde das ganz lustig. Aber wenn wir uns ansehen, wenn Olympia ist, wie geil wäre das, wenn da beim Medaillenspiegel Europa stehen würde. Ja da würden die mal merken, dass wir die alle einstecken. Wir könnten dann sagen, so und so viel Medaillen gehen nach Europa! Da wären wir dann noch vor China! Auch so profane Dinge sind wichtig. Da könnten wir dann auch klatschen, wenn ein Schwede gewinnt. Ich merke einfach, dass wir uns noch nicht darüber freuen, wenn andere Erfolge haben, weil wir uns immer noch als einzelne sehen. Dann würden wir nicht mehr sagen, jetzt müssen doch die Griechen endlich raus, sondern wir würden merken, wir sind größer und stärker mit denen. Da denken auch Journalisten noch sehr bieder und sehr einfach. Denn das müsste doch schon lang in den Köpfen von Journalisten drin sein.

Person 1: AV

Könnten da auch Abgeordnete einen Tick weit mehr tun für ein solches Gemeinschaftsgefühl?

Person 2: LTZ

Ja, sicher. Das wäre ganz wichtig, Wir haben z.B. auf dem letzten Europatag, der vor 2 Wochen war, auch eine Veranstaltung versucht, dass wir einen grenzüberschreitenden Europatag gemacht haben. Weil wir als Abgeordnete auch dafür verantwortlich sind, dass so etwas wie ein Klettverschluss entsteht. Das geschieht durch ganz viele dünne Fädchen, die sich dann verbinden. Denn was ist ein Europatag – das ist diese Miteinander und wir müssten da mehr machen. Die Leute sind getrieben davon, hier Showpolitik zu machen, die dann im Mitgliedsland beklatscht wird. Wenn ein Politiker spricht, dann spricht er oft nicht im Sinne von Europa. Manche sind Täter und Sanitäter. Erst sind sie hier in der EU Täter und dann fahren sie heim und sind dort Sanitäter und dann heißt es, ich beschütze euch vor den schlimmen Dingen, die in Europa passieren. Und dieses Glauben, ich bekomme mehr Zustimmung beim Wähler, wenn ich zwar einerseits gern mitschwimme und mein Europamandat sicher nicht zurück geben möchte, andererseits aber wenn ich heimfahre auf Europa schimpfe, die werden gewählt, das klappt so gut bei denen. Uns fehlt es an gemeinsamen Siegen.

Person 1: AV

Das muss der Journalismus klarer herauszeichnen. Welches doppelte Spiel da auch getrieben wird.

Person 2: LTZ

Ja, das müsste unbedingt berichtet werden. Und was wir dringend bräuchten, wenn man die Nachrichten anschaut, dann müsste jeden Tag um 20 Uhr etwas zur EU kommen. Aber zur EU kommt nur etwas, wenn etwas falsch läuft. Das müsste das kommen, was heute positiv in der EU gelaufen ist, dann etwas zum Bund, und dann zu den Bundesländern. Damit die Menschen den Aufbau im Kopf haben, wie funktioniert Politik. Es wird ja nur noch die Regionalpolitik wirklich wahr genommen und da ist dann die Macht der Bilder, da stehen dann die regionalen Abgeordneten und werden fotografiert. Ich habe da so ein give-away. Das ist ein Brillenputztuch mit einem Strichmännchen draufgezeichnet. Da sage ich immer, so das eine dass sind die 28 Mitgliedstaaten und die 28 Kommissare dass die national gewählt sind. Ich sage immer bis zum Magen ist Europa national. Und das ist die Staatenvertretung. Und ab dem Nabel, da wo das Herz von Europa schlägt, da sind wir die Abgeordneten mit den 7

verschiedenen Parteienfamilien. Wir sind das Gesicht und wir sind die Hände von Europa. Wir stimmen ab und wir sind die, die ihr kennt. Und da merkt man, dass viele auch Erwachsene nicht wissen, die meinen, wenn ich zur Europa Wahl gehe, dann wird über Europapolitik entschieden. Dass 20 von diesen Mitgliedsländern schwarz-gelb sind, das weiß doch draußen keiner. Und da bräuchte man ein Wording, das die Leute mitnimmt. So etwas wie Staatenvertretung, Bürgervertretung muss man unterscheiden können. Aber ich glaube wie gesagt gar nicht, dass es das Ziel ist, dass die Leute das verstehen.

Interview mit MPR

Mitglied des Europäischen Parlaments, am 30.04.2015, Straßburg

Gesprächsdauer 28 Minuten

Person 1: AV Mich interessiert die EU Berichterstattung. Die Eigenheiten des EU Journalismus und wie die MEPs mit den Journalisten zusammenarbeiten. Wie könnten Sie Ihre Zusammenarbeit mit beschreiben?

Person 2: (MPR) Wir haben regelmäßig einen Jour Fix vor den Straßburg Wochen. Da werden Journalisten eingeladen. Da werden die wichtigsten Themen diskutiert. Ich bemühe mich, da regelmäßig hinzugehen. Ich finde, dass das eine sehr gute Zusammenarbeit geworden ist. Da sind immer so 7-10 Journalisten je nach Thema. Und sie fragen nicht nur nach dem, was der/die Vortragende sagt, sondern man isst auch gemeinsam und da kommt man sehr schnell ins Gespräch auch zu anderen Themen. Das ist sehr produktiv.

Person 1: AV Und wie finden Sie, kommt das bei den Journalisten an?

Person 2: (MPR) Ich glaube, dass das für sie wichtig ist, sonst würden sie nicht kommen, die sind ja genauso zeitlich eingebunden wie wir alle und da immer doch eine gewisse Anzahl da ist, ein gewisser Stamm, der immer wieder da ist, glaube ich, dass sie das sehr hilfreich finden und wir finden es auch sehr hilfreich, weil wir sie dadurch persönlich kennen lernen.

Person 1: AV Und Sie sprechen mit ihnen zu Ihrem Spezialthema. Gibt es noch andere aus Ihrer Fraktion, die zum selben Thema sprechen?

Person 2: (MPR) Nein, ich bin ausschließlich dafür. Aus der deutschen Gruppe sowieso, aber auch für die Gesamtfraktion. Wenn also große Sachen sind, die die Entscheidung Europas betreffen dann machen wir noch eine eigene Pressekonferenz. Dann bin ich die Sprecherin. Hab dann aber u.U. den Berichterstatter aus meiner Fraktion neben mir, bin dann aber auch dabei. Aber das sind die großen Sachen. Die kleinen macht der Berichterstatter allein. Manchmal bin ich auch Berichterstatterin, dann mache ich das auch im kleineren Kreis bei normalen Sachen. Wir haben ja den Berichterstatter und den Schattenberichterstatter, das ist aufgeteilt, damit jede Fraktion sich wiederfindet. Ich habe z.B. 2 Schattenberichterstattungen gemacht zu 2 wichtigen Entscheidungen und da habe ich auf diesem Jour Fix vorgetragen. Ich habe eine eigene Pressesprecherin in meinem Wahlkreis, die mit meinem Assistenten in Brüssel zusammenarbeitet und auch hilft das vernünftig rüber zu bringen. Das hat ja was mit Formulierungen zu tun. Man muss mit wenigen Worten gezielt bestimmte Dinge benennen

können. Da ist sie Fachfrau und hilft uns da, damit wir den eigenen Artikel bringen können. Ich mach das nicht mit jedem Thema, weil ich die Presse auch nicht überfrachten möchte. Aber wir machen es sehr gezielt. Wir haben einen eigenen Presseverteiler.

Person 1: AV Sie haben Ihre eigene Pressesprecherin im Wahlkreis, das ist ja auch nicht bei jedem Abgeordneten im Europaparlament so. Wie kann dir da die Fraktion helfen?

Person 2: (MPR) Auf europ. Ebene ist das Pressebüro natürlich unser Bindeglied wir machen nichts ohne dieses Pressebüro, Das ist vernünftig. Natürlich habe ich das Recht auch eigene Presse rauszugeben. Aber diese großen Dinge laufen über das Pressebüro. Ich finde, dass in meinem Gebiet etwas mehr laufen könnte. Es geht mir nicht um meine Aktivitäten, dass die mehr gewürdigt werden. Es geht um das Thema, das noch nicht richtig bei den Menschen angekommen ist. Die Politik in meinem Bereich ist noch nicht wichtig genug. Meist ist die Wirtschaftspolitik wesentlich wichtiger. Dafür kann ich in Ruhe arbeiten und habe ich auch weniger Einmischung in meinen Bereich.

Person 1: AV Zu diesen Jour Fix, welche Journalisten kommen da, von welchen Medien, aus welchen Mitgliedsländern?

Person 2: (MPR) Ausschließlich Deutsche, die sind auch nur eingeladen. Aber schon ZDF, ARD, die Welt, die ZEIT, die FAZ. Es ist ja häufig so, dass die Journalisten für mehrere Medien schreiben, also es sind die großen Player, die haben ja auch ihr Büros in Brüssel. Und darum können sie kommen.

Person 1: AV Haben Sie außerhalb des Jour Fix auch Treffen mit Journalisten aus anderen Mitgliedsländern?

Person 2: (MPR) Ich habe mit Journalisten aus anderen Mitgliedsländern Kontakt bei großen Sachen. Dann machen wir hier vom europ. Parlament eine eigene große Pressekonferenz. Ich habe inzwischen 2 Mal an so einer Geschichte teilgenommen.

Person 1: AV Wie wird das vorbereitet?

Person 2: (MPR) Das macht die Pressestelle des europ. Parlamentes. Das ist eine schöne Sache weil das im Web Stream ist und die Journalisten sich dazu schalten können. Da ist auch ne Übersetzung. Das ist sehr gut.

Person 1: AV Haben Sie Erfahrung mit Feedback, gab es das?

Person 2: (MPR) Ja. Diese Reform war für viele doch so wichtig. Da haben wir eine unglaubliche Presse gehabt. Da sind wir weltweit gelaufen. Das war beeindruckend.

Person 1: AV Mit welchen Kollegen haben Sie das gemacht?

Person 2: (MPR) Ich war die Koordinatorin und Berichterstatterin damals. Und hab die Konferenz mit den Schattenberichterstattern gemacht, das ist so üblich. Aber ich hab natürlich am meisten geredet. Wenn ich Schattenberichterstatterin bin, melde ich mich auch nur auf Rückfragen. Das hat was mit Höflichkeit und Stil zu tun.

Person 1: AV Ist gute Öffentlichkeitsarbeit Ihrerseits förderlich für Ihre politisches Durchsetzungsvermögen.

Person 2: (MPR) Ja und Nein. Wenn man sehr häufig in der Presse erscheint namentlich ist der Bekanntheitsgrad größer.

Person 1: AV Hilft Ihnen das dann in der Parlamentsarbeit.

Person 2: (MPR) Das kann ich jetzt schlecht sagen. Ich würde das so formulieren. Innerhalb des EU Parlamentes half mir mehr die konkrete Arbeit. Ich bin sehr viel losgelaufen – das ist mein Stil dass ich viele 4 Augen Gespräche führe in die anderen Fraktionen hinein und versuche die zu überzeugen, dass mein Ansatz der richtige ist. Oder mich überzeugen lasse, dass man das verbessern oder ändern kann, ich bin da offen. Dadurch habe ich einen Bekanntheitsgrad hier im Hause erreicht. Und von meiner Reform überzeugt. Da hatten die Medien wenig Einfluss auf meinen Bekanntheitsgrad. Das war die Arbeit und die Gespräche. Allerdings außerhalb des Hauses – da sind die Medien wichtig, das könnte ich sonst gar nicht leisten. Da ist es hilfreich, dass die Medien das veröffentlichen. Was mich jedoch traurig macht ist, dass die Medien oft sagen, ja und wo ist nun die schlechte Nachricht. Ich möchte gerne als Journalist eine Diskussion heraufbeschwören und da brauche ich eine schlechte Nachricht. Das finde ich schade. Denn die Diskussionen sind ja schon vorher gelaufen. Und am Ende würde mir die deutsche Presse (und nur die kann ich beurteilen) sich auf den Weg machen würde, mehr positive Nachrichten zu verbreiten, weil ich meine, dass die Verantwortung, die diese Presse meinungsbildend hat wenn der Bürger die ganzen Hintergründe, die hier laufen ja nicht kennt und dann das negativ serviert bekommt zu dem Ergebnis kommt, es ist alles nur negativ. Das finde ich schwierig. Die Deutschen neigen eh dazu zu sagen, das Glas sei halb leer, und ich würde gern andersherum agieren, denn die Politikmüdigkeit, die viele haben hat damit zu tun, dass sie glauben, dass alles negativ läuft.

Person 1: AV Sie würden nicht sagen, dass gute Pressearbeit entscheidend ist für Ihre politische Karriere

Person 2: (MPR) Doch. Ich bin gewählt und mache meinen Job so gut ich kann. Da kann mir die Presse nicht helfen. Außerhalb ist es wichtig, dass ich erwähnt werde, wenn ich denn eine politische Karriere anstrebe. Wenn ich nochmal kandidieren würde. Dann ist es wichtig, dass man mich in meiner Partei kennt. Mich kennt man inzwischen. Wenn ich aber eine junge Abgeordnete wäre, ich kann nicht ganz Deutschland davon überzeugen, dass ich gut bin und man mich wählt. Das hilft dann schon wenn ich meinen Namen sage und es macht Klick und die Leute sagen, ach ja das ist ja die und die.

Person 1: AV Welche Mittel der Öffentlichkeitsarbeit finden Sie am effektivsten? Social Media, Pressemitteilung...

Person 2: (MPR) Alles. Ich mache alles. Ich habe eine Riesen Gruppe von NGOs, die auch Twitter und Facebook nutzen. Wie ich auch. Ich bin aber der Ansicht, dass man da nur gezielte Infos geben sollte. Denn oft gibt es da viel Nichtssagendes. Darum bin ich da etwas zurückhaltender. Ich bemühe mich 1mal am Tag eine Nachricht reinzugeben, aber nur im politischen Raum, ich mache nichts privates. Ich würde sagen, dass alles wichtig ist. Das ist ein Strauß. Trotzdem komme ich auf die schreibende Presse zurück. Da wäre eine bessere Ausbildung der Journalisten nötig. Ich mache immer wieder die Erfahrung, dass Journalisten über etwas schreiben und sie wissen nicht, worüber sie schreiben.

Person 1: AV Sprechen Sie von den Journalisten aus Brüssel oder auch von denen aus Ihrem Zuständigkeitsbereich?

Person 2: (MPR) Allgemein. Wir können das allen unterstellen. Weil ich immer wieder erlebe, dass unser komplexes Entscheidungsverfahren nicht gesehen wird. Dann wir immer wieder gesagt, "die Europäer, Europa hat..." Nehmen wir mal die Flüchtlinge. "Europa hat..." Nein Europa hat nicht, sondern das Parlament sagt schon seit langer, langer Zeit, wie man anders mit Flüchtlingen umzugehen hat. Das ist der Rat, das ist ein Teil Europas. So ist das auch in meinem Fachgebiet. Sie unterscheiden nicht zwischen den einzelnen Institutionen sie unterscheiden nicht zwischen den einzelnen Verfahrensschritten. Alles wird in einen Topf

geworfen. Und dieser Topf heißt Europa. Das finde ich schwierig, weil natürlich der Bürger, der darauf angewiesen ist, sachlich gute Informationen zu erhalten, da falsch informiert wird. Ich hatte gestern eine Besuchergruppe und ich bin dann immer total erschrocken, wie die bestimmte Ergebnisse verstanden haben und dann sage ich, nein so ist das nicht. Und dann heißt es, das habe ich in der Zeitung gelesen. Und er hat Recht.

Person 1: AV Jetzt haben Sie ja auch viel im Landtag gemacht, auch mit Journalisten. Können Sie da einen Unterschied und Gemeinsamkeiten erkennen?

Person 2: (MPR) Der Unterschied ist der, dass die regionalen Journalisten Politik nicht ganz so wichtig nehmen, sondern lieber – und jetzt werde ich böse - Feuerwehrtreffen und Kaninchenzüchterverbände. Natürlich ist das auch wichtig. Aber manchmal finde ich es erschreckend – eine halbe Seite über die Feuerwehr und ein kurzer Abschnitt über Flüchtlinge oder wirtschaftspolitische Entscheidungen, die ja alle betreffen. Das hat mich damals schon gestört. Ich hatte regelmäßige Treffen mit regionalen Journalisten. Und ich hatte denen schon angedroht, dass ich die Zeitungsabos kündigen werde. Journalisten haben nicht die notwendigen Kenntnisse und manchmal habe ich die meine Veranstaltung am nächsten Tag in der Zeitung nicht wieder erkannt. Und es geht mir nicht um meine Person, sondern um die Inhalte. Und wenn der nicht richtig rübergebracht wird, dann stört mich das. Für mein Selbstwertgefühl brauche ich nicht die Erwähnung meines Namens.

Person 1: AV Das ist ja eine recht kritische Haltung Journalisten gegenüber. Gibt es auch Journalisten, die Sie wertschätzen, zu denen Sie Vertrauen aufgebaut haben? Und die Ihnen was zurück geben konnten.

Person 2: (MPR) Ja, es gibt sehr wohl Journalisten, die sich die Mühe geben richtig zu recherchieren, nach zu fragen, wenn sie was nicht verstanden haben. Die auch mutig genug sind anzurufen und zu fragen, wenn sie was von den doch schwierigen technischen Dingen nicht verstanden haben.

Person 1: AV Sie haben gesagt, dass die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene sehr komplex sind und dadurch schwer kommunizierbar. Ist das in Ihren Augen so? Und welche Wege könnte man gehen, um das besser zu kommunizieren?

Person 2: (MPR) Nein, ich glaube nicht, dass das nicht kommunizierbar ist, denn wir haben ja die Ausschussarbeit, das Plenum, die Trilogie und die Endentscheidung. Das sind 4 Punkte und die muss man einfach nur benennen. Wenn das Parlament in großer Mehrheit eine Entscheidung trifft, der Rat vollkommen dagegen ist – und das ist hier Alltag – dann kann an so einer schon deutlich sagen, das Parlament hat die und die Position und versucht im Trilog seine Position durchzusetzen. Der Rat hat die und die Position der versucht das auch. Und dann darstellen, wer siegt. Das kann man dem Bürger klar erklären und kommunizieren. Für den Bürger ist das wichtig, was seine Wahlmöglichkeit betrifft. Wenn der Bürger über solch eine Berichterstattung erkennt, dass er über seine Wahlstimme seinen Abgeordneten massive Einflussmöglichkeiten hat, dann würden auch viel mehr Leute zur Wahl gehen. Aber dadurch dass das immer mit "Europa hat..." formuliert wird, weiß der Bürger gar nicht, dass sein Minister, vielleicht von der anderen Fraktion, aus seinem Nationalstaat derjenige ist, der blockiert. Das weiß der alles gar nicht.

Person 1: AV Sie haben gesagt, es gibt Prozesse, wo der eine gewinnt und der andere verliert. Das ist ja eine Polarisierung die unglaublich dabei hilft, das medial zu transportieren. Aber es gibt auch nicht wenige, die sagen, dass genau diese Polarisierung fehlt im EU Parlament, dass es zu häufig eine Zusammenarbeit gibt, über Fraktionsgrenzen hinweg und wir aus Deutschland sind ja gewohnt, dass es klare Fraktionsgrenzen gibt.

Person 2: (MPR) Das ist der Punkt, den ich hier genieße. Ich genieße die Kompromissbereitschaft und ich arbeite auch ganz häufig über die Fraktionsgrenzen hinaus und das ist auch gut so, weil ich glaube, dass es nicht um die Person geht, es geht nicht um die Fraktion, es geht um die Sache. Natürlich bin ich überzeugt von meiner Partei, aber das heißt nicht dass ich ihr auch manchmal kritisch gegenüber stehe.

Person 1: AV Aus der medialen Logik kann es schon sein, dass eine Polarisierung hilft, um das Interesse des Wählers zu wecken.

Person 2: (MPR) Das würde ich so nicht sagen. Denn wenn das Parlament ein Pool ist und der Rat ein anderer, und die beiden überhaupt nicht miteinander können, dann haben Sie ja Ihre Polarisierung. Dann muss man das nicht auf die Fraktion runterbrechen oder auf die einzelne Person. Man muss es runterbrechen auf, wie funktioniert diese Arbeit und Mehrheiten über Kompromisse hinzubekommen, finde ich ideal. Das ist auch im Sinne der Bürger, denn auch eine Familie funktioniert nur über Kompromisse. Ich liebe meine Kinder sehr, aber wenn sie immer meiner Meinung wären...

Person 1: AV Gibt es ein europäisches oder ein deutsches Medium oder Informationsendung auf das Sie auf keinen Fall verzichten wollten?

Person 2: (MPR) Ja, für mich ist das der Deutschlandfunk. Das sind sehr gute Nachrichtensendungen und Hintergrundberichte. Auch die Tagesschau oder das Heute Journal. Das sind wichtige Dinge, die wir brauchen.

Person 1: AV Und Zeitungen?

Person 2: (MPR) Ja, auch in den lokalen Zeitungen gibt es Journalisten, die sehr verantwortungsvoll handeln und informativ berichten.

Person 1: AV Und Political Europe?

Person 2: (MPR) Ja das ist auch sehr praktisch im iPad Nachrichten. Aber da lese ich die Pressespiegel – regional und europäisch. Zu mehr habe ich keine Zeit. Aber mein Mann liest sehr viel und wenn es etwas Wichtiges gibt, dann schickt er mir eine SMS. Oder meine Pressesprecherin liest auch sehr viel und dadurch fühle ich mich sehr gut informiert.

Person 1: AV Danke.

Interview mit OPC

Mitglied des Europäischen Parlaments, am 30.04.2015, Straßburg

Gesprächsdauer 21 Minuten

Person 1: AV Wie würden Sie Ihre Zusammenarbeit mit den Journalisten aus Brüssel beschreiben?

Person 2: (OPC) Durchweg konstruktiv, es gibt wenige Ausnahmen, wo man das Gefühl hat, es wird nach Sensationen gesucht, also das hat sich eigentlich sogar verbessert. Wir hatten schon mal von einigen Medien die Klatschpresse die nur nach Spots gesucht hat, wo es negativ ist. Die deutschen Medien muss ich sagen, sind konstruktiv in der Berichterstattung und auch relativ objektiv.

Person 1: AV Jetzt sind Sie ja der Vorsitzende von einer großen pro-europäischen Vereinigung. Ich habe vorhin auch andere Abgeordnete interviewt und die haben gesagt, sie haben nur mit deutschen Journalisten, die in Brüssel tätig sind Kontakt. Ist das bei Ihnen auch der Fall oder haben Sie auch mit internationalen Journalisten Kontakt?

Person 2: (OPC) Nun spreche ich ja relativ gut Französisch, darum bin ich auch Adressat der franz. Medien, gut die Briten, das hält sich in Grenzen, weil die Murdoch-Presse, die will von mir nichts wissen, ich habe auch keine Lust denen etwas von mir zu erzählen. Aber mit Guardian, BBC habe ich auch regelmäßig Interviews.

Person 1: AV In welcher Funktion dann, als MEP?

Person 2: (OPC) Als MEP. Guardian Environment fragen sehr oft etwas aus dem Umweltausschuss. BBC die fragen schon mal generell politische Fragen, jetzt die Flüchtlingsgeschichte oder irgendwas, was in D passiert.

Person 1: AV Wie haben Sie sich dieses Netzwerk an Journalisten aufgebaut, Sie sind jetzt seit 1999 MEP.

Person 2: (OPC) Durch die Arbeit, die man macht. Die Journalisten lernen einen ja zu 99 % kennen, durch das was man macht, wenn man Aktivitäten hat, Pressekonferenzen, man ist Berichterstatter, man sitzt auf Podien, wo die einen sehen, und dann hat man ein Netzwerk, die auf einen zugreifen.

Person 1: AV Sie sind im Ausschuss für konstitutionelle Fragen bei der europäischen Integration. Ist das durch diese Funktion, weil das einen größeren Bereich betrifft. Denn ich habe schon andere MEPs gesprochen, die haben gesagt, sie haben nur mit deutschen Journalisten zu tun. Wie erklären Sie sich diesen Unterschied, dass Sie doch ein internationales Netzwerk von Journalisten haben?

Person 2: (OPC) Ich habe das das von Day one 1999, wo ich Vorsitzender der Union Europäischer Föderalisten war, der UEF das war ein europäischer Verband mit der Gründung der Intergruppe europäische Verfassung. Wir haben also massiv europäisch gearbeitet und nicht nur deutsch. Das Thema europäische Verfassung war sofort auch ein Querschnittsthema in alle Länder.

Person 1: AV Also Sie sagen, das war Ihre Herangehensweise von Anfang an, das war nicht die ausländische Journalisten, die auf Sie zu gekommen sind.

Person 2: (OPC) Nein, man muss selber von sich aus Aktivitäten entwickeln, durch Kampagnen sich ein Ressort, ein Netzwerk von Journalisten erarbeiten.

Person 1: AV Und wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den Journalisten, wo trifft man sich, in Bars, bei Ihnen im Büro? Kommen die auf Einladung von Ihnen oder trifft man die nur am Fix Jour?

Person 2: (OPC) Also jetzt meine Partei hatte lange Zeit dieses Hintergrundgespräch. Also als Vorsitzender eines Ausschusses da gab's immer Themen für ein Hintergrundgespräch. Das machen wir auch mit Berichterstatern. Das ist immer sehr nützlich gewesen, weil zu einem legislativ Akt man mehr Zeit hat mit den Journalisten eine Stunde lang beim Arbeitsfrühstück zu reden. Der Jour Fix ist auch nützlich, selbst wenn man nicht vorträgt, weil da immer Journalisten sind, die dann noch mal hören, die kommen dann als deutsche Radio Anstalten die etwas zum Brexitausstieg von Großbritannien wissen wollen und dann treffen sie sich in der Pressebar oder hier im Büro.

Person 1: AV Können Sie sagen, sie haben zu einem gewissen Kreis von Journalisten Vertrauen aufgebaut haben gibt es da einen Austausch, dass die Journalisten auch Ihnen Informationen liefern können oder ist das immer eine Einbahnstraße, dass Sie denen helfen?

Person 2: (OPC) 95% liefere ich und natürlich kriegt man auch manchmal im Gespräch Info die die haben. Ich bin in dieser Richtung wenig unterwegs, denn ich mache meine Arbeit, die ich kommuniziere. Ich bin nicht einer, der Journalisten abschöpft für Internas in der Kommission.

Person 1: AV Generell können Sie Unterschiede oder Gemeinsamkeiten benennen zwischen dem EU Journalismus und dem Hauptstadt Journalismus in Berlin?

Person 2: (OPC) Den ich nicht so gut kenne, weil ich in einem Landtag war. Aber ich weiß, wovon wir reden. Wir sind noch etwas weiter weg von den Aufregtheiten, den der Hauptstadtjournalismus hat. Der hat ja die tägliche Schlagzeile, wo es auch mehr persönlich zugeht. Was hat der eine gemacht, was hat der andere gemacht. Unser ist Journalismus sachlicher und mehr an Themen orientiert wie an Personen.

Person 1: AV Können Sie noch einen Vergleich zu Ihrem Landtag ziehen?

Person 2: (OPC) Die Nähe ist erheblich größer wie hier in Brüssel. Ich bewundere auch die Journalisten, die hier oft als 1 Mann Betrieb die ganze Bandbreite an Themen abdecken müssen. Im Landtag da sind die Themen überschaubar. Hier kommen ständig neue und komplizierte Themen auf den Markt. Hier in Brüssel durch die Sachlichkeit man eher ein Verhältnis bekommt, was professionell ist. Dagegen zu Hause da gibt es dann auch Seilschaften wo dann Parteizugehörigkeit eine Rolle spielt. Zuhause ist es subjektiver.

Person 1: AV Da haben Sie auch Twitter genutzt. Was ist Ihr Verständnis von guter Pressearbeit.

Person 2: (OPC) Ich bin immer noch ein Klassiker, der mit Pressemitteilungen und Konferenzen arbeitet. Aber die neuen Medien sind nicht mehr weg zu denken, man braucht Twitter, Facebook, die nutzen wir auch. Es gibt ja auch daraufhin Rückfragen.

Person 1: AV Welche Art von ÖA sehen Sie am nützlichsten, wo bekommen Sie am meisten Rückmeldungen, sowohl von Parteikollegen als auch von normalen Bürgern.

Person 2: (OPC)

Es braucht eine Optimierung des Zeitpunkts einer Äußerung und auch der Qualität der Äußerung. Wenn man zu einem aktuellen Thema inhaltlich und zeitlich gut aufgestellt ist, dann ist die mediale Verbreitung auch groß. Wenn es Standardsachen sind, die alle haben dann ist es für den Papierkorb. Ich arbeite medial in Brüssel, Straßburg aber auch in meinem

Wahlkreis. Ich schreibe eine Reihe von Pressemitteilungen gezielt auf die Bedürfnisse meines Wahlkreises um. Die Frage, was soll mein Wahlkreis tun, gibt es Vorteile für ihn und welchen Bezug gibt es.

Person 1: AV Es gibt ja ein Sekretariat Ihrer Partei für Öffentlichkeitsarbeit im Europaparlament wie läuft da die Zusammenarbeit?

Person 2: (OPC) Seitdem wir die Kapazität verdoppelt haben läuft das relaxter. jetzt sind wir besser aufgestellt es geht schneller dass man umsetzt. Manchmal muss man spontan reagieren, aber manchmal ist es auch gut planbar. Man weiß ja am Mittwoch ist ein Thema auf der Tagesordnung. Wir könnten natürlich noch mal die Kapazität verdoppeln, aber das ist finanziell nicht möglich.

Person 1: AV Wo sehen Sie den Nutzen dieses Sekretariats für die Fraktion und für Sie?

Person 2: (OPC) Wir haben politische Botschaften und Interessen, die wir durchsetzen wollen und von daher ist es wichtig, unsere Meinungsbildung, unsere Arbeitsprozesse in der Demokratie zu koppeln zur Bevölkerung, zu unseren Wählerinnen und Wählern. Öffentlichkeitsarbeit ist in der Politik ein Muss. Man kann nicht Politik machen und seine Arbeit verstecken.

Person 1: AV Jetzt würde ich Sie bitten, eine Priorisierung zu machen. Wenn Sie zurück blicken: Wie wichtig war die Öffentlichkeitsarbeit für Ihr eigenes Vorankommen und für Ihre parlamentarische Durchsetzungsfähigkeit.

Person 2: (OPC) Der Erfolg meiner Arbeit war eher gebunden an meine Kampagnen, meine Aktivitäten, meine Berichte, meine Vorsitze. Die mediale Komponente ist nicht die Ursache für Erfolg, sondern die Konsequenz von Erfolg. Ich war nicht eine Mediengeburt Meine Arbeit besteht nicht aus Tagesschau plus Boulevard. Ich habe mehr Input Erfolg als einen Output Erfolg.

Person 1: AV Jetzt hat Axel Springer ein neues Projekt gestartet in Brüssel: Politico Europe ein Nachrichtenportal. Was halten Sie davon, dass etwas von USA herüber schwappt, das hauptsächlich Funktionäre anspricht. Nutzen Sie das auch?

Person 2: (OPC) Jedes Medium, das über Europa Politik berichtet ist willkommen. Die haben einen hohen Aufwand mit 35 Journalisten, da kommen viele News jeden Tag zusammen. Die Methode muss man noch beobachten, ob sie Klatschpresse sind. Wenn sie Klatschpresse sein wollen, dann fände ich das negativ. Dass dann einer berichtet, wo ein Kommissar in Brüssel wohnt - das war bisher unüblich Schlagzeilen produzieren wollen. Aber mit 35 Journalisten das gab's noch nie. Das ist der größte und breiteste Medienaufwand.

Person 1: AV Finden Sie das förderlich für die europäische Integration diese Medium oder bestätigt dies noch einmal die Vorurteile dass Brüssel so eine Blase ist, die sich nur mit sich selber beschäftigt.

Person 2: (OPC) Also die Huffington Post - dort existiert auch so etwas von Paris aus. Ich sehe es eher positiv, weil Brüssel d.h. im Fokus des Interesses steht. Sie investieren doch eine Menge Geld für die Berichterstattung aus Brüssel. Medaille 2 Seiten. Es wird mehr informiert. Es ist ja immer der Schrei nach mehr Transparenz. Die schlechte Seite könnte sein, dass Medien unter Profitdruck stehen und dann in Gefahr sind, unseriös zu werden. Ich

wünsche mir von Politico einen Qualitätsjournalismus und nicht einen Boulevardjournalismus.

Person 1: AV Was sind die Herausforderungen für guten EU Journalismus? Man sagt ja, EU ist schwer zu vermitteln.

Person 2: (OPC) Man muss zuspitzen klar sein in der Sprache, ohne Skandaljournalismus als Ziel zu haben. Manche können das gut, manche schlechter. Man muss verständlich und klar sein für die Bürger, die das hören, lesen und sehen.

Person 1: AV Herzlichen Dank.

Schriftliches Interview mit PRL

Mitglied des Europäischen Parlaments

Person 1: AV Als Erstes interessiert mich, wie Sie ihren Kontakt als MEP mit Journalisten aus Brüssel im Allgemeinen beurteilen würden?

Person 2: PRL Ich beurteile den Kontakt als MEP mit Journalisten als sehr gut. Ich stand beispielsweise zu meinem Dossier der Pauschalreise-Richtlinie mit Journalisten unterschiedlicher Nationalitäten in Kontakt. Dabei findet die Korrespondenz in Englisch und Deutsch statt. Da die Gesetzgebung auf europäischer Ebene bei mehr als 80 % auch Auswirkungen auf die kommunale Ebene hat, stehe ich nicht nur mit der EU-Presse, sondern auch mit der Lokalpresse entsprechend in Kontakt.

Person 1: AV Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den Korrespondenten in Brüssel?

Person 2: PRL Meistens kontaktieren Journalisten mich direkt. So bin ich beispielsweise als Berichterstatterin im Europäischen Parlament für die Pauschalreise-Richtlinie eben auch Ansprechpartner für die Presse, wenn diese Fragen zum Dossier haben oder über diese Thematik berichten möchten.

Zudem erfolgt die Zusammenarbeit mit Korrespondenten über unsere Pressestelle der CDU/CSU-Gruppe. Anlässe für eine Zusammenarbeit mit Journalisten können vielfältig sein; z. B. bei der Berichterstattung, Veranstaltungen, die ich unterstützte oder bei Terminen im Wahlkreis.

Ich arbeite gerne mit Journalisten zusammen und sehe ihre Arbeit als wichtig an. Meine politische Arbeit wird durch sie an die Öffentlichkeit getragen. Der Umgang mit Journalisten erfolgt dabei auf einer sachlichen und respektvollen Basis.

Person 1: AV Wie nehmen Sie die Berichterstattung über EU-Themen durch EU-Korrespondenten im Vergleich zu der von Berliner Journalisten wahr? Können Sie hier Unterschiede erkennen?

Person 2: PRL EU-Korrespondenten berichten vor allem über die aktuellen EU-Geschehnisse aus einer grenzüberschreitenden Gesamtperspektive, während Berliner Journalisten beispielsweise die Auswirkungen der einzelnen europäischen Gesetzakte auf Deutschland darstellen.

Person 1: AV Es wird oft gesagt dass die EU und das Parlament schwierig kommunizierbar sind. Stimmen Sie dem zu? Woran liegt das, was sollte ihrer Meinung nach geändert werden?

Person 2: PRL Es stimmt, dass die EU schwierig kommunizierbar ist. Dies liegt daran, dass die Strukturen und Arbeitsabläufe der EU sehr komplex sind und diese in der Regel der Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Bis schließlich ein Gesetz endgültig verabschiedet wird, dauert es oft eine gewisse Zeit, da die Europäische Kommission zunächst einen Gesetzesvorschlag unterbreitet und die beiden Gesetzgeber Europäisches Parlament und Rat der EU sich anschließend dazu positionieren. Ich kann daher durchaus nachvollziehen, dass die Berichterstattung über die EU schwierig ist.

Person 1: AV Welche Erfahrungen im Umgang mit der Presse haben Sie während ihrer Zeit als Oberbürgermeisterin gemacht?

Person 2: PRL Die Berichterstattung ist völlig anders, da die Menschen auf lokaler Ebene in der Regel unmittelbar betroffen sind. Alles ist viel direkter.

Interview mit SPO

Mitglied des Europäischen Parlaments am 19.05.2015, Straßburg

Gesprächsdauer 25 Minuten

Person 1: AV Wie würden Sie generell Ihre Kontakte mit Journalisten bezeichnen?

Person 2: SPO Die sind durchaus ausbaufähig, auch wenn ich schon eine ganze Zeit hier bin. Man muss immer wieder auch neue Kontakte herstellen. Insbesondere bei meinem Thema ist es so, dass die Journalisten in Brüssel nicht so das Interesse haben. In Deutschland haben wir gerade einen neuen Verteiler aufgebaut. Daran werden wir arbeiten, dass wir diese Art der Kontakte noch erweitern.

Person 1: AV Sie sind ja jetzt auch Vizepräsidentin im Ausschuss. Können Sie da feststellen, dass Ihre Kontakte internationaler sind? Oder ist der große Fokus bei den deutschen Journalisten?

Person 2: SPO Es hat immer Themen gegeben, die auch in den anderen Sprachen funktioniert haben. Aber ich mache doch immer wieder die Erfahrung, dass die Journalisten in den nationalen Zuordnungen funktionieren. Da gibt es diese Expertgroups – da hatte ich ein Interview im Guardian, da ging es um die Frage, dass die Kommission diese Expertgroups ausgewogen genug besetzt und dass sie immer noch zu industrielastig sind. Dieses Thema ist auch in anderen Ländern auf Interesse gestoßen. Sonst ist es doch so, dass es leichter ist, deutsche Journalisten anzusprechen.

Person 1: AV Andere Interviewpartner haben mir immer berichtet, dass der Jour Fixe sehr wichtig für sie ist. Bietet das Ihre Fraktion auch an, dass sie 1mal im Monat einlädt?

Person 2: SPO Nein, wir machen 1mal im Jahr einen Presseabend und wir arbeiten eher so, dass wir jeweils individuelle Kontakte zu Journalisten haben und wir arbeiten mit unserer Pressesprecherin so zusammen, dass wir mit ihr zusammen sehen, welche Journalisten besonders interessiert sein könnten.

Darf ich Sie fragen, ob das bei den anderen besser funktioniert mit den internationalen Kontakten?

Person 1: AV Das hängt meist davon ab, wie lang der jeweilige Abgeordnete schon im Parlament ist. Aber generell wurde dieser Presse Jour Fixe schon immer als sehr positiv dargestellt. Dass vor allem die neuen Mitglieder dort Kontakte knüpfen können. Aber bei diesem Presse Jour Fixe werden auch nur deutsche eingeladen.

Person 2: SPO Wir machen hier in Straßburg ja auch Pressefrühstücke an den Dienstagmorgen. Und da ist es auch so, dass die Journalisten, die kommen auch deutsche Journalisten sind.

Person 1: AV Also ich habe 10 deutsche Abgeordnete interviewt und von denen haben nur 2 gesagt, dass sie auch ein internationales Netzwerk an Journalisten haben.

Person 1: AV Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu Journalisten generell beschreiben? Gibt es da ein Vertrauensverhältnis, können die Journalisten, die ja auch Kontakte in die Kommission haben, Ihnen manchmal auch Informationen aus der Kommission geben?

Person 2: SPO Es ist eher so, dass ich aus dem gesellschaftlichen Bereich Informationen bekomme, was in der Kommission geplant ist, ich darauf hin dann recherchiere und Öffentlichkeitsarbeit mache. Also in meinem Bereich war es manchmal so, dass es Nachfragen gab, was ansteht. Aber dass ich diesem Bereich Hinweise aus der Presse kriege – nein eher nicht.

Person 1: AV Können Sie feststellen, dass die Journalisten sich eher für den Haushalts- als für den Kulturbereich interessieren? Also, dass man im Kulturbereich eher Schwierigkeiten hat, mit seinen Themen durchzudringen?

Person 2: SPO Ich kann schon sagen, dass in dem Bereich Bologna Reform – da war ja gerade die Konferenz in Eriwan – da gibt es schon Berichterstattung. Bei der Ausrichtung der Bildungspolitik auf einerseits Arbeitsmarktfähigkeit aber dass es darauf nicht reduziert werden darf – da gibt es durchaus Interesse von Journalisten. Auch die Frage des Erasmus Plus Programms. Denn es gibt zunehmend Kritik von vor Ort, dass nur noch große Projekte gefördert werden. Und damit werden wir auch versuchen, Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Um dann die Kommission dazu zu bringen, hier Veränderungen vorzunehmen. Also es gibt durchaus Themen, die sind dann aber über die Mitgliedsstaaten vermittelt. Ende des Jahres gab es ja den großen Konflikt zwischen Parlament und Rat bei der Haushaltspolitik – das hat dann auch die Presse interessiert. Das war der institutionelle Kampf der bei den Journalisten auf Interesse gestoßen ist.

Person 1: AV Die Journalisten, mit denen Sie Kontakt haben, sind das Journalisten, die für Agenturen arbeiten oder für große überregionale Zeitungen.

Person 2: SPO Es sind immer auch Agenturvertreter dabei, aber ansonsten arbeiten wir mit Journalisten von einzelnen Zeitungen zusammen. In Deutschland TAZ, SZ, FAZ, meine

regionale Zeitung. Aber wir versuchen jetzt auch Medien aus meinem Fachbereich anzusprechen.

Person 1: AV

Sie sind jetzt seit 2004 dabei – welche Entwicklung können Sie feststellen seit dem Lissabonner Vertrag?

Person 2: SPO Ja, die Journalisten haben hauptsächlich registriert, wenn das Parlament in Konflikt mit dem Rat gegangen ist. Also immer wenn das Parlament gesagt hat – so nicht mit uns – wir wollen einen anderen Weg einschlagen – das haben dann viele Journalisten wahrgenommen. Das Parlament hat eine eigene Kraft, es wehrt sich. Wir haben ja durch Lissabon zusätzliche Kompetenzen erhalten z.B. die volle Mitbestimmung im Haushaltsausschuss über die Landwirtschaftspolitik – diese Themen haben die Journalisten dann schon aufgegriffen und kommentiert. Im Bereich der Kulturpolitik ist der Sportbereich dazugekommen, wo es um Breitensport geht, dass die europäische Union insbesondere junge Leute in diesem Bereich miteinander in Kontakt bringen möchte. Das haben Journalisten wahrgenommen.

Wie kommen europäische Bürger miteinander in Kontakt. Dass die Leute wirklich Lust haben, zu reisen, neue Kontakte zu knüpfen, selber beizutragen mit Ideen, die europäischen Filmförderprojekte, die verschiedenen Bildungsprogramm, die sind dazu da. Wo kommt Kontakt zustande, dann ist das Interesse für den Kulturbereich groß.

Person 1: AV Da war es sicherlich auch förderlich, dass das Parlament mit einer Stimme gesprochen hat. Wahrscheinlich ist das die Voraussetzung dafür, dass die Journalisten die Arbeit mehr würdigen.

Person 2: SPO Es gibt beides. Also einerseits wollen die Journalisten auch sehen, welche parteipolitischen Auseinandersetzungen es im Europaparlament gibt. Sie wollen sehen, dass das ein ganz normales Parlament ist wie auch nationale Parlamente. Aber wenn es eine klare Mehrheit gibt – einstimmig ist das ja nicht – im Konflikt mit dem Rat oder der Kommission, dann ist das natürlich für Journalisten interessant, weil dann das Parlament als Institution eine besondere Rolle spielt.

Person 1: AV Jetzt habe ich einen Fernsehbeitrag von Ihnen gesehen. Können Sie kurz schildern, wie das zustande gekommen ist? Ist das Fernsehen auf Sie zugekommen, oder...

Person 2: SPO Das war natürlich ein Thema, das die Journalisten sehr interessiert, und in diesem Fall ist der Sender auf uns zugekommen. Daraufhin hatte ich noch ein weiteres Interview mit einem anderen Sender.

Person 1: AV Also bei diesem Thema besteht ganz großes mediales Interesse. Jetzt waren Sie ja auch lange Zeit in einem Landtag. Können Sie bitte einen Vergleich ziehen zwischen den Journalisten, mit denen Sie dort zu tun hatten und den Journalisten in Brüssel?

Person 2: SPO Im regionalen Bereich war das immer ein geteiltes Interesse für die fachlichen Themen und den handelnden Personen. Hier in Brüssel spielt die Person die geringere Rolle. Sondern es geht viel mehr um die Themen, welche Koalitionen es bei den Themen im Parlament gibt, und es geht immer um die Frage, wo ist die Schnittstelle zwischen der europäischen und der nationalen Wahrnehmung. Und von daher gibt es doch einen relativ

großen Unterschied zwischen dem wie die Journalisten regional arbeiten und dem Helikopterblick, den die Journalisten in Brüssel haben.

Person 1: AV Sind das dann Journalisten vom Fach, die sich spezialisiert haben?

Person 2: SPO Ganz unterschiedlich. Die Korrespondenten, die hier sind, die müssen eigentlich ganz viele Themen bespielen und dann gibt es aber Fachmagazine, die bestimmte Fokusse auf Themen haben. Aber ansonsten haben sie diesen Umbrellablick, die verweisen dann auf Kollegen, die das Thema besonders interessiert oder nehmen Kontakt zu Kollegen aus der Region auf.

Person 1: AV Ist es Ihnen in ihrer nationalen Region schon passiert, dass die Journalisten schon eine vorgeprägte Meinung haben? Und das dann auch in ihrer Berichterstattung durchschlägt?

Person 2: SPO Ja, generell würde ich sagen, dass das so der Trend ist, dass die Journalisten, mit denen ich in meiner Region zu tun hatte, dass die klarer sind in der politischen Linie. Dass eine Zeitung eher für das bürgerliche Lager schreibt und kommentiert. Und dass das hier in Brüssel doch offener ist und es immer auch darum geht, die Funktionsweise der europäischen Union zu erklären und was das gemeinsame europäische Interesse ist. Aber bei bestimmten Korrespondenten kann man schon eine deutliche politische Handschrift erkennen. Und die ist dann doch auf der Seite der deutschen Bundesregierung.

Person 1: AV Wie hat sich Ihre politische Öffentlichkeitsarbeit geändert? Zwischen der regionalen Tätigkeit und der jetzigen auf europäischer Ebene?

Person 2: SPO Wir versuchen jetzt bestimmte Themen eben auch in anderen Ländern mit unterzubringen. Insbesondere in der Haushaltspolitik. Da haben wir auch Pressearbeit im englisch sprachigen und französisch sprachigen Raum gemacht. Jetzt versuchen wir vor allem, die Themen, die wir hier bearbeiten so aufzubereiten, dass wir dann auch in nationalem Kontext Interesse wecken können.

Person 1: AV Hat die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit in Ihrer jetzigen Position eher zu oder abgenommen? Im Sinne davon, dass Sie mit Ihren politischen Themen auch durchdringen.

Person 2: SPO Die Arbeit ist wirklich so entschieden anders. In der Region ist die Verfolgung durch die Presse der einzelnen Themen und Personen einfach näher. Hier muss man proaktiver sein, man muss viel mehr tun für die Öffentlichkeitsarbeit. Hier muss man viel mehr auf Journalisten zugehen und dafür sorgen, dass ein bestimmtes Interesse geweckt wird.

Person 1: AV Dann lassen Sie es mich noch einmal anders formulieren: inwiefern trägt Ihre gute Öffentlichkeitsarbeit dazu bei, dass Sie mit Ihren Themen und Ihren Forderungen in Ihrer Fraktion aber auch in Ihren Ausschüssen durchkommen. Oder ist die Materie doch so komplex, dass

Person 2: SPO Nein, unsere Öffentlichkeitsarbeit z.B. bei der Frage dass Studierende höhere Stipendien kriegen müssen und dass auch Auszubildende in den Genuss von Erasmus kommen müssen, das haben wir medial stark untergebracht und das u.a. dazu geführt, dass der Etat für das Erasmusprogramm um 40% gestiegen ist und genauso war das für das

Kulturprogramm dass, wir immer argumentiert haben, wenn man wirklich will, dass Menschen in Kontakt kommen, und dass verstanden wird, dass die europäische Union einen großen kulturellen Schatz hat, da hat die große mediale Verstärkung in diesem Bereich auch mit dazu beigetragen, dass dieses Programm eine größere Wertschätzung erfährt und auch eine gewisse finanzielle Aufwertung. Da ist zwar immer noch viel zu tun, das wird dann die zukünftige Arbeit sein, aber da hat die mediale Unterstützung die Durchsetzung vor Ort erleichtert.

Person 1: AV Finden Sie Ihre politische Arbeit genügend beachtet in der Heimat-Berichterstattung?

Person 2: SPO Da kann man sich immer noch mehr wünschen. Ich habe jetzt eine neue Korrespondentin und diese Zusammenarbeit muss noch richtig ausgebaut werden.

Person 1: AV Schätzen die Journalisten die Arbeit der Beamten mehr wert als die der Abgeordneten? Welche Bedeutung messen die Journalisten der Arbeit der Abgeordneten bei?

Person 2: SPO Die Journalisten haben schon ein großes Interesse an der Arbeit der Abgeordneten, weil sie wissen, dass sie darüber an Informationen kommen und auch an Einschätzungen eines politischen Prozesses, die sie aus den anderen Institutionen nicht kriegen können. Die Medienpräsenz der Abgeordneten ist ja sehr unterschiedlich. Es hängt auch davon ab, welche Themen gerade große Konjunktur haben. Alle Fragen des Finanzmarktes sind gerade unheimlich im Vordergrund. Aber die Journalisten melden sich auch direkt zu bestimmten Themen. Die wissen dann auch, an wen sie sich wenden können. Das schätzen sie auch, weil sie wissen, dass sie sich auf den Background des Abgeordneten verlassen können.

Person 1: AV Denken Journalisten, dass Abgeordnete zugänglicher und somit eine gute Quelle sind?

Person 2: SPO Ja, das glaube ich schon, weil sie ja auch wissen, dass die Abgeordneten eine ganz besondere Funktion haben. Dass sie einerseits die Fachthemen bearbeiten aber auch das Interesse haben, das zu vermitteln, was sie da tun – noch mehr als die Kommission. Deswegen wenden sie sich auch direkt an uns, weil sie darüber Einschätzungen kriegen können, die besonders sind. Und die auch anders sind als das, was sie aus der Kommission erfahren.

Person 1: AV Gleichzeitig ist aber auch bekannt, dass das Parlament zu wenig gewürdigt wird in der Berichterstattung auch gerade im Vergleich zur Kommission und zum Rat.

Person 2: SPO Ja, da ist auch immer noch was dran. Wenn man mal bei so einem Ratsgipfel gewesen ist, dann merkt man total, man kann es richtig körperlich spüren, dass die Journalisten den Rat, die Regierungschefs viel ernster und wichtiger nehmen als die Parlamentsvertreter. Deswegen ist unser Begehren immer noch, dass das Parlament in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen wird und es klar gemacht wird, dass es ohne das Parlament ja auch keine neuen Gesetze gibt. Und immer wenn wir mit Journalisten zusammen sitzen, weisen wir darauf hin, ihr müsst immer wieder Europa Berichterstattung machen und vor allem müsst ihr das in den regionalen Medien vor Ort machen, weil viele Leute, gerade auch in Deutschland die Zeitung vor Ort lesen, also muss Europa da immer eine Rolle spielen, damit es in die alltägliche Wahrnehmung eingeht.

Person 1: AV Wie könnte da das Europa Parlament aktiver eine Kommunikationsstrategie betreiben? Oder ist es da komplett abhängig von den Journalisten?

Person 2: SPO Das eine ist, dass man immer wieder darauf hinweisen muss, dass die Journalisten interessiert sein müssen. Das macht man z.B. zusammen mit dem Verband der deutschen Zeitschriftenverleger, wo man dann immer wieder sagt, ihr müsst Europaberichterstattung machen. Und dann machen wir natürlich unsere eigenen Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit über das Netz, über Broschüren, über Veranstaltungen. Das sind dann die anderen Teile der Öffentlichkeitsarbeit.

Person 1: AV Würden Sie sagen, dass der Konsens, der zwischen den großen Parteienfamilien herrscht eher schädlich ist, weil es dann keine mediale Zuspitzung gibt?

PERSON 2: SPO Im Prinzip ist das so, dass dieser Konsens der großen Koalition nicht dazu führt, dass es prägnanter wahrgenommen wird, deswegen ist es ja auch oft so, dass wenn es eine andere Mehrheit gibt an einem Konflikt gegen den Rat. Das sind ja dann Mehrheiten, die sich herstellen durch diese de Facto große Koalition. Das wird dann natürlich in der Öffentlichkeit mehr wahrgenommen.

Interview mit ULT

Mitglied des Europäischen Parlaments, am 30.04.2015, Straßburg

Gesprächsdauer 32 Minuten

Person 1: AV Sie sind 2014 neu ins EP gewählt worden. Als erstes würde mich interessieren, wie Sie ihren Kontakt zu Journalisten beschreiben würden?

Person 2: (ULT) Bisher war es so, das vornehmlich über die Fraktionstreffen mit den Journalisten (Presse Jour Fix), das man sich da gegenseitig erstmal kennen gelernt hat. Jetzt beginnt die nächste Phase, wo ich viele Hintergrundgespräche absolvieren will. Das habe ich vorher nicht gemacht, weil ich glaube das es schon wichtig ist das man selbst genau bestimmt, was man eigentlich zu sagen hat dem Journalisten. Aber es geht jetzt darum, den Kontakt zu intensivieren und weiterauszubauen.

Person 1: AV Wie viele Journalisten kommen zu den Presse Jour-Fix Terminen?

Person 2: (ULT) Das ist verschieden. Das ist Systemabhängig. Also bis zu 15 Leuten. Das sind deutsche Journalisten die hier in den Brüsseler Büros arbeiten von Rundfunk und Fernsehmedien bis hin zu den großen Tageszeitungen oder die Leute die für mehrere kleinere oder regionale Tageszeitungen arbeiten die dort also regelmäßig zusammensitzen.

Person 1: AV Sind auch die SPD Pressesprecher der Fraktionen ihnen eine Hilfe bei dem Aufbau eines Netzwerks mit Journalisten für zukünftige Hintergrundgespräche?

Person 2: (ULT) Sicherlich können sie eine Hilfe sein, aber im Wesentlichen wird das mein Büro selber machen. Pressesprecher sind vor allem dafür da, die Nachrichten die die Gruppe

hat zu verkaufen. Und Hintergrundgespräche sind ja nicht immer sofort Nachrichten die man verkaufen will, sondern da geht es um Einschätzungen, politische Grundlinien und solche Fragen.

Person 1: AV Jetzt waren Sie auch sehr lange in ihrem im Senat ihres Stadtstaates und dort auch als Minister tätig, können Sie da Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei den Journalisten aus der Zeit im Senat und jetzt in Brüssel feststellen?

Person 2: (ULT) Was ein ganz gravierender Unterschied ist das man da sich regelmäßiger zu verschiedenen Anlässen trifft. Weil das alles auf kleinerem Raum geschieht und man alle Medien zusammen hat. Über die Jahre hat man da intensiven Kontakt mit vielen Journalisten. Und das ist hier anders und das wird es nie so geben. Das man auf persönlicher Ebene so viel Kontakt hat. Die zweite Sache ist das die Themen ganz anders strukturiert sind. Hier geht es stärker um fachliche Themen. Meine Heimatregion war immer eine Mischung aus politisch-persönlichem und eben auch sachlichen Themen was hier in Brüssel nicht so eine große Rolle spielen wird.

Person 1: AV Denken Sie dass die Journalisten aus ihrer Heimatregion mehr politisch „eingefärbt“ sind, also eine dezidierte politische Haltung haben?

Person 2: (ULT) Also ich kenne keinen Journalisten der keine politische Meinung hat. Dann unterscheiden sich aber gute Journalisten von nicht so guten Journalisten ob sie versuchen ordentlich zu recherchieren und nicht neutral zu berichten, das kann kein Mensch, aber so zu berichten, dass der Leser oder der Zuhörer, sich selbst daraus ein Bild machen kann. Das haben wir in meiner Heimatregion, da haben wir einige Flachpfeifen, die das nicht drauf haben, aber es gibt auch viele Journalisten aus meiner Heimatstadt, die auch trotz Sympathien zu meiner Partei Gegensachen geschrieben haben weil es eben sachlich aus ihrer Sicht geboten war. Es darf auch nie eine zu große Nähe zwischen Journalisten und Politikern geben.

Person 1: AV Seit dem Sie im EP sind, haben Sie da weniger Kontakt mit Journalisten aus ihrer Heimatregion und darf ich Sie bitten auch einzuschätzen, welche Gruppe von Journalisten zukünftig wichtig für Ihre Arbeit sein wird.

Person 2: (ULT) Was sich geändert hat, es sind natürlich nicht mehr die Lokaljournalisten mit dem man vorher zu tun hatte die relevant sind, sondern es sind jetzt die überregional berichtenden Journalisten relevant, der lokale Fernsehsender aus meiner Region, der sehr stark regionalfixiert ist, weil die Bundessachen die ARD selbst macht oder andere große überregionale Sender dafür zuständig sind. Sodass sich dadurch eine Verschiebung ergeben hat.

Person 1: AV Sie sind in zwei Fachausschüssen. Wie gehen Sie mit der Presse um bei der Vermittlung Ihrer eigenen Positionen in den Ausschüssen?

Person 2: (ULT) Die Frage ist mit welcher Strategie man die politischen Positionen in die Öffentlichkeit bringt. Ich bin nicht jemand der sagt, die Hauptsache ist dass ich derjenige bin, der die Positionen verkündet. Bei dem zurzeit sehr populären Thema TTIP ist das eben so, dass mein Kollege, der schon sehr viel länger im EP ist, für unsere Fraktion spricht. Da gibt es eine Hierarchie, und das finde ich auch gut und in Ordnung so, dass er dann in unserem Namen zu dem Thema spricht. Noch dazu, weil ich ihm inhaltlich voll zustimme. Der Vorteil ist, dass TTIP eine hohe Relevanz in den Mediendebatten hat. Weil immer dann wenn eine direkte Betroffenheit von der Bevölkerung da ist, dann wird eher berichtet über Brüsseler Entwicklungen oder eben große politische Auseinandersetzungen. Da gibt es Vorteile für

mich in der Öffentlichkeitsarbeit, weil es eben die angesprochene hohe Relevanz gibt. Der Vorteil ist aber nicht überragend, weil eben mein Kollege für die Fraktion spricht.

Person 1: AV Würden Sie sagen, dass den Leuten die hohe Bedeutung der in Brüssel getroffenen Entscheidungen bewusst?

Person 2: (ULT) Die Themen werden dann relevant, wenn sich die Bevölkerung davon betroffen fühlt. Und dann kriegen die Leute mit, dass Verhandlungen stattfinden. Aber dass im Lissaboner Vertrag drin steht, dass am Ende das Europäische Parlament die Entscheidung hat, ob das Abkommen ratifiziert wird oder nicht, das ist sicherlich den wenigsten Menschen bewusst. Weil in Demokratien denken die Menschen nicht vornehmlich in Zuständigkeiten sondern in politischen Fragen und da wird dann zugestimmt oder protestiert

Person 1: AV Wo sehen Sie die Herausforderungen für erfolgreichen EU-Journalismus?

Person 2: (ULT) Sich in nationale Debatten einzuklinken. Weil nach wie vor - so habe ich den Eindruck - in öffentlichen Debatten überregionale Themen als nationale Probleme wahrgenommen werden. Unabhängig davon ob sie schon längst auf der europäischen Ebene sind oder nicht. Die Medienlandschaft ist nach wie vor national dominiert. Wobei es schon die Entwicklung gegeben hat, das nationale Medien viel stärker über überregionale Fragen informieren und berichten als es vorher der Fall war. Aber die Herausforderung ist die Verschränkung von nationalen und europäischen Handlungsstrategien, und die politischen Verantwortlichkeiten und Probleme klar herauszuarbeiten. Das wäre die zentrale Herausforderung. Da sind wir aber noch am Anfang.

Person 1: AV Können Sie dem zustimmen, dass es eine Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten gibt?

Person 2: (ULT) Europäisierung in dem Sinne, dass begriffen wird das viele Probleme die im Zentrum der nationalen Debatten stehen im nationalen Rahmen nicht mehr lösbar sind. Sonder das dies zumindestens ein Zusammenwirken von verschiedenen Mitgliedsstaaten erfordert oder sogar selbst schon vollständig in der Kompetenz der EU sind. Eine Europäische Öffentlichkeit, dazu sind die verschiedenen Lebenslagen in den verschiedenen Mitgliedsstaaten viel zu unterschiedlich, als dass das im umfassenden Sinne möglich wäre.

Person 1: AV Welche Europäische Institution sehen Sie in der Hauptverantwortung diese Entwicklungen für dieses Bewusstsein voranzutreiben?

Person 2: (ULT) Alle. Das Parlament muss da seine Rolle stärken. Das betrifft vor allem die Frage, wie präsent sind die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen. Und zwar wie können sie sein. Da haben wir zum Beispiel die absurd vielen Sitzungswochen, die dem gegenüberstehen. Aber es sind natürlich auch die Kommission, die entsprechend über ihre Beweggründe ihre Öffentlichkeitsarbeit machen muss, aber natürlich auch die nationalen Regierungen, die ja häufig dazu neigen, zu sagen, alles schlechte haben die Brüsseler verbochen und alles gute waren Erfolge der nationalen Politik - häufig noch im Kampf gegen Brüssel. Da brauchen wir eine ehrlicheren Umgang der nationalen Regierungen. Aber ich glaube dass das in Zukunft immer mehr der Fall sein wird.

Person 1: AV Wie schaffen Sie es möglichst präsent in ihrem Wahlkreis zu sein?

Person 2: (ULT) In dem man versucht Donnerstags, Freitags, Samstags und Sonntags verschiedene Termine wahr zu nehmen. Ich habe den Vorteil, dass ich einen geographisch sehr kleinen Wahlkreis habe.

Person 1: AV Wie sehen sie die Zusammenarbeit zwischen den Funktionären und den EU-Journalisten?

Person 2: (ULT) Es darf in dem Sinne keine Zusammenarbeit geben. Zusammenarbeit verstanden als etwas "Wir machen uns gemeinsam Gedanken wie wir die Berichterstattung hoch bringen." Die Journalisten haben kritisch über Vorgänge hier in Brüssel zu berichten. Sowas widerspricht der Formulierung einer Zusammenarbeit. Zusammenarbeit kann man nur in dem Sinne verstehen, das man regelmäßig ein Austausch hat. Aber nicht in der Frage wie berichten wir über etwas, sondern in der Frage was machen wir hier.

Person 1: AV

Person 2: (ULT) Bei den Journalisten gibt es eine Form von pro-europäisch die ich für äußerst kritisch halte. Die ich hier früher sehr häufig wahrgenommen habe. Die Auffassung es ist die Hauptsache es wird "europäisch" gemacht, dann ist alles gut. Das halte ich für problematisch. Weil es auch völlig am gesellschaftlichen Bewusstsein vorbei geht und gesellschaftlichen Problemlagen. Pro-europäisch, wenn damit gemeint ist, das letztendlich ist es die europäische Integration ein historischer Fortschritt, das es sich lohnt, diesen Fortschritt zu bewahren wenn das pro-europäisch ist, dann befürworte ich das. Es gibt viele Sachen was aus Sicht aus Brüssel als sehr segensreich für die Menschheit angesehen wird, wo sich bloß jeder in einer normalen Stadt fragt was soll das. Was trägt diese europäische Maßnahme wirklich zur gesellschaftlichen Problemlösung bei. Aber wie gesagt, es gab früher sehr viele "pro-Europäer" die das manchmal verwechselt haben.

Person 1: AV Wie würden Sie sich einen "guten EU-Journalismus" vorstellen?

Person 2: (ULT) Ein guter EU Journalismus muss darstellen, welchen Anteil hat die Europäische Union an bestimmten Gesetzesvorhaben, den Versuch gesellschaftliche Problemlösung, das zu verbinden mit der Frage welche politischen Linien und Grundauffassungen stehen eigentlich hinter bestimmten Problemlösungen. Damit dann auch darzulegen, welche gesellschaftlichen Interessensgruppen profitieren oder haben Nachteile von bestimmten Regelungen. Das man darüber eine aufgeklärte Öffentlichkeit befördern kann. Wo die Menschen verstehen warum etwas so ist und damit dann eben auch die Möglichkeit haben ihre eigenen Interessen vertreten zu können oder zu sagen, so wollen wir das gar nicht.

Person 1: AV Sie waren vor ihrem Einzug ins EP im Senat und auch Minister. Können Sie einen Vergleich ziehen, wie wichtig ihre Öffentlichkeitsarbeit im Landtag war und wie wichtig Sie ihnen heute erscheint?

Person 2: (ULT) Wichtig ist es in beiden Bereichen. Es wird hier im EP wohl eine größere Bedeutung haben. Weil als Landesminister wurde das natürlich von der Presseabteilung gemacht. Weil es kommt immer darauf an, das man die eigenen politische Maßnahmen möglichst gut vermittelt. Da gibt es viele Mittel. Da gibt es Veranstaltungen bis hin zu Presseerklärungen. Das ist immer wichtig, weil Politik kann nicht losgelöst von gesellschaftlichen Diskursen arbeiten und das muss immer gefördert werden. Aber Abgeordnete habe ganz andere Rollen als Landesminister wird das hier eine größere Arbeit sein. Bis hin zu ganz banalen Sachen. Wenn man will das meine Partei bei der nächsten Wahl gewählt wird, dann muss man auch deutlich gemacht haben, was wir hier getan haben. Auch für die Durchsetzung unserer Positionen brauchen wir gesellschaftliche Mehrheiten und die müssen wir durch gute Öffentlichkeitsarbeit organisieren. TTIP wird nicht deswegen so kritisch diskutiert, weil es 10 Abgeordnete gegeben hat, die das nicht wollten, sondern weil es massive Proteste in der Bevölkerung gab. Deswegen braucht man immer eine Öffentlichkeit. Auch als MEP, wenn man effektiv wirken will.

Person 1: AV Was für eine Rolle spielt der Journalismus für das Projekt EU?

Person 2: (ULT) Eine sehr große. Den eine Vertiefung der Europäischen Integration ist nicht möglich ohne einer gesellschaftlichen Zustimmung. Dafür brauchen wir eine gesellschaftliche Debatte, wo die Medien eine Herausragende Rolle spielen.

Person 1: AV Was für europäische oder nationale Informationssendungen verfolgen Sie?

Person 2: (ULT) Ich lese den Pressespiegel, ansonsten ist meine Zeit zu sehr begrenzt, dass ich regelmäÙig Informationssendungen noch anschauen könnte.

Interview mit UOP

Mitglied des Europäischen Parlaments am 29.04.2015, StraÙburg

Gesprächsdauer 32 Minuten

Person 1: AV Wie beurteilen Sie ihren Kontakt mit den Journalisten in Brüssel?

Person 2: (UOP) Also das ist halb-halb Reaktion auf Presseerklärungen und dann gezielte Nachfragen von Journalisten. Von da ausgehen gibt es ganz unterschiedliche Erfahrungen und Herangehensweisen von Journalisten. Eines ist handwerklich: Je mehr es mir gelingt, mit einem präzisen Zitat eine Situation zu beschreiben, umso besser wird sie anschließend transportiert. Das ist journalistisches Handwerk.

Es gibt aber auch immer wieder Nachfragen an mich, die mit dem Bereich meiner parlamentarischen Tätigkeit zu tun haben, die darauf abzielen wie verhält es sich im Allgemeinen mit den Finanzen der EU und meine Erfahrung, das ist ein bisschen frustrierend, mit Journalisten ist dann die, dass sie eigentlich immer auf der Suche nach der blutigsten und auch knalligsten Geschichte sind. Also sie haben eine vorgefasste Meinung, vielleicht glauben sie auch, dass ihr Publikum das hätte, und sie suchen Bestätigung für diese vorgefasste Meinung und einer der gegen diese Geschichte bürstet fällt dann eigentlich raus. Den es wird einer gesucht, der die Meinung bestätigt und das möglichst knallig macht. Das führt dann dazu, dass einige mit mir den Erstkontakt suchen, dann aber mich im Artikel oder Fernsehbeitrag nicht erwähnen. So kommt dann das etwas knalligere Zitat von einem Kollegen rein.

Es gibt einen kleinere Gruppe von Journalisten, die mich als den etwas gesitteteren kennengelernt haben und das auch seriöser finden. Da ist es dann allerdings immer so, dass wenn die Hürde genommen ist, es noch einen zweiten Filter gibt, nämlich die Zentralredaktionen. Diese Zentralredaktionen sind meistens in Deutschland – die Ausnahme ist die ARD Redaktion in Brüssel. Da hast du dann nochmal dieselbe Situation. Die sagen dann, ja wie, was erzählt der den da, das habe ich noch nie gehört, das haben unsere Leser bisher immer anders gelesen und dann wird das geschmissen. Das frustriert ein bisschen. Ist aber Teil des Problems welches wohl nur sehr langsam verschwinden wird. Das zeigt welche dicken Bretter wir durchbohren müssen.

Person 1: AV Können Sie Vergleiche ziehen zwischen den Journalisten mit denen sie in Brüssel zu tun haben und den Journalisten aus ihrem Heimatwahlkreis?

Person 2: (UOP) Im Heimatwahlkreis ist es ganz schwer. Es ist von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Durchgängig haben sie von Europa alle keine Ahnung. Und wenn ich jetzt die drei großen Städte aus meinem Zuständigkeitsbereich herauspicke, da ist die Situation in jeder Stadt unterschiedlich obwohl es die gleiche Zeitung ist. Sie haben die Redaktionen zusammengelegt und tauschen teilweise Artikel untereinander aus. Es ist sozusagen die gleiche Firma. Lokalredaktion Zeitung X ist sehr aufgeschlossen für europäische Themen, wenn sie einen lokalen Niederschlag finden. Da komme ich ganz gut rüber. Zeitung Y ist völlig uninteressiert und hat keinen Plan. Die habe ich im Wahlkampf mehr oder weniger gezwungen ein Interview mit mir zu machen. Dann haben sie mir schriftliche Fragen geschickt, von denen eigentlich jede im Subtext sagte: „Warum muss ich mich jetzt mit dir Arschloch mit diesem Scheißthema auseinandersetzen und lass mich doch bloß in Ruhe“. Warum sollen die Bürger aus Stadt X ein Parlament wählen, was nichts zu sagen hat, was haben wir den in der Stadt X von der EU und denen habe ich dann richtig das Maul gestopft. Ich habe kurz über diese Unverschämtheit nachgedacht, soll ich den kurz anrufen und anschreien? Nein bringt nichts. Soll ich die Antworten verweigern? Nein, ich will ja Wahlkampf machen. Also habe ich geantwortet und habe die ganze Zeit Projekte in der Stadt X aufgeführt und dann in meinen Antworten reingeschrieben ich kann auch noch weiter machen aber so viel Platz haben sie nicht. Und die andere Frage, dass das EU Parlament nichts zu sagen hat, habe ich folgendermaßen beantwortet: Ich habe zwei gute Nachrichten für sie. Erstens sind wir seit dem Vertrag von Lissabon sind wir in allen Binnenmarktsangelegenheiten Co-Gesetzgeber und zweitens auch für Journalisten mit zweiter Bildung. Also das war gegenseitig eine geringe Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Und die Zeitung aus meiner Heimatstadt, da ist es ganz besonders schwer. Die haben in beiden Redaktionen so eine Herangehensweise dass sie sagen, nur Themen aus unserer Stadt. Also wenn ich eine Bürgerstunde anbiete, dann drucken sie es. Wenn ich eine wichtige Entscheidung in Brüssel fälle und ich das denen kommunizieren will, dann verweisen die auf die Brüsseler Redaktion. Aber die ist schon fast gar nicht mehr da. Als ich damals 2009 kam, hatte das Büro in Brüssel noch 3 Journalisten am Standort. Heute ist es noch 1. Und der ist nur noch da, weil er ein Arbeitsprozess gewonnen hat. Die Journalisten in Brüssel allerdings haben ein sehr hohes Fachwissen. Die haben aber teilweise das Problem, ihre News den Redaktionen in Deutschland zu „verkaufen“. Das führt immer dazu, dass ein Brüsseler Journalist eine Geschichte macht, weil er die interessant findet, die dann aber in Deutschland aus dem Blatt fliegt.

Person 1: AV Bei welchen Gelegenheiten treffen Sie Journalisten mit denen sie zusammenarbeiten und wie häufig?

Person 2: (UOP) Ich treffe die Journalisten vor allem während den monatlichen Presse Jour Fix. Da gehe ich regelmäßig hin, da ergibt sich an der Seite schon mal das ein oder andere Gespräch wo man dann Themenideen setzen kann, die dann Früchte trägt oder nicht. Und sonst schreibe ich Pressemitteilungen und die finden entweder einen Widerhall oder nicht. Oder die andere Seite hat eine Idee für eine Geschichte und fragt in meinem Büro an. Bis jetzt habe ich nur ein einziges Pressefrühstück gemacht und auch sonst habe ich noch keine Journalisten in mein Büro zu Hintergrundgesprächen eingeladen. Das liegt aber vielleicht auch eher an meinen Themen.

Person 1: AV Es wird oft gesagt, dass die Europäische Union schwer kommunizierbar ist. Was müsste ihrer Ansicht nach in der Berichterstattung geändert werden?

Person 2: (UOP) Also ich habe keine Probleme den Leuten zu sagen wie die EU funktioniert. Ich glaube das ist eine self-fulfilling prophecy zu behaupten das das schwierig ist und weil das so schwierig ist muss man nicht darüber reden. Ich habe jeden Monat eine Besuchergruppe,

meistens ganz normale Leute von der Straße und ich habe überhaupt keine Probleme denen zu erklären was wir hier tun. Wenn man aber natürlich immer versucht es immer so rum zu machen dass man sagt was macht den jetzt Brüssel was Berlin nicht mehr macht, oder wie ist den jetzt ganz genau die institutionelle Zusammenwirkung zwischen nationaler und europäischer Ebene, dann stellt man sich selber schon ein Bein. Ich sage immer, wir machen nicht alles, wir machen das was im EU Vertrag steht, das machen wir aber alleine, und das EU Parlament macht in diesen Fällen die EU Gesetzgebung und stellt den Haushalt auf. Das erkläre ich in 5 Sätzen und jeder versteht das. Also diese Menschen die immer sagen Brüssel ist so weit weg, entweder wollen die nicht und oder können die nicht und beides ist ein Armutszeugnis für Journalismus. Wenn ich jetzt aber in einer Zeitung wieder Zeit lese, dass die nicht mehr den Europarat und den Rat aus Brüssel nicht mehr sauber trennen können, dann läuten bei mir die Alarmglocken. Damit geht es los, die wenigsten haben wirklich begriffen wofür die Europäische Union da ist. Und das gilt wie gesagt nicht für die Brüsseler Journalisten, aber für jemanden der in Deutschland ist und über Brüssel schreibt, der macht manchmal wirklich groteske Fehler.

Das verbessert natürlich nicht das Durchschnittswissen in der Bevölkerung über die EU.

Person 1: AV Die aktuelle Situation der EU Berichterstattung, ist die zufriedenstellend?

Person 2: (UOP) Die aktuelle Situation ist nicht zufriedenstellende, aber besser geworden. Ich mache das immer an konkreten Dingen fest. Im letzten Europawahlkampf, als der SZ Redaktionsleiter im Internetvideo sagt, wir hätten unseren Lesern vielleicht öfter mal sagen sollen, was in Brüssel los ist, dann sehe ich da eine gewisse Form von Selbstreflexion einsetzt. Das also nicht mehr ausschließlich die Geige in den Hauptstädten spielt sondern wichtige mindestens hohe Entscheidungen tatsächlich in Brüssel fallen die zu Hause im Bundestag nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Das ist ein Wissenstand der für uns alltäglich ist, sich aber wirklich in den höchsten Redaktionstuben in Deutschland nur ganz langsam und stückchenweise durchsetzt. So jetzt kann ich immer nur sagen, ich gucke mir die Europapolitik schon lange an und das war schon mal alles viel schlimmer. Also insofern ist es von ganz ganz schlimm zu schlimm, aber es ist immer noch nicht gut.

Person 1: AV Gibt es Konkurrenz zwischen Brüsseler und Berliner Journalisten?

Person 2: (UOP) Das weiß ich nicht. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich die Berliner Journalisten für den Nabel der Welt halten und das was wir hier machen für sie eine Relevanz hat so ungefähr wie die Entschlüsse des UN Sicherheitsrats. Das ist so. Wenn man Hauptstadtjournalist ist und in drei Hintergrundzirkel von Bundesminister verkehrt die meistens auch eine sehr dezidierte Meinung haben über den Brüsseler Politikbetrieb, dann hat man das Gefühl man kann ignorieren was hier stattfindet. Ich beneide die Brüsseler Journalisten nicht, weil die teilweise schon wissen was in der EU passiert und es ihnen aber nicht gelingt ihre eigene Arbeit angemessen in ihren Blättern unterzubringen, weil sie eben auch durch diesen Filter oder Brässigkeit der Hauptstadredaktionen durch müssen.

Person 1: AV Was verstehen Sie unter Öffentlichkeitsarbeit? Was für Mittel setzt du ein?

Person 2: (UOP) Presseerklärungen macht meistens der Assistent für den Zuständigkeitsbereich. Darüber hinaus kommuniziere ich eigentlich nur über meine Internetseite und da mache ich einen Video-Podcast. Der kommt dann auf meine Webseite und in den Sozialen Medien. Da mache ich relativ viel, es gibt zwei Facebook Seiten und einen Twitter Account.

Person 1: AV Wie schätzen Sie das ein, inwieweit trägt eine gute Öffentlichkeitsarbeit für ihren zukünftigen politischen Erfolg bei?

Person 2: (UOP) Also die direkte Kommunikation mindestens in den Funktionärskörper meiner Partei trägt dazu bei, dass die besser verstehen was ich tue, trägt dazu bei dass die sehen welche Entscheidungen hier fallen in Angelegenheiten die für sie wichtig sind. Eben jetzt aktuell die Flüchtlingssituation, oder TTIP, oder wichtige Konsumentenfragen. Das trägt dazu bei, dass die sagen a) wir haben einen Abgeordneten der macht einen guten Job und b) das lohnt sich im Europawahlkampf für den und die Sache was zu tun. Also, mein Facebook Account wird sicherlich mehrheitlich von Leuten verfolgt, die aus meiner Partei kommen. Deswegen mache ich da ein bisschen permanenten Wahlkampf für mich selber. Aber das trägt Früchte, das spüre ich schon, dass die Leute nicht wie früher bei ihren Europaabgeordneten das Gefühl haben, den haben wir jetzt gewählt, jetzt sehen wir ihn 5 Jahre bis zur nächsten Wahl nicht wieder, sondern dass sie das Gefühl haben, mitverfolgen zu können was ich tue und auch was noch wichtiger ist, welche Relevanz die Entscheidungen haben. Da lege ich auch großen Wert darauf, das weiter zu verfolgen, weil das sind meine Multiplikatoren, die am Ende auf der Straße für unsere Positionen sprechen. Und vor den Wahlen für die Partei Wahlkampf machen. Es trägt dazu bei die ungeheure Medienbrässigkeit ein Stück weit zu unterminieren, weil eine gute Europageschichte ist meistens eine knallige Europageschichte. Und die Knallig sind meistens falsch. Wenn du also über die Social Medias gleich widersprechen kannst, dass das was in der Bild Zeitung steht das glatte Gegenteil ist von dem was in der Richtlinie steht. Es ist eine Art Guerrilla Kommunikation die dieses aus Brässigkeit oder Unwissen oder Sensationslust oft schräge bis falsche Bild der Europäischen Union ein bisschen gerade zu rücken.

Person 1: AV Haben Sie viel Kontakt mit Hauptstadt-Journalisten?

Person 2: (UOP) Kaum. Also ich bin mit einem persönlich befreundet. Da kommt ab und zu Mal eine Nachfrage rüber. Aber die Hauptstadt-Journalisten interessieren sich für meine Themen bisher gar nicht.

Person 1: AV Wie laufen die Hintergrundgespräche mit Journalisten ab, mit denen Sie ein Vertrauensverhältnis pflegen?

Person 2: (UOP) Viele arbeiten so, dass sie eine Themenidee haben und mich dann anrufen für ein erstes Hintergrundgespräch. Da betreiben sie dann Recherche und fragen mich allgemein, wie ich das Thema einschätze und sehe. Die Journalisten haben eine bestimmte Idee und dann kläre ich mit denen das ich erst Mal im Hintergrund mit denen rede um ihnen einfach die Szenerie auszuleuchten und dann einigen wir uns was für Zitate ich freigebe. So ein Gespräch ist 70Hintergrund und 30 die gedruckt werden. Es gibt aber auch Journalisten, die kommen auf mich zu mit den Worten: "Der Mann/Frau von der konkurrierenden Partei hat das gesagt, jetzt brauche ich auch noch ihre Stellungnahme." Dann hast du 100% Zitat.

Person 1: AV Herzlichen Dank.

Interview mit VOL

Mitglied des Europäischen Parlaments am 21.05.2015, Straßburg

Gesprächsdauer 20 Minuten

Person 1: AV Wie haben Sie Ihre Öffentlichkeitsarbeit in Ihrer Partei organisiert?

Person 2: VOL Ich bin als Koordinator in meinem Fachgebiet organisiert. Und damit bin ich in der Fachpresse drin. Und damit habe ich einen europaweiten Bekanntheitsgrad, weil ich sehr oft erwähnt werde, das hängt damit zusammen, dass wenn hier Diskussionen zu meinem Thema und wenn der zuständige Kommissar hier ist, dann hat immer der Sprecher der größten Fraktion das erste Rederecht und die Journalisten schreiben von ihm und vom 10. Sprecher kommt nichts mehr. Und als Sprecher stehe ich da in der Fachpresse immer am ersten Platz. Das ist schon gut für die Öffentlichkeitsarbeit. Etwas anderes ist die Öffentlichkeitsarbeit zuhause, da sehe ich Probleme. Es wird heute in den Tageszeitungen und auch in den Nachrichten sehr wenig über unsere Arbeit berichtet. Selbst wenn wir es hinschicken.

Person 1: AV Hat Ihre Partei ein eigenes Büro für Öffentlichkeitsarbeit im Europa Parlament?

Person 2: VOL Ja, wir haben einen Mitarbeiter, der hier jede Straßburg Woche etwas herausgibt.

Person 1: AV In Ihrem eigenen Büro oder in einem separaten Büro?

Person 2: VOL Separat.

Person 1: AV Dieser Mitarbeiter steht allen Abgeordneten Ihrer Partei zur Verfügung?

Person 2: VOL Ja, der macht den Newsletter, den wir aus Straßburg herausgeben.

Person 1: AV Und wie organisieren Sie Ihre Kontakte mit Journalisten in Brüssel?

Person 2: VOL Ich selber gehe sehr wenig auf Journalisten zu, die Journalisten kommen selber.

Person 1: AV Jetzt ist ja Ihr Thema Agrarpolitik ein wichtiges, Ur-europäisches Thema. Spielt das eine Rolle, haben Sie dadurch einen Vorteil?

Person 2: VOL Ja. Aber es gibt natürlich auch Themen, für die sich die Journalisten noch mehr interessieren. Deswegen sind das überwiegend die Fachjournalisten. In der Außenpolitik mit der Flüchtlingsfrage – das interessiert im Moment natürlich mehr.

Person 1: AV Seit 2009 hat durch den Lissabonner Vertrag eine Aufwertung des Parlaments stattgefunden. Sie sind ja schon länger dabei – konnten Sie feststellen, dass dadurch die Journalisten Ihnen größere Bedeutung zugemessen haben?

Person 2: VOL Ich glaube, dass viele Journalisten und auch viele Kollegen noch gar nicht begriffen haben, dass wir jetzt mehr Rechte haben. Es liegt zum Teil auch am Parlament selber, dass die Rechte vielleicht zu wenig genutzt werden. Ich war einer der ersten hier, der in einem Ausschuss der letzten Wahlperiode Ablehnungen des Delegiertenrechtsaktes organisiert hatte. Und wir haben die Kommission zu Nachverhandlungen gezwungen. Eine Kollegin einer anderen Partei meinte sogar, das sei Missbrauch der Lissabon Verträge aber

ich habe gesagt, Moment einmal Frau Kollegin, wenn wir die Rechte nicht nutzen, dann haben wir es nicht verdient, dass wir mehr Rechte bekommen haben. Und erst in dieser Woche wurde im Parlament der Rechtsakt obwohl die Mitgliedstaaten mit 20:8 Stimmen beschlossen haben, dass die Kommission unterstützt haben wir gestern mit über 400 Stimmen den Delegiertenrechtsakt abgelehnt.

Auch früher hätte man schon etwas probieren können. Da gab es Geschäftsordnungsmöglichkeiten, die man hätte nutzen können. Auch da hätte man schon in der Kommission etwas blockieren können. Ein Kollege hat einen Antrag der Kommission einfach lange nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Und es war notwendig, bevor es an den Rat gehen konnte, dass das Parlament sich davor damit befasst hat.

Person 1: AV Das was Sie erzählen, ist eine sehr komplizierte Materie. Finden Sie, dass die Journalisten angemessen berichten über die Inanspruchnahme von Rechten durch das Parlament?

Person 2: VOL Sehr wenig. Also die Fachpresse hat über meinen Antrag schon berichtet. Aber die übrigen Journalisten hat das nicht interessiert.

Person 1: AV Liegt das an der Kompliziertheit der Materie oder meinen Sie, man könnte das auch vereinfacht darstellen?

Person 2: VOL Es war doch das gleiche im Bundestag – die Journalisten interessieren nicht die Sachthemen, sondern nur Personalthemen. Es ging immer um den Stand der Personaldiskussionen. Es ist leider so, ich bedaure das sehr.

Person 1: AV Wo sehen Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Bundestag und Europaparlament in Bezug auf die Journalisten?

Person 2: VOL In Berlin waren einfach wesentlich mehr Journalisten anwesend. Wenn man aus dem Plenarsaal kam, da standen 20-30 Journalisten draußen. Hier in Brüssel trifft man sehr selten Journalisten. Das Interesse an Berlin ist einfach wesentlich größer. Das ist jetzt aber kein Vorwurf an die Journalisten. Das hängt auch mit dem Wesen. Es gibt Forschungen und Feststellungen, wenn ein Europa Thema in der Zeitung auftaucht, dann wird weitergeblättert. Ich kenne den Herausgeber einer regionalen Zeitung, der ist ein Pro-Europäer, aber er muss ja auch seine Zeitung verkaufen. Und die Marktforschung sagt, dass die Überschrift "Europa" sich nicht verkauft.

Person 1: AV Wenn Sie Öffentlichkeitsarbeit machen, worauf nehmen Sie Rücksicht, was denken Sie, dass auch gehört wird? Auf welche Mittel greifen Sie da zurück?

Person 2: VOL

Die Tageszeitungen habe ich ziemlich aufgegeben. Da schicke ich zig Pressemitteilungen hin und nie wird etwas aufgegriffen. Da verliert man auch als Politiker das Interesse an Medien. Ich konzentriere mich auf die Fachpresse. In EuropeAgrar, eine großen Fachzeitschrift in Deutschland bin ich fast wöchentlich drin. Auch in einem Internetportal, da bekomme ich Rückmeldungen aus Deutschland und sogar ganz Europa. Auch über facebook. Da stelle ich dann fest, dass das meine Zielgruppe in Spanien etc. schon gelesen hat.

Person 1: AV Bedienen Sie auch facebook und twitter?

Person 2: VOL Meine facebook Seite hat über 5.000 "Freunde". Dann habe ich auch eine Seite als Europa Büro. Die wird wesentlich weniger gelesen. Meine persönliche wir sehr viel gelesen.

Person 1: AV Betreiben Sie in Ihrer Funktion als Vorsitzender eines Verbandes auch Öffentlichkeitsarbeit?

Person 2: VOL Da ist ein Geschäftsführer da. Da bin ich nicht fürs tägliche Geschäft sondern für strategische Entscheidungen. Da bin ich aber nicht zufrieden mit der Öffentlichkeitsarbeit. Das habe ich erst in der letzten Vorstandssitzung kritisiert.

Person 1: AV Machen Sie bitte eine Priorisierung: wie wichtig ist Ihnen Öffentlichkeitsarbeit im Vergleich zu anderen Qualifikationen als Abgeordneter?

Person 2: VOL Gute Pressearbeit steht – aufs Fachliche bezogen – absolut im Vordergrund. Die zweite Sache ist bei mir die Einladung von Besuchergruppen. Ich hatte schon Jahre mit über 3.000. Das sind die besten Multiplikatoren. Wesentlich mehr als wenn die Lokalpresse nichts berichtet. Die kommen dann nach Hause und erzählen am Stammtisch, dass sie jetzt Europa anders sehen als vor der Fahrt. Das ist meine Erfahrung seit vielen Jahren.

Person 1: AV Auf die Wahlkampfzeiten bezogen, ändern Sie da Ihre Öffentlichkeitsarbeit? Gehen Sie da doch verstärkt auf Heimatzeitungen zu, bitten Sie um Interviews?

Person 2: VOL Gut, da muss ich die Presse im letzten Wahlkampf loben. Die Presse hat da zumindest in meiner Region sehr positiv über Europa berichtet. Ich glaube, das hing damit zusammen, weil bestimmte politische Richtungen am rechten Rand sehr aktiv geworden sind und dann die Presse doch eine gewisse Gefahr erkannt hat, nach dem Motto, jetzt muss man doch die bisherigen demokratischen Parteien stärken.

Person 1: AV Jetzt gibt es den pauschalen Vorwurf von regionaler Presse, das habe die EU verbochen, wenn was negatives vorgefallen ist in der Politik und wenn es positiv war, dann heißt es, das war das Bundesland. Können Sie das nachvollziehen?

Person 2: VOL Im Bundestag hatten wir auch das Problem. Es ist leider so, dass viele Kollegen, das hat gar nichts mit Parteipolitik zu tun, auf der Bundestags-, auf der Landtags- auf der Kommunalebene – wenn Sie auf Veranstaltungen sind ein Problem herausstellen und es ist keiner da, der das Gegenteil behaupten kann. Ich habe ein Gegenbeispiel, ein Landrat und der hat gesagt, Europa wär ja gar nicht so schlimm, der hat ich hingestellt und hat Europa verteidigt.

Person 1: AV Welche Bedeutung messen Sie der EU Berichterstattung bei, wenn es darum geht, die europäische Union zu vertiefen.

Person 2: VOL Ja, da wäre enorm mehr Bedarf. Beispiel: in der letzten Wahlperiode ist plötzlich in Deutschland in den Medien das Thema mit den Olivenölkännchen hochgekommen. Wir hatten das innerhalb weniger Tage weg. Das Thema war aber gar nicht so verkehrt. Aber die Kommission hat das überhaupt nicht kommuniziert. Da muss ich eine Bevölkerung darauf vorbereiten, was war der Hintergrund. Oder die Kommission hätte das praxisgerechter machen müssen. Wenn ich in ein Lokal reingehe und es steht ein Wein da,

dann steht auf der Weinkarte schon drauf, welcher Wein das ist. Beim Öl ist das nicht so. Und dabei sind beim Olivenöl die Unterschiede genauso groß wie beim Wein. Es gibt fürchterlich schlechtes Olivenöl und es gibt höchste Qualität. Und da hätte die Kommission sagen müssen, nicht dass die Olivenkännchen verboten sind, sondern, dass der Gastronom verpflichtet wird, auf der Speisekarte zu schreiben, welche Sorte er verwendet. Und das Ganze hätte man kommunizieren müssen.

Person 1: AV Hatte da das Parlament nicht die Möglichkeit, selber gegenzusteuern?

Person 2: VOL Nein, hat man nicht. Das hängt auch mit dem Verfahren hier zusammen. Das war noch ein Rechtsakt von der letzten Wahlperiode vor den Lissabon Verträgen. Die Mitgliedstaaten haben der Kommission den Auftrag gegeben, hier etwas auszuarbeiten. Heute würde das wahrscheinlich etwas anders laufen. Was Öffentlichkeitsarbeit anbelangt – da wird ja vieles angeboten. Es regen sich momentan alle auf, die TTIP Verhandlungen nicht transparent sind. Jetzt hat die Kommission ein Internetportal wo man die Verhandlungstexte nachlesen kann. Der Zugriff ist minimalst. Ich glaube am Tag sind es nur einige. Da bekommen wir pro Tag 500, 800 Briefe, dass wir gegen TTIP sein sollen und die Leute sind dagegen, dass das so intransparent ist. Und dann sind sie nicht bereit, dass sie sich das anschauen. Wenn es heißt, dass die Menschen politikverdrossen sind – ich bin manchmal wählerverdrossen. Der Wähler hat Chancen, sich zu informieren. Die haben auch die Möglichkeit, sich selber zu informieren. Ich muss mich auch über viele Dinge informieren – die werden mir nicht einfach zugeschickt. Ein großer Teil der Bevölkerung lässt sich durch die Medien steuern. Das ist in keinem anderen Land so schlimm wie in Deutschland und Österreich.

Person 1: AV Woher rührt das?

Person 2: VOL Ich kann das nicht erklären. Ich erinnere mich nur an die BSE Krise. Das ist nirgendwo in Europa so hoch gekocht wie in Deutschland.